Veröffentlich... aus dem Stadtarchiv zu Colmar

Colmar (Germany). Stadt-Archiv

1513
.26
.264
v.1

Library of

Princeton University.

Digitized by Google

513
26
264
v.1

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

1. Geschichte des Archivs der Stadt Colmar 1

2. Verordnungen des Rates von Colmar aus den Jahren 1362 bis 1432 13

3. Die Angelegenheit der Reichsstädte des Elsass am Reichstage und vor dem Schiedsgerichte zu Regensburg (1663—1673) . . 85

505807

Digitized by Google

Vorbemerkung.

Die vorliegende Publikation wurde durch einen Beschluss des Colmarer Stadtrates vom 28. Februar 1907 ins Leben gerufen.

Sie bezweckt, einzelne interessante Teile des Stadtarchivs den Freunden der heimischen Geschichte zugänglich zu machen. Die in Betracht kommenden Archivalien sollen, je nach ihrer Natur, im Wortlaut oder in Auszügen oder in zusammenfassenden Darstellungen veröffentlicht werden.

Die einzelnen Hefte werden in grösseren Zwischenräumen erscheinen nach Massgabe der vorhandenen Geldmittel und Arbeitskräfte.

Mit der Herausgabe wurde der derzeitige Stadtarchivar beauftragt; der Inhalt dieses ersten Heftes ist auch von ihm allein bearbeitet worden.

Das beigegebene Porträt des Anton Schott ist die Reproduktion eines i. J. 1680 von Melchior Küsell von Augsburg gestochenen Bildes, das an der Spitze der i. J. 1685 zu Regensburg gedruckten Leichenpredigt für Schott steht. Dies Bild wurde uns von seinem Besitzer, Herrn Stadtbibliothekar A. Waltz, freundlichst zur Verfügung gestellt.

Digitized by Google

1.

Geschichte

des

Archivs der Stadt Colmar

Digitized by Google

Digitized by Google

Geschichte des Archivs der Stadt Colmar.

Das Archiv der ehemaligen Reichsstadt Colmar ist so alt wie die Selbständigkeit der Gemeinde und besteht also seit dem Anfange des dreizehnten Jahrhunderts, da von jeher das Bedürfnis vorhanden war, die Urkunden über die städtischen Eigentums- und Rechtsverhältnisse zu sammeln und vor der Vernichtung zu schützen.

Über die Schicksale des Archivs im Mittelalter haben wir nur spärliche Nachrichten. Aus dem Kaufhausbuche des Jahres 1434 erfahren wir, dass die Stättmeister von Zeit zu Zeit einige Tage in der „Schreiberei" zubrachten, um daselbst „die Briefe zu suchen und zu sondern."

Das älteste uns erhaltene Verzeichnis des Stadtarchivs wurde im Jahre 1495 von dem Stadtschreiber Conrad Wickram verfertigt. Die Archivalien befanden sich damals in einem eigens dafür erbauten Gewölbe im neuen Kaufhause und waren in zwei Behältnissen verwahrt, in einer „Arcke" mit fünf Laden und einem neuen „Kensterlin" mit sieben Laden. Bei ihrer Verteilung in diese zwölf Fächer hatte man sich bestrebt, die gleichartigen Stücke zusammenzulegen, doch war keine übersichtliche Ordnung durchgeführt worden. Wickram gibt nur ganz kurz den rechtlichen Inhalt derjenigen Urkunden an, welche damals noch eine praktische Bedeutung hatten, wobei er das Datum nie und den Aussteller nur selten nennt; Akten und Amtsbücher lässt er unerwähnt.

Ausser den Schriften der Stadt barg das Archiv noch allerhand Urkunden, welche von Adligen der Umgegend in seinem feuerfesten Gewölbe hinterlegt waren.

Das von Conrad Wickram angelegte Register erwies sich bald als ungenügend, weshalb der Rat in seiner Sitzung vom 17. März 1517 „um gemeinem Nutz und Notdurft willen" verordnete, dass der Obristmeister, zwei Stättmeister und der Schultheiss mit der Hilfe des alten

Digitized by Google

Stadtschreibers Vincenz Wickram oder seines Nachfolgers Ulrich Misierer sämtliche Freiheitsbriefe, Handfesten und Schriften der Stadt durchsehen, ordnen und verzeichnen sollten. Ein jeder von ihnen musste sich durch einen Eid dazu verpflichten, an allen Werktagen zwei Stunden auf diese Arbeit zu verwenden und, wenn er etwa durch Krankheit oder Geschäfte verhindert wäre, sich durch einen anderen Herrn von der Meisterschaft oder den Dreizehnern vertreten zu lassen. Diejenigen Schriften, deren Inhalt am Besten geheim bliebe, sollten sie in ein besonderes Behältnis legen.

Das Resultat der Neuordnung des Archivs war das von der Hand Ulrich Misierers geschriebene Register, ein Folioheft von 96 Seiten. Die Archivalien lagen nunmehr in neunzehn Laden, welche eben so viele Abteilungen bildeten und mit den Buchstaben A bis T bezeichnet wurden. Solche Gruppen waren z. B. Freiheiten, Zinsbriefe, Riedbriefe, Reichstagsabschiede etc.; innerhalb derselben waren die einzelnen Stücke grösstenteils chronologisch geordnet. Der Inhalt ist im neuen Repertorium genauer angegeben als im älteren des Jahres 1495: der Aussteller der Urkunde wird stets genannt, und das Datum meist nach Jahr und Tag angeführt. In den Abteilungen, welche ein geringeres praktisches Interesse hatten, werden die Urkunden nicht einzeln aufgezählt, sondern unter einem allgemeinen Stichworte zusammengefasst.

Während die Verwaltung des Archivs bisher zu den ausdrücklichen Aufgaben des Stadtschreibers gehört hatte, wurde im Jahre 1638 das besondere Amt eines Registrators geschaffen. Dieser Beamte hatte sich durch einen Eid zu verpflichten, „der Stadt Archiv, Kanzlei, Briefe, Handfesten, Freiheiten, Schriften, Rechnungen und Anderes in fleissige und treuliche Registratur und gute Ordnung und Verzeichnis zu bringen, dabei alle Heimlichkeiten der Stadt, es seie von Reden, Räthen oder Briefen und dergleichen, nichts ausgenommen, zu verhehlen und nicht zu eröffnen ewiglich, und niemanden über besagtes Archiv oder andere angedeute vertraute Schriften zu führen.“ Als Besoldung erhielt er jährlich 100 Gulden in Geld, 10 Viertel Frucht, 3 Klafter Holz und freien Sitz und Behausung.

Der erste unter diesen Bedingungen angenommene Registrator war Johann Balthasar Schneider. Derselbe war im Jahre 1612 zu Colmar geboren, hatte die Lateinschule zu Mömpelgard besucht und

Digitized by Google

dann an der Universität Strassburg die Rechte studiert. Neben seinem besonderen Dienste hatte der Registrator noch mancherlei wichtige Geschäfte für die Stadt zu übernehmen: so machte er im Jahre 1642 eine Reise an den französischen Hof, um Steuerfreiheit für die von Colmarer Bürgern im französischen Territorium besessenen Güter zu erwirken. Im Jahre 1645 begab er sich als Abgesandter Colmars auf den Westfälischen Friedenskongress und vertrat daselbst während der langwierigen Verhandlungen die Interessen der Stadt mit Nachdruck und Gewandtheit. Als seine Rückkehr sich verzögerte, wurde er durch Hans Michel Schott, den Sohn des verdienstvollen früheren Stadtschreibers Anton Schott, am Archive ersetzt. Der neue Registrator starb indessen schon nach zwei Jahren an den Folgen eines gefährlichen Falles, den er in seinen Berufsgeschäften getan.

Der nächste Archivverwalter, von dem wir Kunde haben, ist Heinrich Klein. Er stammte aus Leipzig und war der jüngere Bruder des Magisters Joachim Klein, der seit der Wiederherstellung des evangelischen Gottesdienstes zu Colmar durch den schwedischen Feldmarschall Gustav Horn das Predigeramt daselbst versah. Der Empfehlung seines Bruders hatte es wohl Heinrich Klein zu verdanken, dass ihn Johann Balthasar Schneider als Sekretär auf den Westfälischen Friedenstag mitnahm. Nachdem er dann noch die Universitäten Basel, Strassburg und Leipzig besucht, wurde ihm im Jahre 1650 die Colmarer Registratur übertragen. Er behielt dieselbe sechzehn Jahre lang und bekleidete später die höchsten städtischen Ämter, namentlich auch dasjenige des Obristmeisters.

Heinrich Klein gebührt das Verdienst, das erste ausführlichere Inventar des Stadtarchivs aufgestellt und in einen stattlichen Foliband von 626 Seiten verzeichnet zu haben. An der Spitze seines Werkes, das anscheinend im Jahre 1662 abgeschlossen wurde, steht der Spruch: „Acta praedecessorum ideo scripturis commendantur, ut posteri ipsa ruminando pertractantes ad eorum laudabilia facta ferventius excitentur (Andreas Presbyter Ratisponensis in Chron. Bavaric. p. 2).“ Da das Archiv damals in drei grossen Schränken mit zusammen 112 Laden untergebracht war, so konnte es in zahlreiche Abteilungen zerlegt und dadurch erst übersichtlich geordnet werden. Eine streng logische Gruppierung der einzelnen Teile ist allerdings auch von Klein

Digitized by Google

nicht durchgeführt worden. Das zum Kleinschen Inventar gehörige umfangreiche Namen- und Sachregister, das wir nur in einer späteren Abschrift von der Hand des Sohnes des Verfassers besitzen, ist insofern mangelhaft, als die Wörter unter den einzelnen nach den Buchstaben bezeichneten Rubriken nicht immer alphabetisch geordnet sind.

Auf Heinrich Klein folgte im Jahre 1666 als Registrator der Lizentiat der Rechte Anton Schott, der am 25. Juni 1636 geborene Sohn des früheren Registrators Hans Michel Schott. Er konnte sich indessen nicht lange seinen Amtsgeschäften zu Colmar widmen, da er schon im folgenden Jahre als Deputierter der Stadt auf den Reichstag nach Regensburg geschickt wurde und vom Anfange des Jahres 1669 an auch die Gesamtheit der verbündeten Städte des Elsasses daselbst vertrat. In einem Briefe an den Colmarer Magistrat vom 14. März 1671 betonte er die Notwendigkeit der Ernennung eines neuen Registrators „wegen Erhaltung der Archiv als der Stadt grösstes Kleinod."

Im Jahre 1672 wurde denn auch die Registratur wiederum besetzt und zwar mit dem früheren Vogte von Heilig-Kreuz Samuel Röttlin. Da Röttlin zugleich auch das Syndikat oder die Stadtschreiberei verwaltete, stellte sich im Laufe der Zeit wiederum das Bedürfnis einer Trennung beider Ämter ein.

Auf den Wunsch des Intendanten des Elsasses verlieh der Rat von Colmar im Jahre 1688 die Registratur dem Ratsprokurator Johann Heinrich Klein, einem Sohne Heinrich Kleins. In einem späteren Schreiben des Magistrats an den Intendanten heisst es ausdrücklich, dass Klein dies Amt erhalten habe „wegen seiner Bekehrung zur katholischen Religion." Wir sehen, wie sich in der Geschichte des Archivs die Geschicke der Stadt wiederspiegeln: die ehemalige freie Reichsstadt hatte jetzt den Winken der französischen Behörden zu gehorchen.

An archivalischen Arbeiten besitzen wir von der Hand des Johann Heinrich Klein ausser einer Abschrift des Werkes seines Vaters ein Repertorium des Archivs der Gutleutpflege, welche damals dem Spital einverleibt wurde.

Als Klein im Jahre 1697 starb, bewirkte der Intendant De la Grange die Verleihung der Registratur an seinen Sekretär Louis Dumontet, der schon mehrere Jahre die an Gebühren recht einträgliche städtische Gerichtsschreiberei von Colmar inne hatte. Da

Digitized by Google

Dumontet nicht zu Colmar wohnte, liess er die Verrichtungen seiner Ämter daselbst durch Gehilfen besorgen. Es entsprach dies dem französischen Verwaltungsbrauche, wie er sich aus der Käuflichkeit der Ämter ergeben hatte. Diese Käuflichkeit war auch für die städtischen Ämter im Elsass zu Gunsten des königlichen Fiskus eingeführt worden, doch hatte die Stadt Colmar die freie Verfügung über dieselben für eine hohe Summe wieder an sich gekauft.

In der Folgezeit ging die Gerichtsschreiberei mitsamt der Registratur durch mehrere Hände. Es wurde damit wie mit einem Spekulationsobjekte geschachert, wenn auch der Magistrat die jedesmaligen Übertragungen zu genehmigen hatte. So verpachtete Dumontet beide Ämter im Jahre 1711 für sechs Jahre an Adam Siffert, Advokaten am Hohen Rate des Elsasses, um einen jährlichen Zins von tausend Livres. Siffert hatte indessen nur als Kommis Dumontet's zu fungieren. Der Pachtvertrag verpflichtete ihn u. a., „de travailler diligemment à la registrature des titres et papiers concernant cette ville dans l'archive d'icelle en présence de l'un des magistrats nommé et préposé à cet effet."

Während der Pachtzeit Sifferts wechselten die nominellen Inhaber beider Ämter mehrmals. Auf Dumontet folgte im Jahre 1711 Pierre Berthier, auf diesen in demselben Jahre Anton Joseph Madamé, Advokat am Hohen Rate des Elsasses, und auf letzteren im Jahre 1713 Johann Jakob Freytag, gleichfalls Advokat an diesem Gerichtshofe. In der Bestallungsurkunde für Freytag als Registrator bedingt der Magistrat aus, dass das Amt mit grösserer Sorgfalt und Pünktlichkeit als bisher verwaltet werde. Freytag versah vom Tage seiner Ernennung an selbst den Registraturdienst und übernahm später auch die Gerichtsschreiberei persönlich.

Zu dem Mangel an eigenen Beamten war noch ein mehrmaliger Umzug gekommen, um das Archiv im Laufe der Zeit ganz in Verwirrung zu bringen. Im Jahre 1698 hatten diejenigen Schriften, welche sich im Rathause zum Wagkeller befanden, nach dem Gewölbe im Kaufhaus und anderswohin geschafft werden müssen, um dem königlichen Hohen Rate Platz zu machen, und bei dem Einfall des kaiserlichen Generals Mercy ins Ober-Elsass im Jahre 1709 war das Colmarer Archiv nach Schlettstadt geflüchtet worden.

Die arge Verwahrlosung des Archivs kam im Jahre 1719 bei

Digitized by Google

einer genaueren Besichtigung an den Tag: es zeigte sich sogar, dass etliche Schriftstücke durch Fäulnis und andere durch Mäusefrass zerstört waren. Der Magistrat beschloss deshalb in seiner Sitzung vom 17. April 1719 zur Hebung dieser Missstände zwei Archivare (archivaires) anzustellen, einen katholischen und einen protestantischen, um der gesetzlichen Vorschrift der Parität zu genügen, und bestimmte als Gehalt für jeden 300 Livres, 6 Klafter Holz und 300 Wellen. Die Wahl fiel auf Matthias Hüffel, den Sohn des Bürgermeisters von Kaysersberg, und Nikolaus Röttlin, den Sohn des früheren Syndikus Samuel Röttlin. Als Röttlin bald darauf von der Bürgerschaft zum Stättmeister gewählt wurde, ersetzte ihn der Lizentiat der Rechte Johann Franz Ruffelmann am Archive. Zufolge einer Verordnung des Staatsrats vom 28. November 1721 über die Liquidation der Schulden der Stadt Colmar durfte indessen auf die Dauer nur ein einziger Archivar beibehalten werden, weshalb Ruffelmann im Jahre 1726 von seinem Amte zurücktreten musste.

Dem Archivar Hüffel allein lag es nunmehr ob, die oft gestörte Ordnung des Archivs wiederherzustellen und ein neues Repertorium abzufassen. Die Archivalien befanden sich damals in mehreren Räumen des Wagkellers und des anstossenden Augustinerklosters. Hüffel begann seine Arbeit im Jahre 1719 und vollendete sie im Jahre 1733. Sein Repertorium füllt einen mächtigen Folioband von über 1600 Seiten an; es wurde in drei Exemplaren ausgefertigt, wovon das eine für das Archiv, das andere für den Syndikus und das dritte für den königlichen Prätor bestimmt war. Dazu kam noch im folgenden Jahre ein ausführliches Sach- und Namenregister in einem besonderen Bande. Im Laufe seiner 54 Jahre langen Dienstzeit ergänzte Hüffel sein Werk noch durch verschiedene Nachträge; wir besitzen ausserdem von ihm ein eingehendes Inventar der älteren Akten der Gerichtsschreiberei sowie Indices zu einer Reihe von Ratsbüchern. Auch das Spitalarchiv wurde von ihm neu geordnet und repertorisiert. Alle diese Arbeiten sind in deutscher Sprache abgefasst. Matthias Hüffel starb hochbetagt im Jahre 1773, nachdem er neben seinem Amte auch lange Jahre als Ratsherr und Zunftmeister der Küferzunft zum Riesen gewirkt.

Das Hüffelsche Repertorium des Stadtarchivs hat den Inhalt des Kleinschen, auch wo er fehlerhaft war, meist wörtlich übernommen,

Digitized by Google

doch ist es, abgesehen von der Fortsetzung bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, durch die Aufnahme mehrerer in jenem nicht erwähnter Archivteile weit vollständiger geworden. So zählt es auch die verschiedenen Reihen der im sogenannten Rechnungsgewölbe verwahrten Amtsbücher und Rechnungen kurz auf und verzeichnet auch die Archive der Herrschaften Heilig-Kreuz und Hohlandsberg sowie dasjenige des St. Petersstiftes. Die Stadt Colmar hatte die Herrschaft Heilig-Kreuz im Jahre 1536 von der Witwe des kaiserlichen Schatzmeisters Jakob Villinger und die Güter des Colmarer St. Petersstiftes im Jahre 1575 von der Stadt Bern erkauft; im Jahre 1714 hatte sie zwar das St. Petersstift gegen die Herrschaft Hohlandsberg umgetauscht, doch war ihr ein Teil des Stiftsarchivs verblieben.

Nach dem Tode Hüffels wurde der Lizentiat der Rechte Christian Friedrich Birkel auf die Empfehlung des Intendanten De Blair im Jahre 1773 zu seinem Nachfolger ernannt. Birkel entstammte einer angesehenen Colmarer Familie und hatte sich mehrere Jahre als Sekretär des königlichen französischen Ministers Follard am bayerischen Hofe aufgehalten. Er blieb im Dienste bis zu seinem im Jahre 1811 eingetretenen Tode. Er gehörte, wie sein Vorgänger, dem Rate an und stand an der Spitze der Gärtnerzunft zum Haspel; später begegnet er uns auch als Hilfsrichter am Kriminalgericht des oberrheinischen Departements.

Wenn das Stadtarchiv in den Stürmen der französischen Revolution nicht unterging, so haben wir dies vermutlich seinem Hüter Birkel zu verdanken. Die Augenzeugen jener Zeit berichten, dass an dem 21. Juli 1793, dem Tage der Annahme der neuen Konstitution, „Bücher und Schriften von den Stadtgerechtigkeiten“ als Symbole der alten Knechtschaft öffentlich verbrannt wurden. Wir lesen ferner im „Registre des délibérations du Conseil général de la commune de Colmar“ folgendes Protokoll: „Séance du 29. brumaire de l'an 2. de la République française: Sur ce qu'il a été représenté par le procureur de la commune qu'il est instruit qu'outre les titres de féodalité livrés aux flammes le 17 [sic!] juillet, il doit encore exister dans les archives de la ville des pièces rappelant l'esclavage et la superstition de nos pères, que quelque difficile que puisse en être la recherche, elle est nécessaire, puisque dans le règne de la liberté il ne doit rester aucun

Digitized by Google

vestige de l'ancien despotisme nobiliaire ou sacerdotal — le Conseil général de la commune arrête que le citoyen archiviste fera les recherches les plus scrupuleuses dans les archives de la ville pour rassembler tous les titres qui ne pouvant servir à constater des propriétés rappeleraient un despotisme quelconque, pour être livrés aux flammes un jour de décade."

Da nun allem Anscheine nach kaum etwas Wertvolles damals zu Grunde ging, so ist wohl anzunehmen, dass es Birkel gelang, die seiner Obhut anvertrauten Schätze vor der Vernichtung zu bewahren, indem er irgend welche wertlosen Bände und Pergamente der damaligen Zerstörungswut opferte.

Nach dem Tode Birkels erhielt der frühere städtische Sekretär Franz Xaver Leib die Archivarstelle. Von seiner Tätigkeit am Archive ist nichts bekannt; er hat dieselbe wohl nicht lange ausgeübt, da er in den zwanziger Jahren als erster Beigeordneter des Bürgermeisters in den Akten erscheint.

Das Archiv hatte seit der Neugestaltung aller Verhältnisse seine praktische Bedeutung grösstenteils eingebüsst, und infolgedessen war auch das Interesse der Stadtverwaltung an demselben erlahmt. Erst im Jahre 1837 wurde wieder ein Archivar angestellt, und zwar war dies Louis Hugot, ein Schüler der „Ecole des Chartes", der schon als „Archiviste de la Couronne" in Paris tätig gewesen war. Von dem Jahre 1841 an verwaltete er zugleich auch die Stadtbibliothek. Hugot war ein Mann von vielseitiger Bildung und feinem Kunstsinne und trug viel zur Hebung des geistigen Lebens im damaligen Colmar bei: wir verdanken ihm vor Allem die Gründung des Schongauer-Museums.

Als der neue Archivar sein Amt antrat, fand er die Archivalien völlig verwahrlost auf dem Speicher der städtischen Metzig vor. Er veranlasste ihre Überführung nach dem Raume über der Lyceumskirche, von wo sie i. J. 1856 nach dem früheren Unterlindenkloster geschafft wurden.

Hugot starb i. J. 1864. Suchen wir festzustellen, was er in den 27 Jahren seiner Amtsdauer für das Archiv geleistet hat, so finden wir nur Ansätze zur Neurepertorisierung einzelner Archivteile. Diese Spuren seiner Tätigkeit zeugen von einer tüchtigen Schulung im Archivfache und lassen uns bedauern, dass seine Fähigkeiten dem Archive nicht besser zu statten gekommen sind. Zur Herstellung des

Digitized by Google

von den vorgesetzten Behörden unablässig geforderten summarischen Inventars konnte er sich wohl deshalb nicht entschliessen, weil er eine solche oberflächliche Arbeit für einen Rückschritt gegenüber den Leistungen seiner Vorgänger hielt.

Hugot's Nachfolge am Archiv übernahm sein früherer Schüler und Gehilfe Xavier Mossmann, dessen Begeisterung für die historischen Studien durch eine langjährige Tätigkeit als kaufmännischer Buchhalter nicht hatte unterdrückt werden können. Mossmann machte sich mit Eifer daran, den Plan seines Meisters zu verwirklichen, nämlich ein sogenanntes analytisches Inventar des ihm anvertrauten Archivs anzufertigen.

Hüffel hatte bei der Abfassung seines Repertoriums den praktischen Zweck vor Augen gehabt, ein Nachschlagebuch für die Bedürfnisse der Verwaltung zu schaffen. Wenn auch sein Werk für seine Zeit recht verdienstlich war und jetzt zur allgemeinen Orientierung über den Bestand des alten Archivs noch immer zu gebrauchen ist, so kann es doch den heutigen Anforderungen der Archivbenützer, denen es um sichere Auskunft in historischen Fragen zu tun ist, nicht mehr genügen. Es sind darin weder die Daten, noch die Inhaltsangaben stets zuverlässig; namentlich aber weist die Aufzählung der Archivalien in einigen Abteilungen neben Ungenauigkeiten auch grössere Lücken auf. Was eben die damalige Zeit nicht mehr interessierte, glaubte Hüffel nicht eingehend behandeln zu müssen. So kommt es, dass wir auf dürftige Angaben wie z. B. folgende stossen: „Rechnung-Gewölb, Scrinium B, Lad. 19. Müntz-Sachen Nr. 1: Edicta, Mandata, Declarationes et similia von verschieden Römischen König undt Keyseren auch Keyserlicher Regierung von vielen Jahren hero des Müntzweßens halb ergangen." Als Beispiel für die Lückenhaftigkeit des Hüffelschen Repertoriums möge nur erwähnt werden, dass eine die Signatur R. G. S. B. 37 führende Sammlung von Urfehden, welche allein an mittelalterlichen Urkunden gegen ein halbes Tausend Stücke enthält, überhaupt nicht eingetragen ist.

Die Absicht Mossmanns ging nun dahin, den für die Geschichtsforschung wesentlichen Inhalt des gesamten Archivs möglichst genau zu verzeichnen. Er wollte für jede Urkunde ein ganz ausführliches Regest abfassen, den Inhalt der einzelnen Aktenreihen in zusammen-

Digitized by Google

hängenden Abhandlungen darstellen und zu den verschiedenen Amtsbüchern Indices anlegen, welche auf alles irgendwie Wissenswerte hinweisen sollten. Die Arbeit konnte allerdings in dieser umständlichen Weise nur langsam fortschreiten, besonders da der Archivar noch durch andere dienstliche Obliegenheiten vielfach in Anspruch genommen wurde.

Als Mossmann im Jahre 1893 starb, hatte er sein Werk noch nicht zu Ende gebracht, aber doch einen beträchtlichen Teil davon ausgeführt. Sein Nachfolger, Dr. phil. Eugen Waldner, arbeitete an dem neuen Inventare weiter, indem er sich zunächst den von Hüffel am meisten vernachlässigten Archivteilen zuwandte. Er musste indessen im Jahre 1900 seinen Beruf aus Gesundheitsrücksichten aufgeben, worauf Herr Spitaldirektor Dr. rer. pol. August Hertzog das Archiv einige Zeit im Nebenamte verwaltete. Im Jahre 1903 wurde wieder ein Archivar angestellt in der Person des Herrn Dr. phil. Ernst Hauviller. Derselbe bekleidete dies Amt viertehalb Jahre lang. Nach seinem Austritt aus dem Dienste der Stadt Colmar übernahm der Verfasser dieser Zeilen wiederum die Leitung des Archivs.

Was die materielle Ordnung und die Aufstellung der Archivalien betrifft, so möge noch erwähnt werden, dass sie im Jahre 1872 von dem Unterlindengebäude in einen Flügel des Stadthauses verbracht wurden, der früher zur Aufbewahrung des Bezirksarchivs gedient hatte. Der hier angewiesene Raum war so klein und zum Teil so schlecht beleuchtet, dass eine ordentliche und übersichtliche Aufstellung nicht möglich war. Erst im Jahre 1906 wurden die Räumlichkeiten den Bedürfnissen entsprechend erweitert. Bei dieser Gelegenheit verschwanden auch die alten stattlichen Schränke, welche in ihren zahlreichen Schubladen die Schätze des Archivs wohl über zwei Jahrhunderte geborgen hatten.

Den reichen Bestand des Archivs will ich hier nur kurz andeuten Über den Schriften der Reichsstadt Colmar muss in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts ein ungünstiges Geschick gewaltet haben, da aus dieser Zeit gar nichts mehr erhalten ist. Wenn auch die Neben-

Digitized by Google

archive viel weiter zurückreichen, so stammt das älteste zweifellos zum städtischen Hauptarchive gehörende Schriftstück erst aus dem Jahre 1255. Es ist eine Originalurkunde des Königs Wilhelm, durch welche derselbe den Bürgern von Colmar die ihnen von den früheren Königen und Kaisern erteilten Privilegien im Allgemeinen bestätigt. Die nächstfolgende Königsurkunde ist das ausführliche Stadtrecht, das Rudolf von Habsburg i. J. 1278 den Bürgern von Colmar verlieh. Vom Ende des 13. Jahrhunderts an beginnt das Archiv reichhaltiger zu werden und schwillt dann mit jedem Jahrhundert mehr an.

Aus dem 14. Jahrhundert sind besonders die Landfriedensbündnisse und die Urkunden zur Geschichte der Verfassungskämpfe zu nennen, aus dem 15. die Akten über die Einfälle der Armagnaken und über die Burgunderkriege. Der Bauernkrieg, die Reformation und die Gegenreformation, der dreissigjährige Krieg, die Besitznahme des Elsasses durch Frankreich: kurz, alle wichtigen Epochen der elsässischen Geschichte haben einen bedeutenden schriftlichen Niederschlag in unserem Archive hinterlassen. Eine stattliche Sammlung bilden namentlich die Reichs- und Städtetagsakten vom 15. bis zum 17. Jahrhundert. Von einzelnen grösseren Abteilungen wären zu erwähnen: Landvogtei, Münzwesen, Städtisches Eigentum, Zünfte, Klöster, Juden etc. Durch ihre prächtigen Majestätssiegel ausgezeichnet sind die Quittungen der Reichssteuer, welche bis zum Jahre 1296 zurückgehen. Kunstgeschichtlichen Wert haben die Urkunden der von der Stadt verwalteten St. Martinsbaupflege; sie sind vom Jahre 1263 an sorgsam aufbewahrt worden.

Bei der Aufzählung der zahlreichen Amtsbücher gebührt dem auf Pergament geschriebenen alten Rotbuch die Ehrenstelle: es enthält die wichtigeren Ratsbeschlüsse vom Jahre 1362 an. Die auf Pergamentrollen angelegten Verzeichnisse der Bürgeraufnahmen beginnen schon 1361, die Ratslisten 1408. Die Kaufhausbücher oder städtischen Rechnungen setzen im Jahre 1392 ein, die eigentlichen Ratsprotokolle 1429, die Missivenprotokolle 1442, die Kontraktprotokolle 1512. Die Eidbücher, deren ältestes noch dem 15. Jahrhundert angehört, belehren uns im Einzelnen über die Organisation der städtischen Verwaltung. Die vielen Steuer- und Zollregister bieten Stoff zu interessanten volkswirtschaftlichen Untersuchungen.

Digitized by Google

Neben seinem alten Grundstocke birgt das Colmarer Stadtarchiv, wie schon erwähnt, noch die Archive der Herrschaft Heiligkreuz und des St. Petersstiftes sowie Teile desjenigen der Herrschaft Hohlandsberg. Dazu sind seit der französischen Revolution die Schriften mehrerer Zünfte und Gesellschaften gekommen; auch wurden gelegentlich Archivalien durch Schenkung oder Kauf erworben. Im Jahre 1906 ist ferner das alte Colmarer Spitalarchiv in den Räumen des Stadtarchivs deponiert worden.

Die älteste Heilig-Kreuzer Originalurkunde ist eine Bulle des Papstes Athanasius IV. aus dem Jahre 1154, durch welche derselbe das Kloster Heilig-Kreuz in den besonderen Schutz des heiligen Stuhles nimmt und ihm alle vom Papste Leo IX. verliehenen Privilegien bestätigt.

Von hohem Werte für die Colmarer Urgeschichte ist das Archiv des Benediktinerstiftes St. Peter zu Colmar. Die im Jahre 1714 unter dem Drucke Ludwigs XIV. von der Stadt Colmar vorgenommene Veräusserung des Stiftes wurde im Jahre 1793 durch das Distriktsgericht zu Colmar rückgängig gemacht, worauf die Stadt mit den Stiftsgütern auch den Hauptbestand des Stiftsarchivs zurückerhielt. Dasselbe belehrt uns namentlich über das Verhältnis der Gemeinde zu ihrem ursprünglichen Gerichts- und Grundherrn, dem Prior des Klosters Peterlingen in der Schweiz, welches die später als St. Petersstift bezeichnete Besitzung zu Colmar schon im Jahre 973 inne hatte. Die älteste Originalurkunde dieser Abteilung ist ein von Kaiser Konrad II. im Jahre 1027 ausgestelltes Diplom, das dem Gotteshause Peterlingen seinen Besitz zu Colmar bestätigt.

Diese kurzen Andeutungen mögen hier zur allgemeinen Orientierung über das Colmarer Stadtarchiv genügen. Von ihm berichtete der Generalinspektor der französischen Archive i. J. 1867 an den Minister des Innern: „Le dépôt de Colmar compte au nombre des plus riches et des plus importants de France.“ Dasselbe lässt sich heute auch in Bezug auf Deutschland sagen.

Digitized by Google

2.

Verordnungen

des

Rates der Stadt Colmar

1362—1432.

(Aus dem ältesten Stadtbuche gezogen).

Digitized by Google

Verordnungen des Rates von Colmar

aus den Jahren 1362 bis 1432.

Vorwort.

Die Ratsverfassung für Colmar, welche der elsässische Landvogt Burggraf Burkhard von Magdeburg im Jahre 1360 aufstellte und Kaiser Karl IV. am 15. August 1361 bestätigte, machte den vieljährigen inneren Wirren der Stadt auf längere Zeit ein Ende.[1]) Das durch heftige Parteikämpfe erschütterte Gemeinwesen kam nunmehr zur Ruhe und hatte eine feste Grundlage für eine gedeihliche Entwickelung.

Der neue Geist zeigte sich bald in einer sorgfältigeren Verwaltung der städtischen Geschäfte und namentlich in der Anlage von ordentlichen Amtsbüchern auf der Kanzlei. Seit dem Ende des Jahres 1361 wurden genaue Verzeichnisse der Bürgeraufnahmen geführt und von 1362 an die Beschlüsse des Rates niedergeschrieben.

Beiderlei Aufzeichnungen sind uns noch im Stadtarchiv erhalten, und zwar die ersteren auf den Original-Pergamentrollen, die letzteren in einem besonderen Bande. Dieser besteht aus 106 Pergamentblättern in Quartformat und ist mit Holzdeckeln versehen, welche mit rotem Leder überzogen und mit messingenen Knöpfen verziert sind. Neben protokollierten Ratsbeschlüssen, welche teils Verordnungen, teils Strafurteile und zwar hauptsächlich Verbannungen enthalten, stehen darin noch Schöffenlisten, Abschriften einzelner Urkunden, Notizen über Münzprägungen und über die Rechnungsablegung von städtischen Beamten sowie mancherlei Anderes.

[1]) *Mossmann:* Recherches sur la constitution de la commune à Colmar. Colmar 1878. S. 83—87. *Waldner:* Artikel Colmar in: Das Reichsland Elsass-Lothringen, hrsgb. vom statist. Bureau des Ministeriums für E.-L. III. S. 178.

Digitized by Google

Der Codex selbst wird an verschiedenen Stellen desselben erwähnt als der stette bûch, als ratbûch oder unser statt ratzbuch. Die hierfür auch vorkommende dialektische Form rotbuch wurde von späteren Registratoren mit der Farbe des Einbandes in Zusammenhang gebracht und in Rotes Buch (livre rouge) verwandelt. Zur Unterscheidung von einem anderen Archivbande mit rotem Umschlage, einer im Jahre 1488 vom Stadtschreiber Konrad Wickram angelegten Sammlung von archivalischen Auszügen über wichtige Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten, hiess unser Buch das alte Rotbuch.

Die darin ursprünglich verzeichneten Ratsbeschlüsse weisen, soweit sie datiert sind, die Jahreszahlen 1362 bis 1481 auf; aus späterer Zeit stammen nur noch wenige Einschiebsel. Der älteste und grösste Teil des Buches ist von einer Hand aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts geschrieben, und zwar sind die Protokolle nicht etwa im Laufe ihrer Abfassung eingetragen worden, sondern die Sammlung scheint auf einmal und erst im Jahre 1386 zu Stande gekommen zu sein. Dafür spricht der einheitliche Charakter der Schrift und der Umstand, dass die Ratsbeschlüsse von 1362 bis 1386 in chronologisch bunter Reihe auf einander folgen. Man sieht allerdings dem Kompilator die Absicht an, eine chronologische oder eine sachliche Ordnung herzustellen, aber er hat keine von beiden konsequent durchgeführt. Von den archivalischen Quellen, aus denen er schöpfte, ist nichts mehr vorhanden; ausführliche Protokollbücher über die Ratssitzungen sind erst vom Jahre 1429 an erhalten.

Angelegt wurde unser Buch ohne Zweifel von dem damaligen Stadtschreiber. Es war dies wohl jener Waltherus Fulweis, notarius Columbariensis, der am Matthiastage 1384 zum Bürger aufgenommen wurde.[1]) Dass mit der Benennung notarius Columbariensis der Stadtschreiber gemeint ist, geht wohl daraus hervor, dass derselbe Ausdruck in den Bürgerlisten des Jahres 1376 von einem Cünradus Löckelin gebraucht wird, der in einem Spruchbrief aus dem Jahre 1379 als unser stettschriber erwähnt wird.[2]) Wie dem auch sei, so scheint jedenfalls der erste Schreiber unseres Stadtbuches, den wir hier mit A bezeichnen wollen, nicht lange im Amte gewesen zu sein, denn

[1]) S. Bürgerlisten. [2]) E. 23, 1.

Digitized by Google

seine Handschrift findet sich sonst nur noch in den Bürgerlisten der Jahre 1385—1387 vor.

Die nachfolgenden Stadtschreiber haben das Werk ihres Vorgängers fortgeführt, indem sie die leer gebliebenen Blätter des Bandes und die freien Stellen schon beschriebener Seiten ausfüllten. Doch wurden die Aufzeichnungen im Laufe der Zeit immer spärlicher, und nur die Schöffenlisten weisen bis zum Ende des 15. Jahrhunderts eine zusammenhängende Folge auf. Während der erste Schreiber, wie es scheint, alle ihm zugänglichen älteren Ratsbeschlüsse sammelte, so haben seine Nachfolger nur noch diejenigen in das Stadtbuch aufgenommen, denen sie eine grössere Bedeutung beimassen. Dass die Eintragung manchmal auf den besonderen Befehl des Rates geschah, wird an einigen Stellen ausdrücklich hervorgehoben. Von dem zweiten Drittel des 15. Jahrhunderts an empfing die alte Sammlung von Ratsbeschlüssen nur noch selten einen Zuwachs, und ein Vergleich mit den Ratsprotokollbüchern zeigt, dass selbst Wichtiges nicht mehr regelmässig beigefügt wurde.

Was die Schrift der Fortsetzung des alten Stadtbuches betrifft, so rühren die Protokolle der Jahre 1387 bis 1403, mit Ausnahme einer Verordnung von 1399, von einem hier mit B bezeichneten Schreiber her, von dem wir nichts wissen, als dass er auch Walther hiess.[1]) Die späteren Einträge wurden von verschiedenen Händen gemacht, z. B. von dem im Jahre 1409 Bürger gewordenen Stadtschreiber Claws von Appenwiler, die meisten jedoch von einem Schreiber C, dessen Schriftzüge auch sonst in den städtischen Registern vom Jahre 1429 an während zwei Jahrzehnten vorkommen, der aber noch einige ältere Verordnungen (von 1407, 1411 und 1413) in das Stadtbuch einfügte. Er ist wohl identisch mit dem Stadtschreiber Johannes Oesewin von Wynnyngen, der im Jahre 1432 das Colmarer Bürgerrecht empfing. Der Umstand, dass dieser langjährige Colmarer Stadtschreiber aus dem an der Mosel bei Koblenz gelegenen Winningen stammte, zeigt, wie vorsichtig man bei der Verwertung archivalischer Quellen für die Dialektforschung sein muss.

---

[1]) S. das Stadtbuch selbst, S. 159.

Digitized by Google

Da die gesetzgebende Tätigkeit des Rates in den nächsten Jahren nach Beendigung der Verfassungskämpfe eine sehr fruchtbare war, und ihre Ergebnisse dauernde Geltung behielten, so wurde die Niederschrift derselben geradezu für das städtische Rechtsbuch angesehen. Wenn es in der Verfassungsurkunde vom Jahre 1424 heisst, man solle jedes Jahr am Sonntag nach der Ratssatzung das rechtbûche off offenen cantzeln künden, das mengliche wisse, warnach er sich halten solle, so ist damit jedenfalls unser altes Stadtbuch gemeint.[1]) In dem Berichte über den Aufruhr, welcher die Verfassungsänderung des Jahres 1424 zur Folge hatte, heisst es ja ausdrücklich, die aufständischen Bürger hätten sich auch des Ratsbuches bemächtigt.[2]) Noch eine im Jahre 1470 erlassene und im Bande[3]) selbst stehende Verordnung bestimmt, dass jedes Jahr bei der Ratsänderung dis rottbuch dem neuen Rate ganz vorzulesen sei, damit sich jedes Mitglied inn sinem sprechen und sust darnach zu richten wisse.

Das Recht der autonomen Gesetzgebung der Reichsstadt Colmar gründete sich auf die von König Rudolf im Stadtrecht vom Jahre 1278 den Bürgern erteilte Befugnis, „Einungen über sich selbst zu setzen". Diese Einungen waren unter Strafandrohung erlassene Rechtsvorschriften; auch die Strafen selbst und namentlich die Geldbussen werden öfters mit diesem Worte bezeichnet. Das Recht, Einungen aufzustellen, wurde der Stadt von König Karl IV. im Jahre 1347 ausdrücklich bestätigt und insbesondere dem von der Gemeinde gewählten Rate übertragen.[4]) Bei wichtigen Entscheidungen, wo es galt, im Einklang mit der öffentlichen Meinung zu bleiben, gesellte sich der Rat noch die einen weiteren Bürgerausschuss bildenden Schöffen bei.

Die legislative Kompetenz des Colmarer Rates bewegte sich natürlich innerhalb der durch das Rudolfinische Privileg und die allgemeinen Reichsgesetze gezogenen Schranken. Darüber hinausgehende Ratsbeschlüsse wurden von dem Reichsoberhaupte wieder aufgehoben. Dies geschah z. B. im Jahre 1354 mit einem städtischen Gesetz in Betreff der Verfügung über das Gut eines Mörders.[5]) Die im Jahre

[1]) *Mossmann*: Constitution 93. [2]) *Mossmann:* Mèmoire ... sur une insurrection survenue à Colmar en 1424. Colmar 1882. — S. 20. [3]) S. 198. [4]) *Mossmann*: Constitution 52. [5]) *Mossmann* a. a. O. 62—63.

Digitized by Google

1367 vom Rate beschlossene Milderung der alten Strafe für Verwundung bedurfte der besonderen Erlaubnis des damaligen Reichsverwesers, des Herzogs Wenzel von Luxemburg.[1])

Von dem verschiedenartigen Inhalte des alten Stadtbuches veröffentliche ich hier nur den wichtigsten Teil, nämlich die Verordnungen, und diese auch nur bis zum Jahre 1432. Ich habe die Grenze hier gezogen, um noch die ausführlichen Bestimmungen über die Zünfte aufnehmen zu können, und weil für eine Sammlung von Verordnungen aus späterer Zeit nicht mehr unser Band, sondern die Ratsprotokollbücher die Hauptquelle bilden würden. Jüngere Abänderungen wurden von mir nur berücksichtigt, wenn sie noch dem 15. Jahrhundert angehören, und zwar wurden sie zwischen Klammern gesetzt.

Was die Art und Weise der Veröffentlichung betrifft, so mache ich einen Unterschied zwischen den Aufzeichnungen des Schreibers A und denen der folgenden. Erstere habe ich genau in ihrer Reihenfolge gelassen, nicht als ob ich sie als ein einheitliches Werk betrachtete, sondern weil viele undatiert sind, und es oft zweifelhaft erscheint, ob das zunächst vorausgehende oder folgende Datum auch für sie gilt oder nicht. Dagegen wurden die von den späteren Schreibern gebuchten Ratsbeschlüsse, welche sämtlich datiert sind, von mir chronologisch geordnet. Nur zwei Nachträge des Schreibers B, die Formel des Judeneides[2]) und eine Verordnung vom 23. Juni 1381,[3]) habe ich an ihren Stellen in der ersten Gruppe belassen.

Bei der Edierung des Textes habe ich mich möglichst genau an die Orthographie des Originals gehalten, also auch den Consonantismus unverändert gelassen. Nur in einigen Punkten, wie bei der Wiedergabe der Ziffern und der Daten, dem Gebrauch von u, v, i, j und der Anwendung einer von der heutigen abweichenden Interpunktion, habe ich die von Weizsäcker im ersten Bande der Deutschen Reichstagsakten aufgestellten Regeln befolgt.

Schwierigkeiten machen bei einer solchen Publikation immer die über den Vokalen stehenden Buchstaben und Zeichen. Ich habe

[1]) Hier unten S. 43. [2]) Hier unten S. 54. [3]) S. 59.

Digitized by Google

ein möglichst getreues Bild der Handschrift zu geben versucht und nur zur Vereinfachung des Druckes folgende Abänderungen vorgenommen.

Für den ü-Laut, den die Schreiber unseres Ratsbuches mit u und darübergesetztem Punkt oder kleinen wagerechten Strich oder circumflexartigen i wiedergeben, wobei alle drei Zeichen durcheinander und ohne konsequente Unterscheidung der Quantität des Vokals angewandt werden, habe ich ein einheitliches ú gewählt.

Wenig folgerichtig durchgeführt ist im Originaltexte auch die Differenzierung der e-Laute durch einen Punkt, einen Circumflex oder zwei neben einander stehende Punkte über dem e, weshalb ich von der Reproduktion dieser Zeichen überhaupt Abstand genommen habe. Bei den Schreibern B und C sind dieselben übrigens nur selten anzutreffen, bei A dagegen begegnet der Punkt häufiger, namentlich über der Tonsilbe der Wörter: gelt, kleger, metziger, reben, recht, stette, weg, wechssel, sechs, es, weler, gegen, weder, geben, gesetzet, sweren, vert und den Conjunctiven: breche, hette, keme, tete etc.

Nicht angegeben in unserem Abdruck ist ferner die vereinzelte Bezeichnung der Länge des a durch ein zweites, darübergesetztes a, wie sie sich in der Schrift C bei den Wörtern began, kram und rat findet. Ueber das a in letzterem Worte setzt der Schreiber B manchmal den Haken, den er sonst für das übergeschriebene v (resp. u) gebraucht.

Die Abkürzungen habe ich stets im Sinne des Schreibers aufgelöst; so wurde in der Schrift A dz und wz mit das und was wiedergegeben, weil diese Wörter, wo sie unverkürzt vorkommen, fast immer mit s geschrieben sind.

Offenbare Schreibversehen habe ich stillschweigend berichtigt; im Zweifel jedoch, oder wenn eine wiederkehrende Eigentümlichkeit des Schreibers vorliegt, wurde nichts geändert.

Digitized by Google

I

1362—1386.

3.* Anno domini MCCC L XII crastino Johannis Baptiste wart erteilt und erkant einhelleclich, wer von der stat zû Colmer louffet, es sie man oder wip, von schulde wegen oder das sú den lúten das ire empfúrent, ist das die eigen oder erbe oder ander gût hinder in lant in der stat, das môgent die den sú denne schuldig sint oder den sú das ire empfûret hant das eigen oder das erbe und das gût wol frônen und mit dem gerichte dar uff kommen, als das gerichte denne erteilt. *1362 Juni 25.*

Anno predicto sabbato ante Margarechte virginis wart einhelleclich erteilt, weles burgers oder seldeners kint zû Colmer wúrt geslagen, da das kint nút vogtber ist und von eim geslagen wúrt der vogtber ist, dar úber sol das gerichte noch die echtewe nút richten, wand der rat sol dar úber und dar nach als es erfaren ist erkennen eine besserunge, ist das es eim burgermeister geclaget wúrt. *1362 Juli 9.*

Anno predicto feria tertia ante festum nativitatis Marie wart erteilt und erkant, wa ein lantman úber einen burger oder seldener messer zúgket, der sol bessern zehen pfunt und so vil me als denne der rat úber in erkennet nach der getat so er tût. Ist aber das der lantman der das messer gezúgket het dem burger oder seldener
4. nút het verwundet und entrinnet der in || eins burgers oder seldeners hus, und wúrt denne der lantman hinder ym verbotten von dem úber den der lantman das messer gezúgket het, so sol yn der burger oder seldener in des hus er ist haben als ob in der weibel verbotten hette. Ist aber das der burger oder seldener in des hus er ist daz messerzukgen fúr in vertrôstet der 10 lib. als ein lantman bessern sol, so sol der burger oder seldener fúrbasser nút me haft sin. Ist aber das der lantman burger oder seldener gewundet het, so mag den lantman ein ieglich burger oder selder hinder dem verbieten in des hus er entrinnet, oder er sol in aber her uß lassen nemmen in das gericht, wand der lantman

* Die Zahlen am Rande bezeichnen die Seiten der Handschrift.

Digitized by Google

sol keinen friden denne zemale haben an deheinen stetten ane in kilchen. *1362 September 6.*

Eodem tempore wart erteilt und erkant, wer uff des andern matten fert e das er es billich tůn sol oder in sin korn fert oder in die Ouwe, da bessert ie das vihes houbt 1 lib. dn. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Und sol der des das vihe ist dem sinen schaden ufrichten. Und mag das ein ieglicher der es sicht übersagen bi sinem eyde. Und was eim schaden geschicht, da sol man erber lúte zů schigken, die dar über erkennent was des schaden sie.

Anno LXX secundo sabbato ante Bartholomey wart erkant, wer mit jagende iemant keinen schaden tete in sinen reben, in gerten oder in der Ouwe, der bessert ein halb jar fúr die stat und mag das abkouffen. *1372 August 21.*

5. Der rat het erkant, das nieman in das korn noch in die sete varen sol mit pherden noch mit vihe. Ist aber das ieman sete von ym selber het, der mag sine pherit dar in fúren also das er das pferit an der hant fůre. Were aber das dar über iemant dehein schade geschahe oder dem andern in sin korn oder sete fůre, da bessert ie des vihes houbt, als dicke es geschicht, 1 lib. d. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat, und sol dartzů dem sinen schaden abheben dem der schade geschehen ist.

Anno LX secundo sabbato post beati Nicolay episcopi da wart erkant, das kein vischer zů Colmer umb einen frómden man vische sol kouffen, wand das man sú einen ieglichen frómden man sol lassen selber verkouffen, es were denne das einre nút tútsch kende, dem mag einre wol helffen und fúr in reden. Und sol ouch nieman mit dem andern gemein haben denne zwene, und súllent ouch die vischer zů Colmer umb einander keine vische kouffen. Wer dirre stúcke deheins verbreche, der bessert 1 lib. d. als dicke es geschicht, halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. *1362 Dezember 10.*

Digitized by Google

Anno LX sexto sabbato post Hylarii da wart erteilt und erkant, das keine frôwe vische sol veile haben in dem merket noch verkouffen. Es sol ouch nieman under den vischern in disem banne umb den andern deheine vische kouffen. Wer dirre stúgke deheins verbreche, der bessert 1 lib. d. halber dem schultheissen
6. und dem meister und halber der stat. *1366 Januar 17.*

Dartzů het der rat erkant, das kein vischer noch niemant anders die da gesaltzene vische veile hant ir vische, als sú ein logel ufslahent, nút lenger veile súllent haben denne untz an den dritten dag, es erloube in denne die schouwer. Wer das brichet, der bessert 1 lib. d. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Der rat hat erkant, wer zů Colmer ein tonne heringes oder ein logel mit vischen ufslůge ane die schouwer die dar úber gesetzet sint, wer das ouch tůt und wie dicke das geschicht, da bessert ie die tone oder ein logel mit vischen 2 lib. d. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Eodem die et anno wart erteilt und erkant, wer es das ein lantman in die stat gen Colmer zúge mit sinem gůte und er ouch in dem lande gůt hette, den mag man pfenden umb zinse in der stat, ob er ieman schuldig were, als sesse er ym lande, und sol ouch das sin umb soliche zinse dar umb er in dem lande macht hette zů pfendende und nút anders. Actum anno LX secundo sabbato post Nicolay. *1362 Dezember 10.*

7. Anno domini LX tertio crastino epyphanie domini wart erteilt und erkant, das nieman sol zů Colmer spilen uff dehein eigen noch uff deheinen bůrgen, uff deheinen eit noch uff dehein pfant das nút zů gegen lit noch roten noch mit triben das den pfenning giltet. Man spilet aber wol uff soliche pfant die uff dem brette oder da zů gegen ligent ane geverde. Wer dis brichet, der bessert 5 lib. d., dem schultheissen und dem meister 1 lib. und der stat das úberige.* *1363 Januar 7.*

* Am Rande sind drei Würfel gezeichnet.

Digitized by Google

Eodem die wart erteilt, das dehein oleman der varher mestet die selben varher ussewendig der stat sol verkouffen. Sú súllent die gewonheit da mitte halten in alle die wise als die brotbegker tûnt und die selbe besserunge liden, weler es verbreche.

Anno predicto feria quarta ante palmarum da wart erteilt, wa einem weibel einer empfolhen wúrt und ym der gefangen einen búrgen wil geben, so sol der weibel einen erbern burger oder selder dartzû ziehen, und mag denne der weibel selb ander den wol des úbersagen das er búrge ist worden, ob es einre misseichen wolte.

1363 März 22.

8. Anno domini MCCCLX tertio post festum corporis Christi da wúrdent dise nachgeschriben stúgke einhelliclich erteilt und erkant in offenem rate, das man nieman kein holtz zû deheinem buwe sol geben, er habe denne einen solichen núwen bu von grunde uff da zû dem minnesten zwey crútze an dem buwe sint, oder zû solichem buwe das ein recht hus heisset mit gebelen. Zû dem buwe sol man geben eime drie bôme und zû deheim alten buwe nút.

1363 Juni 2[?]

[Es were denn das die rete yemant fúrer erloubten noch gelegentheit der sachen. Und sol ouch der stette zymberman und wergkmeister söllich holtz so man den lúten ye ze zyten gipt selber houwen oder sine knecht und nit die lúte den dann sollich holtz geben wurt. Und sol man ouch demselben zymberman geben von ye dem stumpff 1 s. d. rappen und den Rietförstern 4 d. ze stumpfflöse]

Weme die burger holtz gent in dem walde, der sol es selber zû dem buwe bruchen dartzû es im geben ist, und sol dehein ander holtz umb deheinen zimberman noch umb niemant anders lehenen dar uff das der zimberman oder iemant anders das holtz von dem walde dar für nemme. Dartzû sol er ouch mit nammen keinem zimberman noch niemant anders die afterslagen zû kouffende geben. Und wer das brichet, so sol der zimberman und ouch der der daz holtz kouft het ieglicher bessern 5 lib. d., dem schultheissen und dem meister 1 lib. und das úberige der stat.

Digitized by Google

Dartzů hat der rat erkant, weme die burger also buholtz gent also vor stat, der sol es verbuwen in jar und in tage. Wer das nút endete, der bessert die obgenant besserung, und sol das holtz dar nach der stette sin. Actum crastino beatorum Symonis et Jude apostolorum anno LXXXV. *1385 Oktober 29.*

9. Es ist ouch erkant, das man den die trotten hant, da eim ein bette bőse ist, sol geben einen bőm der zů eime bette gůt ist. Ist aber die trotte also bőse das es die erkennent an die es gesetzet ist das er fúrbasser darff, so mógent sú im geben einen bőm der zů zweyn betten gůt ist, und des jares sol man im nút me geben und zů keiner tennenen trotten sol man nút geben.

Man sol ouch nieman dehein helffe in deheinen kelre geben, der kelre sie denne zwenzig schůhe wit und lang.

Wa ein buhoff ist da sol man zwein einen bőm geben zů zwein trógen, da es notdúrftig ist, ane geverde.

Als Vendehein úber den walt gesetzet ist, wem da die burger holtz gent, das sol er den lúten zóigen, und sol das sin ane geverde solich holtz das zů dem buwe gůt ist ane geverde. Und sol man im geben zů lone so er einen bőm zóiget 1 s. d, von zwein bőimen 18 d., von drin bőimen 2 s. Und sol nieman nút da hőwen denne das er in zóiget.

Der rat het erteilt, wer in der stette welde vert nach holtze, also dicke es beschicht, und wer das tůt ane des rates urlop, der bessert 5 lib. und einen monat fúr die stat ane gnade. Und sol ouch der alte eynung da mitte stete beliben, das ist von ieglichem stumpfe den einer abehiewe 5 lib. Und vellet der besserung dem schultheissen und dem meister 1 lib. und das ander der stat, und sol das holtz das er abhőwet der stette bezalen. Actum crastino beate Katherine virginis.

10. Anno LX tertio sabbato post festum corporis Christi da wart erteilt und erkant uff den eit, wa ein schedelich man oder wip gefangen wúrt, wele frőwe, wie genant die ist, den schultheissen,

Digitized by Google

meister oder den rat für den schedelichen man oder wip bittet, der sol man die stat angnade einen monade verbieten, und sol sú doch der schultheiss, meister und rat der bette nút eren, wand der rat es gelobt hat zů haltende. *1363 Juni 3.*

Es wart ouch erteilt, wele frówe, wer die ist, die in kilchen der vor oder in der stat eim manne bettelet oder gilet, die sol einen monat ane gnade vor der stat sin, es were denne ein kindelin das ein fündellin were, doch so sol das selbe keine tůn ane eins burgermeisters urlob. Weme aber der rat erloubet zu bettelen, das mag eine wol tůn.

Es sol kein koch kein swin abnemmen noch brůgen, es sie denne vorhin versůchet das es schône sie von der metziger meister oder von den die dar über gesetzet sint und gesworn hant. Weler das brichet, der bessert 1 lib. als dicke das beschicht, halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Der rat hat erkant von der kóche wegen die da gesotten und gebroten fleisch verkouffent, das die kein fleisch vor den fleischbenken kouffen sůllent das pfúnnig ist. Wer das brichet oder den lúten sust pfynnig fleisch git zů kouffende, der bessert ein halb jar, und mag das abkouffen, und dem schultheissen und dem meister 1 lib. Actum vigilia Symonis et Jude apostolorum.

11. Der rat hat erkant, das kein varende tochter keinen riffian noch lieben man haben sol in der gassen, und sol ouch keiner nachtes by ir ligen. Weler das breche, da bessert er einen monat von der stat, und mag den abkouffen, und 1 lib. d., und die tochter ouch 1 lib. also dicke es geschicht. Und wúrt der besserung dem schultheissen und dem meister 10 s. und das überige der stat.

Der rat hat erkant, das ie die zunft vier nagkete man ane harnesch zů fúre sol schigken mit geschirren, wenne für uß keme, das sú denne biderbetlichen löschent.

Digitized by Google

Der rat hat erteilt und erkant, wer den andern dem weibel empfelhen wil für schulde, das er nút fúrbasser fúr me sol empfelhen denne er dunket das er ym schuldig sie, es sie bi 1 lib. oder by zwein pfunden me, ane geverde, uff rechenunge. Und sol ouch das der weibel fragen by sinem eide den der im einen emphilhet, was er im schuldig sie, da fúr sol er in ouch haben. Wer das brichet, der bessert zwei pfunt dem schultheissen und dem meister 10 s. und das überige der stat.

12. Anno domini MCCCLXIII in vigilia Mathie apostoli da wart erteilt und erkant, das nieman dem andern sin holtz sol abe hőwen weder frömden lúten noch heimschen burgern. Wer das über fúre, der besseret den eynung den der rat gesetzet hat und so vil als der rat erkennet, und mag yn ein ieglicher der es sehe rúgen. Und sol keinre der nút eygens holtzes het mit deheinem schiffe noch karriche kein holtz her in fúren, er fúre es denne eim andern umb lon, ane geverde, oder er nemme es denne in sinem eigenen holtze, wand unser herren nút wellent das iemant dem andern, er sie frömde oder heimesch, sin holtz sölle abhőwen noch nemmen. Wer ouch den lúten ir zúne abe brichet oder stegholtz hőwet, weler dirre stúgke deheins verbrichet, der bessert ein halb jar für die stat und mag das abkouffen, und sol man den schaden gime ablegen.

1363 Februar 23.

Der rat hat erkant, das nieman der holtz umb taglon hőwet oder sust in die hőltzer get, der sol uß deheinem holtze deheinen rebstegken, deheine stange noch bant mit im tragen. Er sol nút anders denne eine welle dúrres holtzes und einfeltig riß zů búrnende mit ym tragen ane geverde. Weler das brichet in welem holtze das beschehe in unserm banne, der bessert ein vierteil jares für die stat und mag das abkouffen, und sol dar zů dem dem er den schaden getan hat sinen schaden ablegen. Actum sabbato ante festum nativitatis domini anno LXVIIII.

1369 Dezember 22.

13. Der rat hat erkant, das nieman, wer der ist, kein holtz noch

Digitized by Google

steine zwischent der stette graben füren noch legen sol. Wer das verbreche, der bessert von ie dem huffen alle tage 1 lib. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Actum feria quarta ante festum penthecostes anno LXIIII.

1364 Mai 8.

Der rat hat erkant, das man nieman sol erlouben dehein vihe in das Riet ze slahende in deheinen weg, es tûge denne der gantze rat und die zunftmeister das sú erkennent, das es weger sie getan denne vermitten, und doch also, wem es erloubet wúrt, das der sine briefe gebe das es im durch bette erloubet sie und kein recht dar zû habe. Actum vigilia penthecostes anno LXIIII. *1364 Mai 11.*

Eodem die wart erkant, das nieman wer korn in dem merkete veile treit und verkouffen wil, das der noch sin geheisse kein korn kouffen soll, wand unser herren wellent nút das ieman der korn kouffet deheins verkouffen sol, und mag das ein ieglicher rûgen, ob es iemant verbreche, und bessert von ie dem vierteil 1 lib. als dicke es geschicht, halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

14. Anno domini MCCCLXIII sabbato post exaltationis sancte crucis wart erteilt und erkant, das nieman, er sie ziegler oder ander lúte, deheinen grunt sol nemmen in dem Lusse und in dem Dornach ane alleine so vil das erber lúte in der stat zû kleibende bedúrffent, und hafener mögent ouch wol da nemmen ir notdurft. Und wer das brichet, der bessert 1 lib. d. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Ist aber daz ieman grundes bedarff, der mag wol nemen ynwendig der langen brugken an dem stosse in der llle.

1363 September 16.

Anno predicto crastino animarum wart erkant, das niemant dehein geferwet gewant sol veile haben an dem dornstage an deheinen stetten denne alleyne under der wotlouben.

1363 November 3.

Digitized by Google

Es sol ouch nieman dehein gro noch wiß tûch an deheinen stetten veile haben an dem dornstage denne alleine in der Augustiner hoff. Wer dise stúgke brichet, da bessert ie der snit 5 s. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

15. Crastino Oswaldy anno LXIIII da wart erteilt und erkant, wer gewant snidet, er sie frômde oder heimesch, der sol es in der wotlôben veile haben, er môge denne nút gestan in der louben, oder under der kúrsener louben oder an den laden. Weler das brichet, der bessert 5 s. Straßburger halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

1364 August 6.

Der rat hat erkant, das nieman gegen den kolener zû velde sol louffen und kolen vor dem thor umb sú kouffen. Wer das brichet, als dicke das beschicht, der bessert zû ie dem male 1 lib d. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Actum feria tertia post dominicam misericordia domini anno predicto. *1364 April 9.*

Anno predicto sabbato ante dominicam jubilate da wart erkant, das man deheinen edeln man oder edele frôwe zû burger súlle empfahen, sú swerent denne 5 jar burger ze sinde und der stette gehorsam zû sinde mit iren vestinen mit lûte und mit gûte, ane wider die herren von den sú belehenet sint, und súllent des ir briefe geben. *1364 April 13.*

Der rat hat erkant, das man keinen ußburger me empfohen sol, er gebe denne e 3 guldin und 18 Straßburger. Und ein pfaffe, ein edelman oder ein jude welre da burger werden wil, der sol geben 5 guldin und 18 Strassburger. Actum sabbato post beati Barnabe apostoli anno LXX primo. *1371 Juni 14.*

16. Eodem die wart erkant, were das ein burger oder burgerin vom lande hie burger wolte werden, der sol ouch sweren 5 jar burger hie ze sinde, und sol man sins gewerffes warten zû dem huse da er burger uffe ist, und sol dem rate gehorsam sin. Ist

Digitized by Google

aber das ein edel man oder ein burger sust in die stat zühet und nút burger wúrt, ist das der sitzet als ein seldener sitzen sol, des sol er geniessen. Woltent aber sú briefe oder helffe in das lant, da sol der edelman der stette mit sinem briefe geloben gehorsam zů sinde, und der burger dem rate sicherheit geben für das gewerff die fünf jar uß und gehorsam zů sinde. Zů glicher wise, ob ieman von dem lande her in zühet und ein zunft empfahen wil und als ein selder sitzet, der sol das nechste gewerff geben und mag denne ziehen war er wil.

Der rat hat erkant einhelliclich, wa ein man oder ein wip edel oder unedel, burger wil werden, der nút jar und tag seßhaft hie ist gewesen, der sol geben als ein lantman. Wa aber einre oder eine burger wil werden und jar und tag seßhaft hie ist gewesen als ein seldener, der sol geben zwischent winnacht und vastnacht 13 s. Wa aber eins burgers sun sich endert und der in dem jare dar nach burger wil werden, der git 3 s. Actum feria tertia post beati Anthonii anno LXIII. *1363 Januar 24.*

[Wer aber sust im jare burger werden wil one zwúschen, winacht und vastnach und jare und tag hie seßhafft gewesen ist, der git 6½ s d. rappen, zwen helbling für einen pfennig. Actum citra festum Penthecostes anno domini MCCCCXLV. *1445 Mai 15?]*

Es ist erkant, was burger wir von dem lande hant, die hant alle gesworn fünf jar burger ze sinde. Nů mag der einre sterben und behebt sin wip das burgrecht, die sol sicherheit gen fünf jar uß der stat das gewerff zů gebende nach sinem tode, ob sú einen man nemme, das sú doch das zil uß das gewerff gebe. Were aber das sus ein frőwe vom lande burgerin würde, und die dar nach einen man nemme, die sol aber die fünf jar uß das gewerff geben und das versichern so sú burgerin wúrt. Actum dominica post purificationis Marie anno domini MCCCLXVIII. *1368 Februar 6.*

17. Der rat het erkant, welr burger von Colmer hinnanthin für me usser der stat ziehen wil durch sine notdurft und der sin

Digitized by Google

recht zů Colmer behaben wil, der sol für meister und rat gan und urlobe von ynen nemmen und sol sprechen: ich wil min recht zů Colmer behaben als ein ander ußburger und dienen miner zünfte und min gewerff geben. Wer das tůt, der sol zů Colmer sin recht haben. Wer dar úber usser der stat zúge und sin recht nút behůbe als vor stat, der het kein recht zů Colmer und ist ym umbeholffen. Actum sabbato ante Bartholomey anno LXXII. *1372 August 21.*

Der rat het erkant, wer zů Colmer seßhaft ist und anderswo burger ist und von dem gemant wúrt das er solte mit yn reise ziehen, da wellent unser herren nút, das sú mit irem libe iemant dienent denne der stat. Wolte dar úber deheinre von der stat ziehen oder ungehorsam sin, der sol niemer me in der stat seßhaft werden. Actum die beatorum Petri et Pauli apostolorum anno LXV. *1365 Juni 29.*

Sabbato ante dominicam jubilate anno LXIIII wart erteilt und erkant, das alle die die offene wechsseler sint súllent drye tage in der wochen am erstage, am dornstage und am fritage untz ze mittem tage in der wechsselouben sitzen und ir benke da haben. Und súllent in iren húsern deheinen wechssel tůn, denne so verre ob er in der wechssellouben vil geltes haben
18. můß oder einen || grossen wechssel bestůnde, so mag er wol hein gan, aber er sol die wile mit sinem wibe oder mit sinen kinden den bang in der louben besitzen. Weler das brichet, der bessert von ie dem tage ein pfunt pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Sú súllent ouch von ie dem guldin nút me von den lúten zů gewinne nemmen in der stat denne zwene Straßburger und von eim pfunde Straßburger drie pfenninge. Es sol ouch nieman frômde noch heimsche heimlich in der stat wechssel triben denne offenlich in der louben. Wele dis brechen, der bessert ouch als vor stat. Doch so mag ein ieglicher, wer der ist, zů Colmer guldin, franken oder Straßburger kouffen der er selber bedarff zů siner notdurft, also das er sú nút wider verkouffe uff merschatz. *1364 April 13.*

Digitized by Google

Der rat het erkant, das nieman zů Colmer, wer der ist, kein silber búrnen sol noch nieman kein esse in sinem huse haben dar ynne man silber búrnet denne alleine goltsmide, die mögent silber búrnen das sú notdúrftig sint zů irem wergke. Wand unser herren wellent das nieman kein silber búrne denne der der von dem rate dartzů gesetzet ist. Und der sol ouch das silber das er búrnet zeichenen mit der stette zeichen das im empfolhen ist, und sol ouch nieman keinen pfenning der gůt und genge ist búrnen in deheinen weg. Wer das dar úber dete und dise ding nút hielte als vor stat, der bessert ein jar fúr die stat und mag das abkouffen und dem schultheissen und dem meister 5 lib. d. Actum feria quinta post Uodalrici anno LXXVIII. *1378 Juli 8.*

20. Der rat hat erkant, wer veltpferit in die Stůtőwe slecht oder tribet nů oder hie nach, der bessert von ie dem pferde 1 lib. dn. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Der rat het erkant, das alle wúrte zů Colmer uff einen dag súllent schenken einrehande win als menig vesselin sú mögent das eins wines ist, und sol ouch die vessele verungelten als vil dar in gat, es sient die mossen und alles was dar in gat. Were aber das deheiner uff einen dag andern win uftete denne eins wins oder aber den win nút gerwe verungeltete als vil in die vaß gat, der sol ieglicher, also dicke der stúcke deheins verbrochen wúrt, bessern einen monat fúr die stat, das mag er abkouffen ie die woche mit eim pfund pfenninge, und dartzů dem schultheissen und dem meister ein pfunt.

Der Rat hat erkant, wer zů Colmer win schenket, der sol alle sine messe, mosse, halbe mosse anderwarbe vechen bi dem ere das Blotzhein von dem rate empfolhen ist. Und sol ouch dehein wúrt anders den lúten win geben denne in zinnene kannen die gevechet sient und das zeichen habent von den burgern.
21. Das zeichen ist || Andres Gloggener empfolhen. Und súllent

Digitized by Google

alle die kannen und meß die sú hant vechen und gerecht haben in viertzehen tagen den nechsten.

Wele wúrt aber iemant deheinen win gebe in kannen die nút gefechet sint oder das núwe zeichen nút hettent, als es der rat gemacht het, oder die messe nút anderwarbe nach dem ere gefechet hettent, der bessert 10 s. von ie dem messe halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat, und mag diß ein ieglicher rûgen.

Ist ouch das ein wúrt einem win git in einer kannen die nút gezeichent ist, da mag der dem der win brocht ist die kanne nemen und fúr einen meister tragen das der die besserung nemme, und mag ouch die kanne selber behaben ob er wil. Es sol ouch kein wúrt in gelten noch in hültzenen kannen den lúten win geben die bi ym zerent in sinem huse. Actum in die exaltationis sancte crucis anno LXIIII. *1364 September 14.*

Dartzû hat der rat erkant, were es das deheinem wúrte kannen gesetzet wúrden zû pfande, die sol er bienander haben und besliessen. Wa die under andern sinen kannen funden wúrdent, der sol es bessern als vor stat. Actum feria sexta post beati Nicoly anno LXV. *1365 Dezember 12.*

22. Der Rat hat erkant das kein wúrt nieman sol win geben nach dem glógkelin in sinem huse, es were denne das frómde lúte oder knechte die gewónlich úber nacht bi ym legent, den mag er wol win geben. Dartzû mag ouch ein ieglicher wúrt den lúten ussewendig sins huses win geben nach dem glógkelin mit liechtern. Wele heimesch man oder knecht dar úber nach dem glógkelin in eins wúrtes huse funden wúrde, der bessert ein nacht gan.

Der rat hat erkant, wa sich von ieman funden wúrde der gebranten win under andern win tete, der sol bessern 5 lib. d. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat

Digitized by Google

und dartzů ein halb jar für die stat, das mag er abkouffen. Actum dominica ante Symonis et Jude apostolorum anno LXX.

1370 Oktober 27.

Der rat hat erkant, das dehein wúrt der win schenket deheine varende tochter selb ander mit eim manne legen sol noch enthalten in sinem huse, sú sient frómde oder heimesch. Wer das dete, da bessert der wúrt von ie dem par lútes 1 lib. d. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

23. Der rat hat erkant einhelleclichen uffen den eit, das kein wúrt der win schenket zů Colmer und win zů dem zappfen git für ein mossenlang vaß mit wine nút me vesselin legen sol denne vier vesselin, und sol kein wúrt kein vesselin han das under vier amen sie, es sie der win den sú in dem lande kouffent oder in der stat. Doch were das fůder 25emig oder me, da mögent die wirte wol fürlegen 5 vesselin, doch also das kein vaß under vier amen sie. Dartzů so sol ouch kein wirt úberal keinen win in sinem kelre haben denne den win den er schenken wil, und sol ouch dartzů kein wúrt keinen win úberal in sinen kelre legen noch usziehen ane die leiterer. Und hant ouch die leiterer ir ieglichen an den heilgen gesworn eim ungelter ze sagende tegelich wie vil sú eim wúrte vesselin inlegent, und hant dar umb iren lon. Dartzů sol kein wúrt keinen win heim tragen noch heissen tragen in vesselin noch in omen noch in gelten, es sie tag oder nacht. Und sullent ouch die wúrte zů Colmer alle ir vesselin mit wine zů sammene in den kelre legen, und sol keinre keins hie obenan in dem huse haben ligen noch anderswa. Und was wine die wúrte kouffent in dem lande oder in der stat, also balde der win in ire vaß kunt und gen Colmer inkommen ist, so súllent sú den selben win an deheinen stetten verkouffen noch niemant zů kouffende geben vor irem kelre noch anderswa, es sie denne das der win e verungeltet und verstebelet sie. Was gesinneter vesselin die wúrte hant da massen ane stant, die súllent sú verungelten und verstebelen ane vier masse ungeverlich. Und wer dirre stúgke deheins verbreche, wie dicke das geschehe von wem das were, der bessert 5 lib. d., dem schult

Digitized by Google

heissen und dem meister 1 lib. und der stat das überige. Und wele wirt eim ungelter hohe redet oder übel zů spreche, wer der were, der bessert die selbe besserunge. Actum die dominica ante Barnabe apostoli anno LXXVII. *1377 Juni 7.*

24. Der rat hat erkant von der winsticher wegen, das da ein ieglicher winsticher zů Colmer nút me nemmen sol zů stichgelt denne 4 pfeninge von eim fůder wins von ie der hant, und sol das gelt werden einem geswornen winsticher und niemant anders. Und súllent die wirte bi den die geste sint nút anders nemmen denne ein stichmosse von eim fůder wines oder von vier fůdern eine mosse und von sechs fůdern oder von echtewen oder me zwo mossen. [Doch söllent und mögent die winsticher von den frömden nemen 6 d. von eine fůder wins.]

Wa ein winsticher einen gast hin fůret in einen kelre win zů kouffende, wenne denne der selbe winsticher nút me wines enweiß zů kouffende, so sol er bi sinem eide einen andern winsticher fragen, ob er deheinen win wisse den man verkouffen welle. Sprichet er denne jo, so sol er mit dem gaste gan in den kelre der ym gezöiget wúrt, und was wines dar ynne verkoufft wúrt, da súllent die beide winsticher das stichgelt mittenander teilen. Dartzů were es sache das ein einfaltig man, der den louff nút enwúste wie er sinen win bieten solte, ist da das einr einen winsticher fraget wie de louff sie, das sol ein winsticher einem sagen by sinem geswornen eyde ungeverlichen.

Es ist ouch zů wissende, das niemant, wer der ist, keynen win verkouffen sol ane einen geswornen winsticher. Und wer das dar über tete, der bessert ein pfunt alter, halber dem schultheissen und dem meister und das halbe der stat. Und der stat súllent das die winsticher by irem eide růgen, wa sú das empfindent. Actum feria tertia post Martini episcopi anno LXXVIIII. *1379 November 15.*

25. Der rat hat ouch erkant, was wine sú frömden lúten kouffent, das súllent sú fúrbringen und sagen, das der stette ir zol werde

Digitized by Google

und das sich da von von dem rechten geheischet. Actum sabbato ante Laurentii anno LXXXV. *1385 August 5.*

27. Der rat und die zunftmeister ieglicher sich selbe dritte hant einhelleclichen erteilt und erkant uft den eyt, wer eine lantveste vor sinem huse het und die nút abe brichet in disen nechsten vierzehen tagen und den grunt gelich sleiffet und ebenet, der bessert dar nach alle tage 5 s., wand man wil das mit nammen alle lantvestin ab sient, und sol niemer keyne me gemacht werden. Und vellet die besserung halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Doch so het meister und rat drye dar über gesetzet, die erkennen súllent wa lantvesten notdúrftig sint zů habende. Actum dominica post Urbani anno LXIIII. *1364 Mai 26.*

Der rat hat erkant, das man alle herten die nút recht stant anders setzen sol, als die heissent die der rat dar über gegesetzet hat

Der rat hat erkant von des mistes wegen der in der stat lit, da hat der rat zwene über gesetzet die durch die stat gant umbendumbe, das die alle ding von dem miste besehent. Und wa die zwene erkennent das man keinen mist da machen sol oder da sú heissent den mist dannan tůn, des sol menglich gehorsam sin. Und wer den mist nút dannan tete nach dem als es geheissen ist und hie nach geschriben stat, der bessert alle Tage 10 s. als dicke es geschicht, halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Actum die dominica post Michahel anno LXXV. *1375 September* 30.

28. Der rat hat erkant, wer über viertzehen jar alt ist und nút swert hinnant erstage ze nacht, der sol fúr die stat varen und niemer her in kommen, und sol ouch dehein recht haben, und sol man ym umbeholffen sin das jar uß, er swere denne ee. Actum sobbato post corporis Christi.

Der rat hat erkant, das niemant keyne vagatte noch kumber in den bach schútten sol noch an die stette da die synnen sint. Wer daz dete, der bessert 5 s. als dicke es geschicht.

Digitized by Google

Dartzů hat der rat erkant, das nieman vor dem glôgkelin oder nach der torglogken deheinen Kúbel noch unflot in keinen bach schútten sol. Wer das brichet, der bessert 5 s., und sol dis menglich rûgen, und sol der wergkmeister die beche da mitte besseren. Und sol ouch nieman in die graben noch under die watloube nút schútten, wande man sol die vegatten fúr die thor tragen oder fûren. Wer das nút endût, der bessert ouch 5 s. Wer ouch dem andern keinen unflot, es sie vegatte oder ander kumber, fúr sin hus oder thor schúttet, der bessert die selbe besserunge und gehôrt die besserunge der stette.

29. Der rat hat erkant, wer den winzieheren über ir seile vert mit karrichen oder mit wegenen, so sú win in lassent, der bessert 10 s. halber dem schultheissen und dem meister und halber der statt. Und geschehe ouch da von kein schade, den sol er dartzů uffrichten. Actum die beatorum Petri et Pauly apostolorum anno LXIIII. *1364 Juni 29.*

Der rat hat erkant, das dehein varende tochter nachtes fúr die stat sol gan zů deheinem riffian noch zů niemant anders inwendig den crútzen. Wil sú hin uß gan, das mag sú ussewendig den crútzen tůn. Wa das verbrochen würde, der sol man ein jar die stat verbieten. Ist aber das ein riffian eine twinget das sú nachtes zů ym hin uß můß, der sol die selbe besserunge ouch liden. Actum feria secunda post beatorum Petri et Pauly apostolorum anno LXIIII. *1364 Juli 1.*

Der rat hat erkant, das kein riffian zů Colmer, er sie wer er welle, kein recht zů Colmer haben sol und sich ouch mit keinem rechten beholffen sol noch mag in deheinen weg. Actum feria secunda post purificationis Marie virginis anno LXXXVI. *1386 Februar 5.*

30. Der rat und die zunftmestere ieglicher selb ander hant einhelleclichen erteilt und erkant uff den eyt, wer iemer me deheinen gefangenen heimlichen in die stat fúrte oder gefangen

Digitized by Google

leit ane des schultheissen, meister und rates urlop, er were edel oder unedel, pfaffe oder leyge, der sol besseren fünf jar ane gnade für die stat, und sol dar nach an des rates gnade ussewendig der stat beliben. Actum feria secunda post beatorum Petri et Pauly apostolorum anno LXIIII. *1364 Juli 1.*

Anno predicto et eodem die wart erteilt und erkant, wer in der Ouwe, in garten, uff dem velde, an korne, in den reben, in wasser, an vischen deheinen schaden tût nachtes oder tages, er sye knabe, wip oder man, der sol besseren einen monat für die stat ussewêndig den crützen und vor Steinebrugke ussewendig der brugken bi Blienswilr. Und so er her wider in wil, so sol er geben ein pfunt pfenning halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat, und mag den monat dar zû abkouffen, ob er wil. Und diesen eynung mag ein ieglicher rûgen der es sicht.

31. Der rat hat erkant, wa einre dem andern für den rat gebûtet, kunt er nût für den rat dem dar gebotten ist und verantwürtet sich, so sol es ein gebot sin. Und wenne er driewarbe gewartet drie rete als man urteil sprechen sol, und das yme der weibel darnach geseite, richtet er sich nût von dem kleger, so het er sin ding erklaget und sol ym der meister denne richten. Actum crastino beati Oswaldy anno LXIIII. *1364 August 6.*

32. Anno domini MCCC LXIIII feria quinta ante beati Thome apostoli da erteiltent die meistere, der rat, die zunftmeistere und die schöffel einhelliclichen uff den eit, wa der vier meister einre zû keme da iemant mit dem andern kriegete oder messer zugketent oder über einander louffen woltent, oder ob es ym sust für keme und geseit würde, das er nach in sante und sú beidersite bete das sú nût zû den dingen zû stunt deten, des soltent sú im volgen. Wolt aber deheinre under in des durch bette willen nût tûn, so mag der meister sú manen irs eides das sú dar zû nût tûgent, und ietweder teil das recht von dem andern nemme. Weler da ungehorsam were, so er von dem meister gemant würt oder ob er sust gesprochen hette gegen

Digitized by Google

dem meister: ich wil dar zů nút tůn, und dar úber dar zů dete, wer die werent, der bessert ieglicher zwey jar für die stat ane alle gnade. *1364 Dezember 19.*

Zů gelicher wise wer ungehorsam ist eim burgermeister oder dem rate, so er gemant würt, der sol ouch besseren zwey jar für die stat und mag die abkouffen. [Deßglichen wem von einem stettemeister der stette fride gebotten würt und er den überfert, der bessert ouch dieselbe besserunge und sovil me als dann der rat bekennet nach gelegenheit und gestalt der sachen.]

33. Der rat hat erkant, wa einre den andern zihet das er ym umb schulde oder umb ander sache phant habe erloubet, da sol der der inen da zihet ym jehen oder lôikenen und das recht da für tůn, ob er ym missegicht, er môge in denne erzúgen.

Der rat und die schöffel hant erkant, wa einre dem andern pfant hat erloubet, ist denne das hus oder hoff beslossen und nút hin in mag kommen, so mag der der die pfant nemmen wil zů eim schultheissen oder zů eim meister gan, wer im denne der nechste ist, und sol ym der einen weibel geben, wenne er in vordert, und sol im der weibel das hus oder hoff uftůn oder ufbrechen, und das er da pfant môge genemmen, und tůt dar an dehein unrecht. Actum feria secunda post beati Nicolay episcopi LXV, *1365 Dezember 8.*

Der rat und die scheffel hant erkant, wa einre dem andern sine pfant erloubet, der mag in angriffen an sinem varenden gůte. Gienge ym dar an út abe, so mag er in an sinen ligenden gůtern angriffen mit gerichte, es were denne das er ym ligendes und varendes erloubet hette an ze griffende, ane alle geverde. Actum feria quarta ante Nicoli episcopi anno LXVI.

1366 Dezember 2.

34. Der rat hat erkant, wa einre an dem gerichte einem usser taget, und ein weibel sprichet bi sinem eide das ym usserttaget sie, und das der weibel einem richten wolte und das eins

Digitized by Google

weren wolte, es were frôwe oder man, der bessert ein unhulde. Zu gelicher wise wa einem gût das gefrônet were ußgetragen würde, wer das tût, der bessert einen vrefel. Würde aber er das gût geheissen wider in tragen und daz nút endete, der bessert ouch ein unhulde. Actum die sabbato post beati Hilarii anno domini MCCC LXVI. *1366 Januar 17.*

35. Der rat hat erkant, das die underkôifler die eigen und erbe oder was es ist verkouffent und kouffent, die súllent nút me von dem pfunde nemmen denne zwene Straßburger pfenninge, von dem der da kouffet einen und von dem der verkouffet ouch einen.

Zû gelicher wise súllent die kôiffelerin die da gewant und husrat veile hant nút me nemmen denne von dem pfunde vier [sehs] pfenninge, von dem der da kouffet zwene [drige] und von dem der da verkouffet ouch zwene [drige] und nút me. Wer das verbreche, der bessert ein pfunt pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Actum in die beati Mathie apostoli. [Ouch hat der rat erkand, das sú keine gemeineschaft mit enander haben sôllend, und sôllent ouch nút umb enander kouffen noch umb nieman in der stat von solicher koufschatz als vor stat. Und die stücke hand sú gesworn ze haltende.]

Der rat hat erkant von der underkôuffer wegen, das der enkeinre mag alleine nieman übersagen von eigen oder von erbe, es sage denne me lútes dar umb, das den rat dunke das es wol überseit sie. Aber umb einen kouff der umb bar gelt geschicht, da mag er in dem nechsten monade wol umb sagen, aber dar nach sol er alleine nieman über sagen. Actum sabbato post Jacobi apostoli anno domini MCCC LXX. *1370 Juli 27.*

37. Der rat hat erkant, das man von einem fûder wins zû kelre miete nút me sol geben denne 18 Straßburger, es were denne das einre eyme me gelobte zû gebende.

Digitized by Google

Der rat hat erkant, das alle schaffener der tûmherren, der klôster oder der hôfe die an dem gerichte die lûte ansprechent und recht von ynen nemment, wer die sint, münche oder weltliche lúte, die súllent ouch wider umbe den lúten das recht vor retten oder gerichten tûn von der schaffenye wegen, der schaffener er ist. Actum feria tertia post dominicam oculy anno LXVI. *1366 März 10.*

38. Der rat hat erkant, das nieman uff deheinen tag mit me lútes sol gan die er uff tage bittet denne mit sechssen, es sie denne das es im der burgermeister erloube. Dar nach denne die sache ist, also sol er ym lúte erlouben. Actum sabbato ante dominicam letare anno domini LXVI. *1366 März 14.*

Der schultheisse, die meistere, der rat und die zunftmeistere hant einhelleclichen erteilt und erkant uff den eyt, das niemant zů Colmer, er sie edel oder unedel, burger oder seldener, oder der seßhaft oder sine wonnunge zů Colmer hat, uff deheine stunde noch tage, wa die werent, ussewendig oder inwendig der stat weder riten, varen noch gan sol das wider die stat von Colmer ist oder deheinen burger noch seldener von Colmer, und ouch wider die selben burger noch seldner oder wider die stat von Colmer uff den selben tagen und stunden, wa die werent, nút reden noch sú tûn noch werben súllent in deheine wise. Und wer dis breche und hie wider tete, der bessert ein jar für die stat ussewendig den crútzen ane gnade, meister und rat erloube denne eime uff tage zů ritende oder zů gande ungeverlich. Actum sabbato post beati Gally anno LXXVIII.

1378 Oktober 23.

39. Der rat hat erkant, das nieman keinen frômden schnider von dem lande in sin hus sol setzen und ouch kein schnider das antwergk sol triben, er habe denne die zunft. Wer das brichet, der bessert einen monat für die stat, und mag den abkouffen, halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Actum feria sexta post beatorum Petri et Pauly apostolorum.

Digitized by Google

Doch so mag ein ieglicher einen schnider in sin hus dingen und bi ym haben, der ym selber und sinem gesinde machet und niemant anders.

Der rat hat erkant, wa fúrbotten wúrde das niemant in keyne stat varen solte oder in das lant und das einr breche, dem sol man umbeholffen sin, und sol dar zů bessern 5 lib. d., dem schultheissen und dem meister zwei pfunt und der stat das überige. Actum sabbato post beate Agnetis anno LXVII.

1367 Januar 23.

40. Der rat und die scheffel hant einhelleclich erteilt und erkant uff den eyt, wele burger oder seldener zů Colmer, wip oder man, edel oder unedel, pfaffe oder leye, von der stat zúge und anderswo búrger wúrde umb soliche sache, das er ander gerichte oder recht, geistlich oder weltlich, uff unser burger oder seldener sůchen wolte, der sol niemer me kein recht zů Colmer gewinnen und sol ouch niemer me da seßhaft werden. Und was schaden die von ym nemment die er mit andern gerichten angriffen het, den schaden sol er in dar zů ablegen, und mag des schaden kommen uff alles sin gůt, es sie uff ligende oder uff varende gůt das er het in dem banne. Were aber das dar nach der enkeinre, es were wip oder man, vor in die stat zúge, der soll alle tage der stat fúnf pfunt besseren untz an die stunde das er wider usser der stat zúhet und ouch gime sinen schaden abgeleit. Actum die dominica in qua cantatur oculy anno domini LXVII. *1367 März 21.*

Der rat hat erkant, were das ein burger oder seldener zů Colmer den andern angriffen oder schedigen wolte, es were mit gerichte oder ane gerichte, der sol vorhin sin burgrecht ufgeben und sol ouch vorhin ussewendig der stat sin gewesen jar und tag. Weler dar úber in der jarfrist unsere burgere oder seldenere schedigette oder angriffe, oder were das ein ander burger oder seldener ym des húlffe, der sol ouch ussewendig der stat jar und tag sin und sin burgrecht und recht ufgeben haben. Weler dis breche, der sol fúnf jar bessern fúr die stat

Digitized by Google

und mag die abkouffen, und dar nach sol er nút me zů Colmer seßhaft sin. Actum in vigilia beatorum Petri et Pauly apostolorum.

41. Der rat hat erkant, wer nachtes gat nach dem glögkelin ane liecht, er sie edel oder unedel, pfaffe oder leye, der sol bessern achte tage für die stat und mag die abkouffen mit eim pfunt d. Und vellet die besserung der stette und dar zů dem schultheissen und dem meister 10 s.

Der rat hat erkant, wer ungewonlichen swert, es sie in sinem huse oder anderswa oder wa er ist, und wúrt sin der úberseit von iemande wer die sint, burgere oder seldener, die es nút durch vigentschaft růgent, der sol bessern ein halb jar für die stat und funf pfunt pfeninge dem schultheissen und sant Martin und mag das halbe jar abkouffen. Actum feria tertia post palmarum anno domini LXVII. *1367 April 13.*

Der rat hat erkant, das diese swůre bogkes zwers, bogkes snode, bogkes zwúdeloch, bogkes gesingeloch sint gantze und ungewonliche swůre, aber bogkes singke, bogkes gesingke oder bogkes gesingkeloch, bogkes arsloch sint halber ungewonliche swůre. Wa aber einre zů den selben swůren zů nemmet das verch das heilig oder den snurt, das súllent alles ungewônliche swůre sin, und sol mans bessern als vor die besserunge was. Were aber das einre swůre bogkes schedel, bogkes kopff oder semliche swůre die den gelich sint und das verch dar zů nemmet das heilig oder den snurt und die swůre alsus zwigúlte, der bessert 5 s. und viertzehen tage für die stat, die mag er
42. abkouffen. Were aber das einre als bőse swůre tete || die hie nút geschriben sint, oder got oder sin můter oder die heilgen schúlte, das sol an dem rate stan. Und wer dise swůre nút zů besseren het, den sol man búrnen durch die bagken. Actum sabbato post beati Jacoby apostoli anno domini LXXII.
1372 Juli 31.

Der rat hat erkant, daz ein schultheisse, wer er denne sie, einen knecht sol haben und nút me in den walt zů farende mit

Digitized by Google

eim karrich oder mit eim wegellin, der ym holtz zů búrnende fürt, durch das die clóstere ungenôtiget blibent. Und sol der knecht an den heilgen sweren, das er keyn holtz sol nemmen das gût zů buwende sie. Und sol ouch nieman kein holtz geben noch füren heimlich noch offenlich denn alleyne dem schultheissen, und sol ouch dar zů nút me füren denne der schultheisse bedarff zů siner notdurft zů búrnende und zů keinen andern dingen. Wa der knecht dirre stúgke deheines verbreche, das solte man an sinem libe und an sinem gûte wartende sin. Actum in vigilia corporis Christi.

43. Der rat hat einhellich erteilt und erkant uff den eyt, wa zů Colmer einre den andern zů tode slecht oder wa es unsern burgern beschehe, er habe es getan vor dirre date oder dar nach, der mag nút wider in die stat kommen e das er mit den clegern und dem schultheissen úberein kommet. Wenne er mit den beiden úberein kommen ist, dar nach sol er der stat bessern ussewendig den crútzen fúnf jar die er dar nach usse sol sin, und mag die abkouffen. Actum die beati Mathei apostoli anno domini LXVII. *1367 September 21.*

Der rat hat erkant, als vor ein besserunge was, were das einre einen zů Colmer zů tode slúge, der mag nút wider in die stat kommen, er komme denne ee mit dem schultheissen und den klegern úberein, dartzů sol er bessern 5 jar, die mag er abkouffen; da hat der rat sithar erteilt und erkant, wer das ein lantman einen burger oder seldener zu Colmer verwúndete eine wunde die luper were und dar umb er zů ochte würde getan, der sol ouch dartzů bessern fúnf jar für die stat und die mag er abkouffen, und dartzů sol ouch bessern 10 lib. d. für das messer zugken.

44. Anno domini MCCC LXVII die Mathei apostoli et ewangeliste het der rat erkant, wer das iemant mit dem andern zu kriege keme oder sust sin vient were, und dar nach mit einem ufsatze einen, zwene oder drie oder wie vil ir were zu yme nemme und iemant überlieffent, oder wer das von sinen wegen

Digitized by Google

tete, wa sich das vindet, der sol ieglicher bessern fúnf jar fúr die stat ane die besserunge die sú umb ir getat sust bessern súllent, und die fúnf jar mag er abkouffen und vellet das an die mure. *1367 September 21.*

So het ouch der rat erkant von der lúpen wunden wegen, das uns unser herre der hertzog unser herre der vicarie erloubet het zů milterende, wer da die wúnden tůt, der sol sin von der stat untz an des klegers gnade, und wenne er mit dem úberein kunt, so mag er her in gan. Möchte aber er mit dem kleger nút úberein kommen, das er zů strenge wolte sin, wenne denne die wunde geheilet das der scherer nút me zů ym gat, wil es denne der kleger nút enbern, so sol der schuldige dar nach ein halb jar usse sin, und denne so stat die besserunge an dem rate und was die erkennent, das súllent sú beidesite halten nach dem als die wunden gewesen sint. Actum die Mathey apostoli et ewangeliste anno domini LXVII.

1367 September 21.

45. Der rat hat erkant von der ofenbrot wegen, das man die also bachen und weren sol das ein brot sol also gross sin, was usser einem vierlinge weissen mag werden, also sol es sin. Wolte aber ieman pfenninge da fúr nemmen, was denne ein vierling weissen giltet, so vil pfenninge sol man ym fúr ie das brot geben. Actum die sabbato post festum pasce anno LXVIII.

1368 April 15.

Der rat hat erkant, were es das ein man, wer der were, eim sin wip enweg fúrte oder aber hinnanthin me, es were wip oder man, bi der une sesse, den es verkúndet wúrde in den achte tagen, und wolte er da von nút lassen, da bessert man und wip ir iegeliches besunder zwei jar, ein jar ane gnade und das ein jar múgent sú abekouffen mit 13 lib. alter pfenning, und die vallent an die mure.

Und wer dem andern sin wip vorbehebet, der bessert ouch die selbe besserunge. Actum in vigilia beati Bartholomey apostoli anno domini MCCC LXX primo. *1371 August 23.*

Digitized by Google

46. Der rat hat erkant, als vor eine besserunge was, wa ieman da einre eime sin elich wip schiltet oder hůr und úbel zů spreche, so ir man zů gegen stůnde und es horte, das der bessern sol ein jar, und das jar mag man abekouffen, und sol das an die mure vallen. Actum die Agathe virginis anno domini MCCC LXX. *1370 Februar 5.*

Doch so ist nů erteilet, das man so vil me bessern sol zem jare als der rat erkennet. Actum sabbato ante Michahelis anno domini MCCC LXX primo. *1371 September 27.*

Der rat hat erkant, wer von sinen rechten verkúndet wúrt, der mag noch ensol nieman me keins rechten gehelffen. Were aber das iemant dem selben kein unzucht oder út tete, der sol es bessern als eim andern. Und daz der der die getat tůt nút uß-jehen, er habe kein recht und er súlle es nút bessern. Actum sabbato ante Martini episcopi anno LXXI. *1371 November 8.*

47. Der rat hat erkant von der múller wegen, als gewônlichen was das ie der múller sinem brotbecken der zů ym můl jerlichen gab zwey pfunt pfening geltz, und das ouch daz ein miete und eine schenke was, da hant die múller ireu bresten dem rate fúrgeleit und erzalt und das sú es nút erzúgen môchtend nach den kosten gehaben, da ist erkant das das abe sol sin und das keyn múller keinem brotbecken nút sol geben noch schenken noch mieten heimlich noch offenlich. Wer das breche, als dicke das beschicht, also dicke bessert er fúnfzehen pfunt pfenninge die zů Colmer genge und geneme sint, als der brieff wiset den die múller dar úber inne hant, der ouch umb die selbe sache in sinen krefften bliben sol nach des rates erkantnisse. Actum in vigilia beati Andree apostoli anno LXX primo. *1371 November 29.*

Dar zů sol ouch kein múller deheinem brotbecker nút fůren, er male bi im oder nút, weder mit pferden noch mit karrichen, noch in kein pferit lihen. Wer das brichet, der bessert als vor stat.

Digitized by Google

48. Der rat hat erkant, das man allen koufmanschatz in den koufhus sol fûren. Wer dar uber deheinen koufschatz in sin hus lat fûren und dar inne lat verkouffen, der bessert zwei pfunt alter pfenning halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat, also dicke es geschicht, er sie frômde oder heimesche. Actum vincula Petri anno LXX.

1370 August 1.

Der rat hat erkant, das nieman, wer der ist, er sie frômde oder heimesch, nút kouffen noch verkouffen sol ane einen underkôiffer solich gût als in das koufhus gehôrt, was das ist. Wer das brichet, der bessert fünf phunt pfenninge und sol so vil me als es denne der rat erkennet, als dicke es geschicht, zwey pfunt dem schultheissen und dem meister und das ander der stat. Actum die Anthonii anno LXX secundo.

1372 Januar 17.

Der rat hat erkant uff den eit, das dehein wúrt, wer der ist und geste empfohet, umb sinen gast nút kouffen sol úberal weder lútzel noch vil, es sie von saltze, von isen oder was koufmanschatz es ist; und sol man ouch das fûren in das koufhus. Und wer das dar úber dete, wele wúrt das were, der bessert zwey pfunt Straßburger als dicke das beschicht, dem schultheissen und dem meister 10 s. und der stette das úberige. [Alle vorgeschriben stück söllent die wúrte sweren, und ouch kein gast in das lant wisen win ze kouffende und mit inen ouch nút mit ze ritende und ouch nút irem gesinde daz ze bestellende.]

50. Es ist zů wissende von des jarmerketes wegen, das der merket weren sol vier tage und sol anfahen an sant Martins abende, und sol ouch der fride weren drie tage vor dem merket und drie tage darnach, also das der fride zehen tage were.

Der rat hat erkant, wa iemant, wer der ist, me kornes usser der stat fûrte denne sin wortzeichen seit oder schiben saltzes oder was von semlichem getregede ist, das sol man ym nemmen und sol ouch das also lange behalten untz das er von

Digitized by Google

ie dem sacke oder schiben saltzes, oder was es were das er also uß wolte fûren, geben het ein pfunt pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

51. Der rat hat erkant, were das iemant, wer der were, deheinen husrat usser der stat zů Colmer fûrte heimlich oder öffenlich, uff wassern oder zů den toren uß, in schiffen oder uff karrichen, in vassen oder anders oder wie das hin uß keme, wer das dete und das uß fûrte oder es uß schůffe gefürt, der bessert ein halb jar für die stat, und mag das abkouffen, und zehen pfunt pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Actum sabbato post ascensionem domini anno LXX quinto. *1375 Juni 2.*

Der rat hat erkant von der besserung wegen die der stat vellet, das man da mitte eim wergkmeister der der stette werkmeister ist überein sol kommen, und das kein meister überal deheime der alsus der stat besserunge vervallen were kein zil sol geben noch sin kein macht haben, denne wie es ein wergkmeister ußrichtet das sol meister und rat wolgefallén. Actum in vigilia Philippi et Jacobi apostolorum anno LXX primo. *1371 April 30.*

52. Der rat hat erkant, wa ein burger oder seldener zů Colmer einen verwunte oder zu tode slůge, da sol der schultheisse noch niemant anders ym sin hus vorhin besliessen, als etwenne geschehen ist, es sie denne das es mit urteil vor eim rate geschehe, oder das er vor gerichte umb einen totslag mit der glogken berůffet oder zů ochte mit urteile werde getan. Alle die wile dis mit der urteil nůt erteilt ist, so sol eins burgers oder seldeners lip und gůt fride haben, als ouch der stette friheit von alterhar ist gewesen. Würde ieman dar über sin hus beslossen e das es mit urteil erteilt würt, so lange als er des gesumet würt und sin gůt wolte enweg fûren untz die urteil geschicht, also lange sol man ym ouch nach der urteil stunde und zil geben, das er sin gůt mag fûren war er wil. Actum vigilia Philippi et Jacobi apostolorum anno LXX primo. *1371 April 30.*

Digitized by Google

53. Der rat hat erkant, das kein metziger in sinem huse kein gantz kalb noch nút deheins kalbes verkouffen sol. Er sol es her uß tragen und under den benken hőwen und rich und arm da von geben so vil als es denne vordert und bedarff, als verre das gelangen mag. Und was kelber sú kouffent in dem lande oder in der stat, das súllent sú hőwen und menglichem da von geben als vorbescheiden ist und gelangen mag ane geverde. Wer das brichet, der bessert zehen schilling dem schultheissen und dem meister und zehen schillinge der stette.

Der rat hat ouch erkant, das die metziger sőnt deheim closter dehein gantz kalb geben, doch mag er in ein halb kalb geben. Wer das brichet, der bessert die vorgenant besserung.

54. Der rat hat erkant von der metziger wegen, alles das vihe das uffen unser Riet gangen ist, es stande in dőrffern oder anderswo wa sú das hant, das sőnt sú hie hőwen und nút hin uß verkouffen. Und hant das gesworn und sőnt sú ouch einander des rûgen, ob es deheinre überfûre. Weler ouch under in anderswo rinder kouffet und har brechte die er wider verkouffen wil, das sol er nút uff die weide triben denne in graben und uff die Semden. Was sú aber uff die weide tribent und das die weide nússet, das súllent sú bi dem selben eide hie slahen. Was ouch ander lúte in der stat rinder hat kouft die in das Riet und uff unser weide gangen ist, das súllent sú nút frómden lúten zû kouffende geben, und súllent hie geslagen werden. Weler dis überfûre, der bessert von ie dem rindes houbt ein pfunt pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat und einen monat für die stat, den mag er abkouffen. Actum in vigilia penthecostes anno LXX primo. *1371. Mai 24.*

Der rat hat ouch erkant, wer dehein stinkende fleisch veile hat, es sie grûne oder geröuchet, der bessert ein pfunt alter pfeninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat und ein halb jar für die stat und mag das abkouffen, und sol man das selbe fleisch begraben. Und wa die schőwer heissent fleisch neher geben, das súllent sú ouch tûn.

Digitized by Google

55. Der rat hat ouch erkant, wer sin fleisch mit eim andern netze oder borsen decket, denne mit dem netze und borsen das von dem selben rinde kommen ist, wer das tete, der bessert ein halb jar fúr die stat, und mag das abkouffen mit siben pfunden alter pfenning, und zehen schilling dem schultheissen und dem meister und das úberige der stat.

Der rat hat erkant von der metziger wegen, da etliche under in clagende warent, das metziger werent under in die drie benke hettent oder zwene und die selber bestalt und besetzet hettent und die nieman lihen woltent, und da von so můstent etliche under den metzigern ane fleisch hőwen sin, die doch recht under der zúnfte hant, das hat der rat fúr sich genommen und hat dar úber geurteilet durch friden willen, das sú recht dunket, das ein ieglicher metziger wol mag me benke haben denne einen und ouch benke kouffen, ob es einre zů geltende het, doch mit der gedinge, das kein metziger uff keinem banke me fleisch hőwen sol denne uff einem banke und nút me. Doch so mag einre einen gemeinder nemmen und mag mit gemeineren sine andern benke bestellen, der recht het under der zúnfte. Wa aber einre eim das nút tůn wolte, so súllent sú mit nammen die benke lihen umb einen jerlichen zins als recht und gewőnlich ist, der ouch recht het under der zúnfte, wand man nút wil das kein metziger fleisch sol hőwen uft zwein benken; er sol uff einem banke hőwe und uff keinem banke me. Und wer dirre stúgke deheins verbreche, der bessert ein halb jar fúr die stat, und mag das abkouffen, und zwei pfunt halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

56. Der rat hat erkant, das kein metziger noch niemant anders kein vihe sol slahen in die Ouwe noch uff die egerden denne alleine uff die Semeden. Dartzů hat ouch der rat erkant, das man kein vihe sol slahen zwúschent die graben. Wer das brichet, da bessert ie das houbet vihes ein pfunt alter halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Der rat hat erkant von der metziger wegen, weler da spinnewidern fleisch hőwet, der oder die súllent kein scheffin

Digitized by Google

fleisch dar under höwen und súllent ouch ieglichem fleische sinen sundern bank haben, und süllent ouch das alle jar sweren zů den heiligen zů haltende. Dartzů so súllent ouch die metziger die schaff oder die spinwider die sú schuident und verkouffen wellent in kein wasser werffen, und wenne sú uſgeschunden werdent, so súllent si sú uſhenken und an den nageln weschen ungeverlich und under die metzige tragen. Und wie sú das spinwidern fleisch gend, so súllent sú das scheffin fleisch vier lib. 1 d. neher geben; und die bagken und köppfe und lung und leber die súllent sú ussewendig der metzige höwen. Und was fleisches sú höwen wellent, das súllent sú eins males frůge her uſ tragen, das es die schöwer gesehen múgent: und súllent ouch die bögke ussewendig der metzige höwen. Und wer sú fraget, weles spinwidern oder scheffin fleisch sie, das súllent sú im sagen bi dem selben eide; und súllent ouch kein ander netze noch fleisch uſlegen das nút dar zů gehört; und sol ouch kein fleisch höwen, er habe denne e die vorgenanten stúgke gesworn zů haltende. Actum feria tertia ante beati Bartholomey apostoli anno LXXX tertio.

1383 August 18.

57. Der rat hat erkant uff den eyt von der metziger wegen, alles das swinin fleisch, das scheffin fleisch und das spinwiderin fleisch, das die metziger zů Colmer slahent, das súllent sú nút saltzen in deheinen weg, denne das sú es höwen súllent under der metzigen. Wer aber das sú des selben fleisches zů vil hettent, so mögent die schöwer in wol erlouben ungeverlich das su das selbe fleisch wol múgent saltzen, des sú zů vil hetten gehebt. Und das selbe fleisch das in also erloubet ist zů saltzende, das súllent sú lassen ligen und es nút verkouffen untzen zů ostern, und das es ouch denne dúrre und trugken sie als es von rechte sin sol. Und wer dis verbreche, als dicke das beschehe, der bessert fúnf pfunt, dem schultheissen und dem meister zwey pfunt und der stat drú pfunt.

Der rat het ouch erkant von der metziger wegen, alles das vihe das sú stande hant in der stat zů Colmer, es sie das vihe das in unserm Riete gangen ist oder ob irem höwe gestanden

Digitized by Google

sint in iren stellen, das sol alles in der stat zů Colmer gehǒwen werden, und súllent es nút hin uß fúren zů verkouffende in deheinen weg. Wer das breche, der bessert ein pfunt, halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat, und einen monat fúr die stat und mag das abekouffen.

58. Der rat hat erkant, das kein metziger noch niemant anders kein vihe sol frǒmden lúten zů kouffende geben, das uff unserre weide ist gegangen oder hie erzogen wúrt. Und sol ouch dehein metziger dehein vihe das er kouffet fúrbasser deheinem frǒmden wider zů kouffende geben, wande man es zů Colmer hǒwen sol. Wer das brichet, der bessert von ie des vihes houbet ein pfunt alter pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

61. Der rat hat erkant, das niemant an keinem dornstag noch an der mitwochen des obendes untz an den dornstag zů vesper zit keine tilen, reiffe noch buholtz uff kouffen súllent uff merschetzen und wider verkouffen. Wer das breche, der bessert ein pfunt pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat, und einen monad fúr die stat und mag den abkouffen.

Der rat hat erkant von der schǒffel wegen die ufgesetzet sint, das die selben schǒffen die in schǒffens wise zů einer sache gezogen werdent umb schulde umb die selbe sache nút sweren súllent. Aber zů andern sachen so sú zů gezogen werdent, dar umb súllent su sweren, ob es an sú gezogen wúrt, als ouch andere burgere tůnt, ane geverde.

62. Der rat hat erkant, das dehein gremper noch gremperin, weder heimsch noch frǒmde, nút úber al kouffen sol von eßhaftigem dinge e man unsern herren got zů fronemesse gehebt hat. Und wer das brichet, der bessert ein pfunt alter, halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

[Darnach ist erkant, das sú nút kouffen sollent ee das die betteglock vor mittage lútet, by der vorgenant besserunge.]

Digitized by Google

Sú mögent aber wol nusse kouffen da vor, ob sú wellent. Dartzů súllent ouch die gremper nút me denne zwey mittenander gemeine han. Wer das brichet, die besserent glicher wise als vor geschriben stat.

Dartzů hat der rat ouch erkant, das die gartener umb deheinen frömden gartener nút kouffen súllent über al. Wer das brichet, der bessert als vorgeschriben stat, es were denne, das es der frömde man untz zů mittemetage veile hette, so mag es menglich kouffen.

63. Der rat hat erkant, das kein lantvogt, wer der ist, niemanne mag noch sol wider in füren, der in der stette besserunge ist, er habe usser der stat gesworn oder nút. Were aber das dar über ein lantvogt iemande her wider in fürte, der sol zů stunt wider uß varen usser der stat und niemer wider in kommende sin, sin zil habe sich denne e verlouffen. Actum quarta post diem penthecostes anno domini MCCCLXX secundo. *1372 Mai 19.*

Der rat hat erkant, das niemant dem andern sinen botten, knecht oder kellerin nút under dingen sol vor dem zile, wienachten und súngechten. Und wer das tete oder breche, der bessert ein halb jar für die stat, und mag das abkouffen, und dem schultheissen und dem meister ein pfunt. Doch so mag ein ieglicher sinen botten dingen in sinem huse, der im da dienet.

64. Der rat hat erkant uff den eyt, wer das iemant zů Colmer, wer der were, der zů Colmer sin wonunge hat oder von Colmar bürtig ist, er were edel oder unedel, von unserre kriege wegen die wir nú hant oder hie nach gewinnen möchtent, von uns entwichen woltent, dar umb das er keinen kosten und arbeit mit der stat von irre kriege wegen liden wolte, wer das dete, der bessert zehen jar für die stat ane gnade und sol dar zů zů Colmar niemer recht me gewinnen. Wer aber das iemant von uns entwiche und uns kriegen wolte und unsern vigenden gegen der stat beholffen sin, der sol niemer me da seßhaft werden noch niemer me in die stat kommen und kein recht me da haben;

Digitized by Google

und wa man sins gûtes ût vindet oder weiß, das sol man angriffen und den costen da mitte helffen gelten. Actum crastino beati Martini episcopi anno domini MCCCLXX secundo.

1372 November 12.

Und wer das breche und darûber her in in die stat ritte, der die ding als vorgeschriben stat verbrochen hette, den sol man haben und sol man ouch von ym richten als von eim verzalten manne, und sol in ouch nit helffen ob der krieg bericht were.

65. Der rat hat erkant, wer das iemant der bi dem rate sitzet oder des rates oder zunftmeister ist ein heinlich urteil das mit namen bi dem eyde verbotten were zû verswigende, iemande seite und die von ym uß kemen, das sich kúntlich fúnde von erbern lûten, wer der were, der bessert zwey jar für die stat ane gnade. Dartzû wer das ieman der des rates ist oder zunftmeister wider dehein urteil das geschehen were in dem rate, das eim die stat verbotten were oder die stat einen gefangen hette, den lantvogt oder deheinen herren bete oder würbe wider die urteile die da werent geschehen, wer das tete, die in dem rate sitzent, der bessert ein jar ane gnade für die stat.

Der rat hat erkant, wer das ein man oder ein knabe, er were jung oder alt, iemans tochter oder ein wip oder frôwe umb die e anspreche vor geistlichem gerichte, und die tochter oder die frôwe der e mit dem rechten lidig würde, da sol der man oder der knabe in iren schaden ablegen den sú sin von der ansprache wegen gehebt hant; und sol dartzû bessern fúnf jar ane gnade für die stat.

Zû gelicher wise, ob ein frôwe oder ein tochter einen man oder knaben anspreche umb die e und der lidig würde als vor stat, die besserent ouch als vor stat.

67. Der rat hat erkant von der brotbecker wegen, das alle brotbecker zû Colmer brot súllent veile haben teglich under den brotbenken und an iren laden frûge und spote, und mûgent ouch ein ieglich brot umb einen pfenning bachen, doch mit der gedinge,

Digitized by Google

das das halbe brot das sú bachent stebeler wert súllent sin; und also múgent sú stebeler wert und pfeninges wert bienander haben. Und súllent ouch mút nammen das kirnin brot und das simelin brot bachen und nut bŏllins noch halb bŏllin. Und alle die die des rates oder zunftmeister sint, die súllent und múgent bi iren eiden, so su der stat getan hant, alle zit schŏwen frŭge und spote under den brotbenken und an allen laden und tŭnt dar an kein unrecht. Und die schŏwer súllent dar umb deste minre nút schŏwen, und súllent ouch schŏwen frŭge und ze vesper zit, das ist zwurent in dem tage; und súllent ouch brot haben alle zit, das dar an kein breste sie. Und wer dirre stŭgke deheins verbreche oder ze kleine bŭche, wie dicke das geschehe und des gerŭget wŭrde, der bessert ein pfunt pfenning halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat und einen monat fŭr die stat, den mag man abkouffen mit einem pfunt d., das vellet an die mure. Und súllent sú dar umb ußkúnden; und welre die pfant werte, der bessert die selbe besserunge.

68. Der rat hat erkant von der zúnfte aller wegen in der stat zŭ Colmer, die dicke stósse hant gehebt wider einander, das ein zunft etlichen empfohet der ir antwerk nút enkan noch tribet, da sol hinnanthin keine zunft einen empfohen der nút ir antwerk tribet, also das die meder keinen snider súllent empfohen noch keinen andern der under ir zunft nút gehŏret. Und alle zúnfte súllent niemant empfohen denne die die von rechtes wegen under sú gehŏrent und ir antwerk tribent. Wer das dar úber tete, das sol ab sin, und sol das nút helffen, das einre jar und tag under einre zúnfte gewesen ist, wand mit namen was antwerkes einre ist, under die zunft sol einre varen und under kein ander zunft. Actum die sabbato ante Jacoby apostoli anno LXXIII.

1373 Juli 23.

Der rat hat erkant, das nieman kein langmesser noch swert, wer der ist, in der stat zŭ Colmer tragen sol denne die des rates sint und der stette diener und knechte, als es har kommen ist. Wer darúber ein langmesser oder ein swert trŭge, wer der were, der bessert zwey pfunt alter pfenninge halber dem schultheissen

Digitized by Google

und dem meister und halber der stat, das vellet an die mure; und den lantlúten sol man ir messer nemmen und nút wider geben. Wa aber erber lúte, ritter oder knechte, swert oder langemesser trûgent, da sol man die wúrte umb pfenden bi den sú zů herberge sint, die sullent in ouch sagen, das sú die messer abtûgent.

70. Der rat hat erkant von der juden wegen die in der stat zů Colmer seßhaft sind oder her nach da seßhaft werdent, das die selben juden oder was juden gût uß lihent, das die ein pfunt pfeninge nút hoher lihen súllent denne umb zwene pfenninge den die zů Colmer in der stat seßhaft sint. Wer aber das sú iemant ein pfunt hoher lúhent denne umb zwene pfenninge, das mag ein ieglicher für den meister bringen oder für den rat, und die súllent ouch den juden besenden und in solich haben, das in benûge von dem pfunde zwene ze nemmende. Wa aber der jude des ungehorsam wolte sin, so ist er tegelich vervallen zwei pfunt alter pfening ze besserung, dem schultheissen und dem meister das halbe und der stat das anderhalbe, und súllent sú da für pfenden und die besserunge nemmen teglich so dicke und so vil das der cristen mônsche von dem juden unclaghaft wúrt nach dem als vorgeschriben stat, ane alle geverde. Actum sabbato post Mathei apostoli anno domini MCCCLXXIIII.

1374 September 23.

Der rat hat erkant einhelleclich, weler jude oder júdin hinnanthin zů uns in unser stat zúge, oder die nů zemale by uns seßhaft sint, wenne denne die von uns zúgent, so súllent sú geloben und sweren, was sú mit den unsern untz uff den selben dag zů schaffende oder sú anzesprechende hant, dar umb súllent sú recht von in nemmen und geben vor unserm rate oder dem gerichte in unser stat; und sol in ouch nút lassen von uns zichen noch sin burgrecht ufnemmen, er gelobe und swere denne e die vorgeschriben ding zů haltende. Actum feria sexta post Augnetis virginis anno LXXX sexto. *1386 Januar 26.*

71. Der juden eyd: Als dich der ansprichet, des bist du un schuldig, als gewerlich dir der got helffe der geschaffen hat

himel und erden, lôb und gras, wasser, fûr, luft, tuft und alle fruht. Und ob du liegest in dem eyde, so mûsse dir niemer ze helffe kommen die gesetzde die got gab herrn Moysey uf dem berge Synagy an der steynen tofelen. Und ob du liegest in dem eyde, so mûsse dir niemer ze helffe kommen die heilgen namen die do geschriben stand in den ffûnf bûchen herrn Mosey. Und ob du liegest in dem eyde, so mûsse din gebein niemer rûwen do rûwende ist Aberham, Jsack und Jacob, und mûssest malatz werden als Jessy und Abey, und mûsse dich das ertrich verslinden als Dotam und Abiron. Und ob du liegest in dem eyde, das du crystan sterbest.

72. Der rat hat erkant, es sol nieman zû Colmer, wer der sye, burger oder seldener, pfaffe oder leye, das saltz das er in sinem huse bruchen will an deheinen stetten kouffen denne in dem koufhuse oder umb die gremper. Und súllent die gremper an deheinen stetten kein saltz kouffen denne in dem koufhuse. Wer das brichet, als dicke es beschicht, der bessert zwey pfunt pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Der rat hat erkant von des saltzes wegen, was saltzes har kunt gen Colmer, es sie von burgern oder von lantlúten, das súllent sú in der stat zû Colmer niemant zû kouffende geben denne der stat. Wer aber das die stat des saltzes nút bôdôrfte, so sol man in erlouben das saltz enweg zû fûrende, und sol sechs pfenninge von der schiben nemmen und von eim vierteil saltzes nún pfenninge; doch so sol man das saltz viertzehen tage in dem koufhuse haben stande.

73. Dar zû hat der rat erkant, das man kein vihe sol slahen zwischent die graben. Wer das tete, der bessert als der rat erkennet.

Als vor eine besserunge was von wes wegen man ungesungen was, und dem gebotten was usser der stat zû varende, wer das nút endete und man dar úber von sinen wegen unge-

Digitized by Google

sungen was, das der bessern sol ein pfunt dem schultheissen und dem meister. Dar zů hat ouch der rat erkant, das er ouch dar zů bessern sol ein pfunt der stat, und sol man ouch die besserung nemmen und sú nút varen lan.

74. Der rat hat einhellech erkant uffen den eyt, das nieman, wer der sie, es sient vischer oder ander lúte, in dem núwen graben vor Steinebrugke thor und in den graben hinder Widen untz an Theinhein thor, beide in dem ussern graben und in dem inneren, in den selben graben nút vischen sol in den allen weder tages noch nachtes. Und sol ouch nieman in denselben graben keinen pfol slahen noch fach machen noch keinre hande gewende über al. Dartzů sol ouch nieman mit keinen schiffen faren in die selben graben, und sol ouch niemant kein schiff dar in stellen weder tages noch nachtes. Wer dirre stücke deheins verbreche, der were wer es wolte, der bessert ein halb jar für die stat, und mag das abkouffen, und so vil me als es der rat erkennet und die getat ist, und zwei pfunt halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat, und sol man die besserunge nút varn lan. Actum die dominica ante Barnabe apostoli anno LXXV. *1375 Juni 10.*

75. Der rat hat erkant und ouch der schultheisse, die meistere, die zunftmeistere, und erteilt uffen den eyt und hant es ouch gelobt bi geswornem eyden zů haltende ungeverlich, das sú niemant der ussewendig der stat zů Colmer sitzent, er sie herre, ritter oder knechte, arm oder rich, dehein holtz geben súllent usser unsern welden, es sie in dem Nidern walde oder in dem Núwelende, das zů buwende oder zů trotten oder zů geswisterden gůt were. Und hant ouch das gelobt bi geswornen eiden zů haltende gegen allermenglich ussewendig der stat zů Colmer ane alle geverde. Actum feria tertia ante Michahelis archangeli anno LXX octavo. *1378 September 28.*

76. Der rat hat erkant, als vor eine besserunge was, wer ein messer zugkete, das der einen monat für die stat bessern solte, und wenne einre her wider in wolte, so bessert er fúnf schilling

Digitized by Google

dem schultheissen und der stat, wolte aber einre den monat abkouffen, so gab er ein pfunt und fünf schilling; da hat der rat sithar erkant mit den zunftmeistern uff den eyt, alle einhelleclichen: Wer da ein messer zugket, er sie rich oder arm, den sol man uß kúnden, und wenne er also uß gekúndet wúrt, so sol einre bi der tagezit uß varen und niemer wider in die stat kommen, er habe denne e gegeben ein pfunt Straßburger und drittenhalben schilling der stat und dem schultheissen drittenhalben schilling, und sol ouch einre uß sweren als ouch vor. Wolte aber einre in der stat beliben, der sol das selbe gelt geben, wand unser herren nút wellent, das iemant den monat abkouffe als vor. Actum die sabbato post octavam penthecostes anno LXXVIII. *1378 Juni 19.*

77. Der rat hat erkant, es sol kein aherer, frówe oder man, in deheinen ban gan des tages so man gesnitten hat, noch die wile das korn uffen den ackern lit. Wer das breche, der bessert einen monat für die stat und fúnf schilling pfenninge.

Es sol ouch dehein varende man korn noch ander garwen me samenen an den torn. Und wele knecht sines herren, sins jungherren oder sins meisters korn deheinem varenden manne git, da bessert ein knecht, als dicke es denne beschicht, ein pfunt pfenninge.

Es sol ouch kein hirte uffen die acker varen denne an dem dritten dage so das korn abekunt. Und welher aherer funden wúrde, er sie frómde oder heimesch, der bessert als es vor stat, und vellet die besserunge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

79. Der rat hat einhelleclichen erkant, das alle die closterfrówen die usser den clóstern zû Colmer gelouffen sint oder hie nach louffende werdent, das die zû Colmer in der stat noch innewendig den crútzen nút wonhaft noch sin súllent; und sol ouch die selben niemant husen noch hofen heimlich noch óffenlichen. Wer das darúber tete, wer der were, er were frówe oder man, der bessert fúnf pfunt alter pfenning, als dicke es be-

Digitized by Google

schicht, dem schultheissen und dem meister zwey pfunt und der stat das ander; wande unser herren nút wellent, das der selben ußlouffenden nunnen keine zů Colmer noch indewendig den crútzen nút sient. Actum feria tertia ante beati Urbani pape anno domini MCCC LXXX primo. Und sol ouch bessern ein jar für die stat und mag das abkouffen. *1381 Mai 21.*

80. Der rat hat einhelleclichen erkant uffen den eyt, das nieman zů Colmer, er sie wer er welle, pfaffe oder leye, keine zamme tube vohen sol mit deheinen slegen. Dartzů sol ouch niemant, wer der ist, er sie frómde oder heimesch, deheine zamme tube vohen uff dem velde mit deheinem garne noch an deheinen stetten, wand unser herren nút wollent, das man deheine zamme tube vohen sol mit deheinen dingen. Und sint ouch har úber gesetzet von dem rate zwene die des warten súllent. Und wer deheine tube vienge mit deheinem slage oder sust, wie sú denne gefangen würdent, der bessert ein halb jar für die stat, und mag das abkouffen, und ein pfunt pfenninge dem schultheissen und dem meister das halbe. Und wer zamme tuben vohet mit garne an dem velde, wa es denne geschicht, der bessert ein jar für die stat, und mag das abkouffen, und zwei pfunt dem schultheissen und dem meister. Und mag man einen ieglichen frómden man für die besserunge haben, und mag es ouch ein ieglicher rúgen, wer es sicht.

81. Der rat hat einhelleclichen erkant uffen den eyt, wer da stirbet zů Colmer, er sie edel oder unedel, man oder wip, pfaffe oder leye, das da sin bestes kleit vallen und werden sol an sant Martins bu in unser stat, das er denne verlat. Wer aber das sin bestes kleit stúnde, so súllent es die frúnde lósen und es an sant Martins bu geben: ein roß lósen mit zehen guldin, ein pantzer mit vier guldin. Und was die pfaffen besserent, da sol man sú ußkúnden, und vellet die besserunge sant Martin, und sol man sú inen nút varen lan. Actum feria tertia post beati Michahelis anno LXXX secundo. *1382 September 30.*

83. Der rat hat erkant, das die so in dem kófhuse sitzent keine gemeinschaft mitt niemant haben súllent heimlich noch

Digitized by Google

offenlich, und sol ouch keinen koufmanschatz triben über al, und súllent ouch keine miete von niemant nemmen weder wenig noch vil. Dartzů súllent sú ouch keinen kouff machen mit nieman ane einen underköuffer. Und was pfenninge sú empfahent ym koufhuse, die súllent sú zů stunt in die kisten legen, und súllent ouch das gelt uff den kisten empfahen und niergent anderswa, die wile der der in die pfenning git zů gegen ist. Und sol ouch keinen kouff machen, die wile der des das gůt ist zů Colmer in der stat ist; wol mögent sú einen kouff machen, ob es inen empfolhen ist, mit eim underköiffer, so der nút in der stat ist des das gůt ist. Und sol ze ieglichem kouffe das glicheste und das beste reden nieman zů liebe noch zů leide, und nieman kein wortzeichen geben denne usser siner hant ane den ungelter, ob es ym empfolhen wúrt; und nachtes in dem koufhuse zů ligende ungeverlichen, und sóllent ouch das sweren alle jare.

85. Anno domini MCCC LXXX primo die dominica ante festum nativitatis Johannis Baptiste do hat der rat, die zunftmeister und die scheffel einhelklichen erteilt und erkant: Wo die vier meistere oder ieman in den reten von des rates und der stette wegen der stette notturft rettend, es were mit herren, stetten oder gegen weme das were, und den selben die als von der stett wegen rettend smehlichen geantwúrt wurde, oder darumb bekumbert und geschediget würdent, den oder die, wer die werend, sol der rat und die stat verantwürten und beholffen sin und ouch do vor schaden behůten. *1381 Juni 23.*

95. Der rat hat erkant, das ein ieglicher bumeister der da gesetzet wúrt úber den ziegelhoff und úber den bu und die besserunge und unzůcht pfenning in zenemmende, das der sweren sol einem stetteschriber alle wochen ungeverlich verschriben zů geben was ym vallet von unzucht und von besserungen, und ouch gekündet. Und dar zů sol er ouch sweren, das er kein after slage noch althotz nemmen sol; und was von afterslagen vellet oder von altem holtze, es sie von brugken oder von andern dingen, wa es denne vellet, das sol er alles fůren uff den

Digitized by Google

ziegelhoff bi sinem geswornen eide, ane geverde, der stette zů
bůrnende. Dartzů sol er ouch deheinen bu tůn úberal und ouch
nůt kouffen noch verkouffen uff dem ziegelhoff noch ob dem
ziegelhoff, ungeverlich, ane der dryer willen die meister und rat
dar zů gesetzet hat. Und sol ouch alle monade den selben drin,
oder wenne sú es an in vorderent, rechenunge tůn was er inge-
nommen und ußgeben hat; und die selben drye und ouch der
bumeister súllent jares eine rechenunge har umb vor dem
rate tůn als gewónlich ist.

97. Der rat hat erkant von der hirten wegen die zů Colmer
sitzent, das der emkeinre nůt me schoff sol haben noch uff unser
weide gan denne drissig schoff ane alleine lembere die das jar
da von vallent, und súllent ouch niemant me kein schoff ent-
halten. Und weler hirte úber die summe me schoff hette und dis
verbreche, da bessert ie das schoff fünf schilling alter, halber
dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

113. Der rat hat erteilt und erkannt einhelleclich uff den eit:
Wer das ein lantman, wer der were, úber ein burger oder sel-
dener louffen wolte und im úbel tůn an sinem libe, und es der
lantman vor an den burger oder seldener brechte, das kúntlich
funden würde, so mag sich der gesessen man gegen dem lant-
man weren und ouch einen ieglichen burger oder seldener sins
eides manen, das sú im beholffen sient gegen dem lantman.
Und was denne dem lantman geschicht, da sol kein besserunge
darúber gan; doch also das es der lantman brocht habe an den
gesessen man, und ouch das fürbringet mit erbern lúten die da
bi werent. Were aber das niemant da by gewesen were, so mag
es der burger oder seldener mit sinem eide behaben, das es an
in brocht sie von dem lantmanne. Und wele burger oder selde-
ner der alsus sins eides gemant würde dem gesessen manne gegen
dem lantmanne nůt beholffen were, da bessert ein ieglicher ein
jar und mag das abkouffen. Und ist das der lantman den burger
oder seldener verwundet, so sol man ouch den lantman kúnden
in die ochte, und sich der richter sins gůtes underziehen das er
hat in dem banne zů Colmer, als gewonlich ist. Doch ist zů

Digitized by Google

wissende, were das ein burger oder seldener oder ein gesessen man über einen lantman louffen wolte und im übel tůn an sinem libe, dartzů sol man ym umbeholffen sin, und sol ouch nieman manen das man im dar zů helffe. Und was der burger oder seldener oder der gesessen man dem lantman, so es an in brocht were, detent, das sôllent die burger oder seldener bessern als es gewonlich ist und harkommen. Doch so mag ein ieglicher burger oder seldener dar zů louffen ungeverlich scheiden, das dem lantman kein lait geschehe, so es an in brocht ist; und wer das tůt, der tůt kein unrecht. Were ouch das ein burger oder seldener sin reeht oder burgrecht ufgeben wolte und sin gůt, was er denne hette, enweg geben und das vergeben, und dar nach mit einem ufsatze einen burger oder seldener slahen wolte oder erstechen, da sol die gabe keine kraft haben úberal, und sol man von ym und von sinem gůte richten, ob er deheinen
114. schaden tůt, || in der wise als vor ist bescheiden, und sol in das nůt helffen ob er sin gůt vorhin enweg het geben. Doch so mag ein ieglicher burger oder seldener sin gůt enweg geben, wenne oder wie dicke er wil ungeverlichen, als denne der stette zů Colmer recht und gewonheit ist. Actum feria tertia post dominicam letare anno domini M CCC LXX secundo.

1372 März 9.

116. Anno domini M CCC LXX secundo feria quarta ante dominicam letare da hat der rat und die scheffel erkant uffen den eyt: Wer zů Colmer burger oder seldener ist oder in der stat sin wonunge het, er sie edel oder unedel, und einem herren, frůnden oder gesellen dienen wolte einen krieg, oder ob er sust einen angriff an sinen vigenden tůn wolte, die súllent ir recht und ir burgrecht ufgen und súllent ouch mit wiben und mit kinden drie tage vorhin, e sich der krieg an het gehebt oder der angriff beschehen ist, usser der stat zů Colmer ziehen unverzógenlich mit eins burgermeisters urlop und willen und ouch niemer in die stat kommen, es werent da zwischent friden gemacht oder nůt, der krieg dar umb sú usse sind sie denne ee gentzlich versůnet und gerichtet; so mógent denne die die alsus

Digitized by Google

hin uß kommen werent mit wiben und mit kinden wol her wider in varen und nút ec. Und wenne sú ouch her wider in komment, so súllent die man oder die knaben die vogtber sint zů stunt in den zwein tagen sweren meister und rat gehorsam zů sinde, als ander burger und seldener tůnt. Wa das überfaren würde, von wem das beschehe, der bessert ein jar an gnade usser der stat als dicke als es beschicht. Und wer das die stat oder die burgere von sins angriffes und kriegs wegen in deheinen schaden komment, den schaden soll er der stat abheben, und sol man dar umb sinen lip und sin gůt anreichen untz der schade ufgericht würt; und sol in das nút helffen, ob er sin gůt vor enweg hette geben oder verendert in deheinen schirm, ane alle geverde. Wolt ouch iemant, wer der were, er were ein burger oder seldener oder eins burgers sun, sinem herren, fründe oder gesellen sine vestin helffen weren, der sol sich ouch der stat enteingen und die ding zů glicher wise als vor ist bescheiden halten. Wa das von im verbrochen würde, die súllent in die vorgeschriben pene verfallen sin, und súnderlichen de fröwen die usser der stat gefaren werent und gezogen, die súllent in der besserunge
117. nút wider in die stat kommen heimlich noch offenlich. ‖ Wer sú darüber in der stat huset oder hofet, der besseret fünf pfunt alter als dicke es geschicht. Doch ist zů wissende, das ein ieglicher zů Colmer der seßlichen hat sinem herren sine vestin wol mag helffen weren ungeverlich, also das es beschehe mit urlobe meister und rates zů Colmer. Dar zů mag ein ieglicher reisen usser lande das ussewendig Eilsaß ist, also das die reisen ungeverlich sient und ein offen reise sie und nút heimlich; den oder die gat die besserunge nút an. *1372 März 3.*

Der rat hat einhelleclich erteilt und erkant, das niemant, wer der ist, sol noch mag des rates oder zunftmeister werden zu Colmer, er sie har gezogen vor dirre date oder dar nach, er sie denne e fünf jar zů Colmer seßhaft gewesen mit huse. Actum feria quarta post beati Gregorii anno LXXX sexto.

1386 März 14.

Digitized by Google

II.

1387—1432.

25. Anno domini M CCC LXXXVII feria tertia ante beati Urbany pape do wart einhelleklich erteilt und erkant, das kein wúrt, kein winsticher noch nieman anders der ze Colmer geseßen ist mit keinem frómden manne in das lant riten oder gan sóllend, win ze kouffende, lútzel noch vil. Und wer das verbreche, der bessert 5 lb., dem schultheissen und dem meister 1 lb. und das úberige der stette. *1387 Mai 21.*

75. Der rat hat erkant von der weide und des Rietes wegen, als man Diebolt von Ratzenhusen etwie manig jar erlonbt hat, das die von Grússenhein mit irem vihe do fûrent, do hat der rat umb erkant, das man ime das nút me erlouben sol. Actum feria sexta post beati Georgii anno LXXX VIII. *1388 April 24.*

58. Der rat hat erkant von der metziger wegen umb das rintfleisch, als do har gewónlich ist gewesen, das sú zweygerhand rintfleisch uff eime banke under enander hiewent, do ist rat und zúnftmeister obgesessen und hant einhelleklichen erteilt und erkant, das alle metziger ze Colmer hinannthin nút me zweiger hand rintfleisch under enander uf eime banke hówen sóllent. Doch were es sache, das einre zweiger hande rintfleisch hówen wolte, das mag er wol tûn uf eime banke, also das er eins nach dem andern hówe und nút underenander. Und wer das úberfûre, der bessert ein pfunt núwer phenning; und sóllent das die schówer by iren eyden fúrderlichen fúrbringen. Actum ipso die beate Margarethe virginis anno LXXXVIII. *1388 Judi 15.*

76. Der rat hat einhelleklich erteilt und erkant, das man nieman in den spittal nemmen sol ze pfrúndnern, er sy denne von alterhar ze Colmer gewesen und hie erzogen und erborn. Actum feria sexsta post Bartholomey anno LXXXVIII. *1388 August 28.*

Digitized by Google

77. Der rat hat erkant, das nieman frömdes im lande in unsere welde dehein swin ze ackeran slahen sol. Wer das tete, do sôllent die swin der stette sin und niemant anders. Actum sabbato post nativitatem Marie anno LXXXVIII. *1388 September 12.*

34. Der rat hat einhelleklichen erteilt und erkant von der cinse wegen der angester, was kôiffe do umb angster vor achtzehen jarn beschehen sint, das man do cinsen sol einen guldin für zwelff schilling angester, oder so vil geltes für die zwelff schilling angester die als gût sint als ein guldin. Was kôiffe aber umb angester under ahtzehen jarn beschehen sint, do sol man zinsen einen guldin für sehtzehen schilling angester, oder ouch so vil geltz für die sehtzehen schilling angester die als gût sint als ein guldin. Actum feria sexsta post inventionem sancte crucis anno domini M CCC LXXX nono. *1389 Mai 7.*

25 Der rat und die zunftmeistere han erteilt und erkant, das keine zunft, kein wurt noch niemant anders keinen winrûffer machen sol, denne das meistere und rat erkennen sol, wer darzû nutze und gût ist. Datum dominica ante Urbany anno LXXX nono. *1389 Mai 23.*

32. Der rat und die zunftmeistere hant einhelleklichen erteilt und erkant, das kein schultheisse ze Colmer niemandes rede vor den reten noch vor dem gerihte ze Colmer tûn sol, lutzel noch vil, umb deheinerleige sache. Actum dominica ante Urbany anno LXXX nono. *1389 Mai 23.*

82. Der rat und die zunftmeistere hand einhelleklichen erteilt und erkant uff den eid und ouch das gelobt ze haltende: Wer der were der wider die stat ze Colmer tete oder getan hette vor dirre date oder do nach, und die stat oder die burger ze Colmer von sinen wegen schaden und umlust genommen und enpfangen hetten, das die niemer me keine reht ze Colmer haben noch gewinnen sôllent in deheinen weg. Actum sabbato ante festum penthecostes anno LXXX nono. *1389 Juni 5.*

Digitized by Google

84. Anno domini M CCC LXXXX feria tertia ante beate Katherine virginis to hat der rat erteilt und bekant von der gerwer wegen, umb das leder so sú veil hant und ze merkte tragend, das das selb leder trucken und dúrre sin sol. Und welre das verbreche und überfüre, der bessert von yeglichem stücke leders ein pfunt phenning halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Ze glicher wise hat der rat erkand, wel schûhmacher grûne oder naß leder umb die gerwer koufft, der bessert die selb besserung.

Darzû hat der rat erkand, das die schûhmacher die schûhe so sú verkouffent an dem donrstag ustragen sôllent vor prime, oder die wile man prime lútet. Und welre darnach schûhe us trûge ze merkete, der bessert ein pfunt phenning halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat.

Ze glicher wise sôllend die gerwer ir leder das sú an dem donrstage verkouffen wellen ouch us tragen zû den ziten als die schûhmacher. Und wer das verbreche, der bessert die selb besserung. *1390 November 22.*

59. Anno domini M CCC LXXXX secundo sabbato ante nativitatem Johannis Baptiste do hat der rat einhelklichen erteilt und erkand von der metziger wegen, umb die gemeineschaft so sú lang zit mit enander gehebt hant, das sú die selbe gemeineschaft furbasser mit enander haben mögent, also was eynung oder gelubde sú gegen enander gehebt hand, wie die gewesen sint, von fleisches wegen, als meistere und rat fúrkomen ist, das zwene gemeiner nút me eins tages höwen sollend denn ein rint, das sú den selben eynung und glubde gentzlich ablassen sôllend und in nû und hie nach nút me halten. Und wie vil fleisches zwene gemeiner oder einre besunder eins tages verhöwen und verkouffen mögend, das sú das wol tûn mögend und sôllend ouch darumb von niemand gestroffet noch gehindert werden. Darzû hat der rat erkand, was rintfleischs die metziger höwend, das sú do uf einen dag nut zweygerhande rintfleisch uf eime banke höwen noch by enander haben sôllend. Und wo sú die schöwer das fleisch heissend neher geben, das sôllend sú ouch tûn. Und sôllend dis alle jar sweren ze haltende. *1392 Juni 22.*

Digitized by Google

78. Der rat und die zunftmeister hand einhelklichen erteilt und erkant, wer das yemand, wer der were, der sin lip oder sin gůt frömdet oder gebe an ein closter und do mitt der stett ir gewerff oder den abzog enpfüren wolte, das der oder die, wer die werent, iren abzog, das ist fünff gewerff, der stett geben söllend, es werend denn soliche lúte die abzog von rehtz wegen nút geben söllend oder edellute, die gat die sache nút an. Actum sabbato post festum nativitatis Marie virginis gloriose anno domini LXXXX secundo. *1392 September 14.*

66. Der rat hat erkand von der brotbecker wegen, umb die swin so sú in legent und mestent, das sú do die swebschen swin ziehen sôllent ein dritteil jars und welschin swin ein viertel jars und nút kurtzer. Dazů sôllent ouch die brotbecker nút me swine haben ze male denn zwelffe, und sôllent ouch keine more haben ze záhten noch swin die fur den hirten gant. Und wer der stücke deheins verbreche, der bessert von yeglichem swine zwey pfund, der stett das halb und dem schultheissen und dem meistere das anderhalbe.

Darzů sôllent ouch die brotbecker das krůsch nút hoher geben denne einen sesterfol umb vier pfenning. Wer das verbreche, der bessert die selb besserung. Actum sabbato ante beati Michahelis LXXXX tertio. *1393 September 27.*

[Auch söllent es die múller ze glicher wise halten als die brotbecker. Actum ipsa die beati Jacobi apostoli anno CCCC septimo. *1407 Juli 25.*]

19. Der rat hat erkant mit den zunftmeistern einhelklichen uf den eyd von aller würte wegen ze Colmer die win schenkent, das kein würt koinen win in sinen kelre legen sol, er hab in denne ee verungelt und verstebelt. Und sol ouch vor ab sagen, wie er den win geben welle, das er in daruff verungelten kónne, und sol in do nach nút hoher geben denne er verungelt ist. Darzů sôllend ouch die würte ze mole nut me wins in legen denne 30 omen oder 31 omen ungeverlich, doch mag er dar under wol in legen. Und sôllent ouch die leiterer keinen win den würten in legen, sú haben denne ein wortzeichen von dem ungelter, das sú wussent das der win verungelt und verstebelt

Digitized by Google

sy, des ouch die leiterer zů den heilgen gesworn hand. Doch wenne es komet das ein wúrt in dem hindersten vasse stecket und aber der ander win aller us ist, so mag er aber so vil wins in legen als denn vorbescheiden stat und nút ee. Und wel wúrt dirre stúcke deheins verbreche und uberfúre, der bessert die alte besserung, das ist 5 lb. und darzů zwey jar fur die stat, die mag er abkouffen. Actum sabbato ante beate Katherine virginis anno LXXXX tertio. *1393 November 22.*

74. Anno domini LXXXX septimo sabbato post beatorum Philippy et Jacoby apostolorum do hat der rat und die zunftmeister einhelklichen erteilt und erkant, als gewônlich do har gewesen ist uf den meygtag in das Núwelende ze varende mit wegen und karrichen und ouch ze fůs, meigen ze holende, do ist mit urteil bekant, das menglich, nieman usgenommen, mit keinem wagen, karrichen noch pferden fúrbasser me nů noch hie nach in den walt varen soll; wand man och das meinet ze haltende. Und wer das úberfúre, das můste er swerlichen bessern. Actum ut supra. *1397 Mai 5.*

86. Anno domini LXXXX septimo do hat der rat und die zunftmeistere einhelklichen erteilt und erkant von aller der wegen so korn in dem merkte ze Colmer veil hant, es sy frôwe oder man, das die inen selben noch nieman von iren wegen kein korn und ouch weder haber noch gersten kouffen sôllent, denne so vil sú bedórffent ze essende zů irre notturft, also das sú es nút widerverkouffent. Darzů sôllent ouch sú niemant, wer der ist, keinrehande korn und ouch weder habern noch gerste kouffen weder heimschen lúten noch frómden. Darzů sôllent ouch sú do mitte keinem heimschen ingesessen manne noch frôwen kein korn und ouch weder habern noch gersten in iren húsern oder hinder in hinnanthin me enthalten, weder durch frúntschaft oder umb lon. Und sôllent ouch mit nammen keinem frómden manne noch frôwen fúrbasser me kein gelt weder uff korn, habern oder gersten, das hinder in in iren húsern lit oder stat, lihen ee es verkouft wúrt. Und die selben stúcke hant sú alle zů den heilgen gesworn ze haltende. Und weler man oder frôwe der stúcke

Digitized by Google

deheins verbreche und überfüre, die sol man uff offnem kantzel ze Colmer mein eidig und erlos kúnden. Und hinder welen man oder frówe ieman frómder lúte ir korn schúttent, den sol es niemant abtún noch verkouffen denne mit der wússende und willen der das korn ist. Und wer das verbreche, wer der were, der bessert zwey jar fúr die stat, und mag die abkouffen, und darzů funff pfunt halber schultheisse und meistere und halber der stat, und sol darzů dem sin korn verkouft und abgeton ist allen sinen schaden von des kornes wegen abtragen. Actum ut supra sabbato ante nativitatem Marie virginis gloriose. *1397 September 1.*

69. Anno domini MCCCXCVIIII sabbato ante festum Johannis Baptiste da hat der rat erteilt und erkant, daz man disen eynung in der stette büch schriben sol, wand ouch der selb eynung vor dirre date lange zit erteilt und ouch gehalten ist. Und ist daz: wer da lat spilen in syme huse, wer der ist, es sient würte oder ander lúte, niemant usgenomen, der bessert zwey pfunt alter pfenninge halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat. Zů glicher wise, wer die sint die als spilent in den selben húsern, der bessert iegelicher ein pfunt alter pfenninge halber dem schultheißen und dem meister und halber der stat. Actum ut supra. * *1399 Juni 21.*

59. Anno domini CCCC primo uff den zinstag von sand Lawrentien dag do hat der rat erteilt und erkant von aller metziger wegen zů Colmer, wer der were der pfunig fleisch hówet under der metzige, der ieglicher besunder sol bessern vier pfunt alter pfenning halber dem schultheissen und dem meister und halber der stat, und sol darzů ieglicher besunder bessern usser der stat an des ratz gnade. *1401 August 9.*

41. Do hat ouch der rat erkant, wer von frómden lúten als funden wurt die keine reht ze Colmer hant, der bessert ieglicher ein pfunt halber schultheissen und meister und halber der stat. Actum sabbato post beati Andree anno domini CCCC tertio. *1403 Dezember 1.*

* Am Rande sind drei Würfel gezeichnet.

Digitized by Google

52. Anno domini MCCCC septimo die dominica ante beati Andree apostoli da hat der rat einhelleclichen erteylt und bekant von der metziger wegen, das sie scheffin und spinwiderin fleisch uff zwein bencken und nit undereinander houwen söllent. Und wer sie ouch fraget, welhes spinwiderin oder scheffin fleisch sige, das söllent sie ime sagen. Dartzů söllent ouch sie die schoffe oder spinwider die sie schnident und verkouffen wöllent in kein wasser werffen, denn wenn sie ußgeschunden werdent, so söllent sie die zů stunt uffhencken und an den nageln weschen und under die metzige tragen. Und wie sie das spinwiderin fleisch gent, so söllent sie das scheffin fleisch vier pfunt eins pfennings neher geben. Und die backen, köpffe, lunge und leber söllent sie ouch innewendig der metzigen houwen und mögent das ungewegen verkouffen, also wenn sie kein ander fleisch me hant. Und was fleisches sie houwen wöllent, welcherleye fleisch das ist, keins ußgenommen, das söllent sie früge eins mols heruß tragen, das es die schouwere gesehen mögent. Wo sie ouch die schouwere das fleisch heissent neher geben, das söllent sie ouch tůn. Ouch söllent sie die böcke ußwendig der metzigen höwen. Dartzů söllent sie kein ander fleisch noch netze ufflegen das nit darzů gehört. Besunder söllent ouch die metziger nit zweyerhande rintfleische undereinander houwen, doch so mögent sie wol zweyerhande rintfleisch uff eim bancke houwen, aber ye eins noch dem andern und nit undereinander. Beschee aber daz eim metziger an einem morgen oder an einem obent ein qwalle oder ein halbe syte rintfleisches über blibe, und es nit verkouffen möchte, und aber geschouwet ist, das mag er morndes under anderm rintfleische wol houwen ungeverlich, also das bede rintfleische uff einen pfennig geschowet sigent.

1407 November 27.

95. Der rat hat erkant, das ein yeglicher bumeister der do gesetzt wurt uber den ziegeloffen und über den bu ze Colmer liplich zů den heiligen sweren sol, keyne affter slage, nuwe oder alt holtz, kein brukholtz, steyne oder anders nút ussgenomen, das denn der stette ist und ir zůgehöret, nút nemen sol; denne

Digitized by Google

was von söllichem holtze der stette vellet, es sy nuwe holtz oder alt holtz, oder von steynen oder andern dingen, wo das har komet, ez sye von brucken oder von andern dingen, das sol er alles füren uff den ziegeloffen oder in der stette hoff, wo es denne hin gehöret, und das der stette gehalten getrúwelich uff das beste, und ouch nieman nút da von geben, by syme geswornen eyde ungeverlich. Ouch sol er keinen nuwen bu tûn denne mit rate und wissende der dryer so imme die rete zûgebent. Darzû sol ouch ein yeglich bumeister sin selbes fürunge uff der stette werg nút haben. Mit namen sol ouch der selbe buwemeister alle wuchen zû den vieren in das kouffhus gon und den verrechenen was er die wuche verbuwen hatt, ungeverlich, das söllent ouch sú imme bezalen. Und als sol ouch der selbe bumeister ein bûch machen, daryn er alle wuche das so er verbuwet schribet, und darumb alle jare vor den reten ein rechenunge tûn. Und was er ab dem ziegelofen || verkouffet, es sye kalck, ziegelen oder der kleinen gebranten steyne, das sol er den vieren ymme kouffhuse verrechenen getruwelich by dem vorgeschriben syme eyde; und allen costen so zû dem buwe der stette gat uff das nehste ze ziehende ungeverlich. Und sol man imme jerlich ze lone geben 5 lb. Argentinenses. Actum die sabbati ante beate Margarethe virginis anno domini millesimo quadringentesimo octavo. *1408 Juli 14.*

96.

97. Anno CCCC octavo feria quinta ante festum nativitatis Christi do hett der rat einhelliclich erteilt und bekant von der rathosen wegen, das man do eime ieglichen meister zû ieglicher zit, als man sú teilt, und ouch dem schultheissen nút me tûchs geben sol denne eime zwo elen, und eim ratzherren oder eim zunftmeister anderhalb ele und nút me. *1408 Dezember 20.*

71. Anno CCCC undecimo sexta post beati Kiliani da hat der rate bekant, das die juden alles ir gewichte wo mit sie fleisch oder anders wegent und ouch ire elen jerlichen vechen und recht haben sollent als christen. Darzû söllent sie ouch, was fleisches sie den christen zû kouffende gebent, yeglichs pfunt eins helbelings neher geben denn es die cristen

Digitized by Google

metziger gebent, und ouch nit me denn juden bedörffent. Wellichs daz brichet, der bessert 5 lb., zwey pfunt dem schultheissen und dem meister, daz überige der stette.

1411 Juli 10.

53. Anno XIII sexta post Corporis Cristi da hat der rate erkant, das die metziger jerlichen zů pfingsten aneheben und daz fleisch untz sant Gallen tag neher geben sollent, mit namen ein pfunt rintfleisches umb 1½ d., scheffin, swynyn und kalbfleisch 4 lb. umb 7 d. und hemmelin fleisch 1 lb. umb 2 d.; und nach sant Gallen tag 4 lb. rintfleisches, hemmelins und swynyns umb 7 d. und kalbfleisch ein pfunt umb zwen pfennynge. Und sie söllent alle vorgeschriben stücke alle jare sweren zů haltende, es were denn das es inen die rete út fúrer oder anders erloubtent. *1413 Juni 23.*

85. Anno domini millesimo CCCC vicesimo primo feria tertia post festum nativitatis Christi da hatt der rat und die zunftmeistere merern bresten ze versehende einhelleklich erkant, das die stube zem loche gentzlich absin und niemer keine trinckstube doselbs me werden sol. Sunder sol niemer kein söliche aberstube ze Colmer me usgetreget noch gehalten werden denn alleine der rechte zúnffte stuben und die stube zer kronen und zem wockeller, die ouch von alterher gewesen sindt. Ouch mögent die pfaffen und priesterschafft ein sunder stube anderswo denn zem loche haben. Es sol aber kein leige der ze Colmer seßhafft ist, er sie edel oder unedel, kein stuberecht niemer mit inen halten noch haben in deheinen weg. Darzů söllent ouch der ackerlúte, der reblúte noch andere knaben keine sunder stube me haben, entpfohen noch lehenen, denn ob sú by einander zeren wellent, söllent sú in offner wúrtshúser gon. Und wer der stücke deheins verbreche, der bessert als dick das beschicht ein jor ane alle gnade fúr die statt und darzů ein jor, das mag er abkouffen. *1421 Dezember 30.*

85. Uff den selben tag hatt der rat und zunftmeistere erkant, das der ackerlúte, der reblúte noch keine andere knaben noch

Digitized by Google

knechte keine kúnige vor winachten me haben noch machen söllent deheins wegs. Welliche zunft ouch uff den zwölfften obent kúnige machen wellent, die mögent in uff ire stuben haben und imme do zucht bieten und schencken. Sú söllent aber nút mit imme umb noch afterwegen riten noch gon in künigßwise; doch mögent sú wol ze nacht von der stuben untz hein mit imme gon ungeverlich. Und wer der stücke deheins verbreche, der bessert ein jor für die statt und mag das abkouffen. Disc vorgenanten stücke und ordenunge sint mit urteile in dis bůch getan schriben, umb das es nů und hienoch gehalten und bliben werden sölle.

75. Anno domini millesimo CCCC vicesimo septimo do hatt der ratt einhelleklich erkant, das daz gesselin zwúschent den von sanct Johannse und dem spittal, das in die armegasse gott, und die eygenschaft nů und hie noch des spittals sin, und das daz der spittal vermachen und daruff buwen mag waz im denne nottdurftig ist. *1427.*

86. Anno domini millesimo CCCC vicesimo octavo die sabbati ante conversionem beati Pauli do hatt meister und rat einhelleklichen erkant, das nieman ze Colmer keinen abzog me geben sol, umb das der gezog im lande ouch dester fryer gegen inen gehalten werde. Und mag ein yeglicher also vor sanct Martins tag mit sime geleiten gewerff enweg ziehen; und wer ouch untz uff die liechtmeß in die stat zůhet, den sol man ze gewerff legen und danoch nůt, untz das man das gemeine gewerff leit. *1428 Januar 24.*

167. Der rat und die zunftmeistere hant erkant, das dehein wúrt so zů Colmer seßhaft ist fúrbasser mee keinen win uß ungesynneten vassen schencken sol; und sie söllent ouch sölliche ire schenckvaß hynnanthin alle fronefasten synnen. Wenn und wie dicke sie ouch ire vaß lant binden und andere tugen oder bödeme darin stossen, do söllent sie dieselben vaß zů stundt und ee sie daruß schenckent wider synnen. Und wellicher das verbreche und nit hielte, der bessert als dicke das beschicht fúnff pfunt, dem schultheissen und dem meister ein pfunt und

Digitized by Google

das überige der stette; er bessert ouch sovil me als der rate erkennet, nachdem die sache beschicht. Und sol ouch das menglich, wer söllichs empfindet, by dem eyde so er meistern und reten getan hat rügen.

Es sol ouch dehein würt an eim fûder wins so er in der statt oder ußwendig koufft hat, fürbasser me zů gewynne nemen dann zwölff schillinge pfennyge über den costen so er damitte untz uff den ligeringe im kelre gehept hat. Und wellicher das verbreche, der bessert ouch fünff pfunt als vor stat; und sol ouch ye einer den andern by sinem eyde rügen, wa er das ervindet.

Ouch sol nyemant, er sige edel oder unedel, clöstere, pfaffe oder leyge, der zů Colmer sitzet, hynnanfürme keinen win uß ungesynneten vassen schencken. Wellicher aber kein gesynnet vaß hett, der mag uß eim ungesynneten vaße schencken; so balde aber der win ußkomet und der winrüffer den win ußgerüffet hat, so sol er das vaß in den nehsten achte tagen darnach synnen, und das ungelt so sich da von gebürt zů stundt by sinem eyde in das kouffhuß geben. Und wer das überfüre, der bessert die obgeschriben besserunge.

Es sol ouch nyemant zů Colmer, er sige geistlich oder weltlich, edel oder unedel, nyemant keinen win weder uff das velt, uff stuben oder in iren hüsern weder sinem gesinde noch andern umb gelt geben. Aber vergeben und ungerechent mag er eim yeglichen durch früntschafft und gesellen* willen win schencken und geben. Und wellicher darüber yemant anders win gebe als vor stat, der bessert als dicke es beschicht zwey pfunt, dem schultheissen und dem meister ein pfunt und das ander der stette. Und sol ouch ye eins das ander by sinem eyde rügen.

Aber habent rat und zunfftmeistere erkant, was kouffmanschatz zem thore herin gefürt würt, und das man aber nit durch füren denn hie lassen wil, das sol man in das kouffhuß füren und nyergent anderswohin. Wer das darüber enthielte, der bessert es nach der rete erkenntnisse.

* Verschrieben für gefallen.

Digitized by Google

Es sol ouch nyemant, der zů Colmer seßhafft ist und aber kein offen gadem hat und tegelichs nit zů offenem gaden und veylem kouffe sitzet, keinerleyge kouffmanschatz in sin huß füren oder anders enthalten denn im kouffhuse. Und wer das
168. verbreche, || so dicke das beschicht, der bessert fúnff pfunt, dem schultheissen und dem meister ein pfunt und das úberige der stette.

Wer ouch also zů gadem und veylem kouffe sitzet, der sol keiner úber ein pfunt ysens und ein vardel schúrlitztúchs in sinem huse haben, und aber das úberige im kouffhuse. Wer das úberfüre, der bessert drú pfunt, dem schultheissen und dem meister ein pfunt und das ander der stette.

Wer ouch also zů gadem sitzet, der sol kein gůt, so er sammenthafft verkoufft und eins vierlings oder darúber swer ist, in sime huse oder gadem wegen, dann das an der wagen im kouffhuse wegen lassen, ußgenomen hartz, bly, kride oder deßglich; das und was under eim vierlinge eins zenteners ist mag er wol in sinem huse wegen. Wer das brichet, der bessert drú pfunt als vorgeschriben ist.

Ouch sol man im kouffhuse nyemant under einem schillinge ysens und under einem halben vierteil eins vardel schúrlitztúchs zů kouffende geben, es were dann das eintzige tůch da legent, die mag man wol heimschen oder fremden zů kouffende geben.

Es sol ouch nyemant kein wolle so verkouffet wúrt anderswo wegen dann im kouffhuse, umb das yederman glichs beschee. Und wer das breche, der bessert drú pfunt als ob stat.

Es sol ouch nyemant der zů Colmer seßhafft ist, er sige geistlich oder weltlich, saltz ußwendig der statt Colmer kouffen; denn wer das darúber anderswo koufft, der bessert drú pfunt als vor, so dicke das beschicht.

Der rat hat ouch erkant, das kein grempe noch gremperin zů Colmer keinerleye dinge das zů gremperye gehört in der statt Colmer, vor dem das die glocke zehen slecht, kouffen sol. Und sol ouch das nyemant von iren wegen tůn noch bestellen, es sige am sonnentage noch keinem tage in der wochen. Und

Digitized by Google

was ouch nach mittemtage harkompt, das söllent sie noch nyemant von iren wegen ouch nit kouffen untz morndes als die glocke 10 slecht. Denn wer das breche, der bessert 1 lb. halber dem schultheissen und dem meister und halber der stette. Actum vigilia beate Margarethe virginis anno domini MCCCC XXX primo. *1431 Juli 14.*

Was ouch die gremper ußwendig der statt Colmer kouffent, das söllent sie hie zů Colmer verkouffen und nyergent anderswo. Und wellicher oder welliche das breche, der bessert fünff pfunt, dem schultheissen und dem meister ein pfunt und das überige der stette; und mag das menglich rügen.

169. Ouch sol nyemant zů Colmer, er sige cristen oder jude, keinerleye eßhafftig ding kouffen, das er uff merschatz wider verkouffen wil. Dann wer das verbreche, der bessert ein pfunt.

Es sol ouch nyemant, er sige heimsch oder fremde, sunderlich am donrstag söllichs dings nit kouffen, ee das man das glöckelin lütet das dartzů geordent ist zů lútende.

Was ouch kouffmanschatz in das kouffhuß komet, wil einer das hinweg füren, der sol globen by truwen an eydes statt, das daz nit hie verkouffet, verwechselt noch dehein fürworte bescheen oder yemant das zů schicken geverlich gelopt und versprochen sige, damit der stette ir zolle entragen werden möge.

Als da har ettewas breste und irrsal under den zünfften gewesen ist, deßhalb das etteliche zünffte empfiengent, da aber andere zünffte meindent das sie mit inen dienen und under sie gehören söltent, da zů besorgende was, wo das nit fürderlich fürkomen würde, das villicht unwille da von uferstan möchte; das und anders zůversehen, als dann billich und notturfftig ist, so habent meistere und rete, die zunfftmeistere und schöffele gemeinlich söllichs zům besten für hant genomen, als inen dann das zů tůnde gebürte, und sint dirre nachgeschriben stücke und artikele durch nutz und notturfft willen der stette und der gemeinde zů Colmer überkomen und habent ouch einhelleclich erkant, das daz nů und hie nach bliben und gehalten werden sol, als dann hie nach underscheiden stat. Und ist dise orde-

Digitized by Google

nunge angefangen, uffgesetzt und ouch in das ratbûch zů setzende erkant worden uff mittewoch sant Veltins tag anno domini MCCCCXXX secundo. *1432 Februar 13.**

Des ersten hant sie erkant: Welliche zunfft ein yeglicher uff diß zijt zů Colmer hat, by der sol er ouch fürbasser bliben und die haben, doch also ob ein antwerckman ein ander zunfft hett denn sins antwerckes, und hett aber sins antwerckes zunfft ein ordenunge, gesetzde oder besserunge, da durch söllich ir ordenunge in eren gehalten und der so darinne missetete gestraffet würt, so sol derselbe antwerckman der uff die zijt ein ander zunfft hett söllich ordenunge und gesetzde halten mit allen penen, puncten und artikeln, als dann desselben antwercks gewonheit und harkomen ist, one allen inntrag.

170. Wellicher aber hynnan fürme vom lande har in komet, den sol man vor dem rate fragen, wes er sich begane wölle, und so er das geseit, sol er ein zunfft empfohen under die die gehörent die söllichs tribent, des er sich dann meint zů begande, als dann hie nach luter underscheiden würt. Doch also, ob er hernach über kurtz oder über lang útzit anders anevienge, es were ein antwerck oder gewerbe, so sol er sin erste empfangen zunfft lassen und die zunfft empfohen under die die gehörent, die söllichs tribent das er ime dann fürgenomen hett anzůvohen. Und sol sie ouch daran nit irren noch schirmen, das er zů anefange ein ander zunfft empfangen und gehept hett; dann die erste empfangen zunfft da wider nit reden noch tůn sol deheins wegs.

Als dann ouch untz har harkomen und gewonlich gewesen ist, das eins yeglichen burgers sůn empfohen möchte welliche zunfft er wölte, damit ouch etteliche zünffte gekrencket wurdent, das sol hynnanthin abe sin und gehalten werden in die wise als hie nach stat, nemlich, das eins burgers sůn der sich sins eygens oder gúlte begat, kein antwerck noch gewerbe tribet, der mag wol empfohen welliche zunfft er wil; aber eins burgers sůn der ein antwerck kan und tribt, der sol mit namen sins antwercks zunfft empfohen und die haben, tribet er aber gewerbe, so sol er ôch die zunfft empfohen darin sölliche werbende lúte gehörent.

* Der Veltinstag 1432 ist ein Donnerstag!

Digitized by Google

Und umb das die zúnffte und menglich wissen mögent, under welliche zunfft ein yeglicher, er sige heimsch oder fremde, gehöre und welliche zunfft einer also empfohen sölle oder nit, so ist geordent und besetzet, das ein yeglicher nach sinem wesen und gewerbe ein zunfft empfohen sol, als das hie nach luter underscheiden ist.

Des ersten: Wer geverwet gewant, gúldin tüchere, syden tüchere, wiß oder grouw und arraß zů gadem snident; ouch alle die so vom lande harin koment, sich ires eygens oder gúlte begandt und kein antwerck noch gewerbe tribent; dartzů die so stahel, ysen, segesen oder sicheln veyl hant, kouffent und verkouffent, die gehörent alle under die koufflúte.

Welliche herberge haltent, die würte so win schenckent, winsticher, winrüffer und die so den lúten win umb lon schenckent und ouch die köche gehörent alle under die winlúte.

Wer ackerbuwe tribet und den pflůg füret, die gehörent under die ackerlúte.

171. Wellicher korn, gemüse und deßglich zů mercket affter wegen füret, koufft und verkoufft, die karricher und die geswornen kornmesser gehörent under die kornlúte.

Wellicher rebewerck tribet mit der hende und sich des allermeist begat ungeverlich, die gehörent under die rebelúte.

Wer uff den kouff oder umb lone brot bachet oder veyl hat, es sigent wißbrotbacher oder hußfürer und oflater, die gehörent under die brotbecker.

Alle metziger, kutteler, scherer und bader gehörent under die metziger.

Wellicher kúrsenwerck tribet, mit der hende machet, oder ouch die so gemacht kúrsenwerck insunders veyl hant, gehörent under die kúrsener.

Welliche schůhe machent und veyl hant und ouch die altbüsser und satteler gehörent under die schůhmacher.

Alle rot und wiß gerwer und ouch die bermenter gehörent under die gerwer.

Welliche sich mit der segesen allermeist begant, die gehörent under die meder.

Digitized by Google

Was specerye, wahs, schúrlitztûch, scherter, buckschin, gugerell, garn, bendel, lösche, alantleder oder hangenden kram veyl hat, dartzû alle schriber die nit gefrijet sint, die moler, wúrffeler, teschenmacher und seckeler oder die die glesere veyl hant, gehörent under die kremer.

Wer tûch machet, bönwúllin, wúllin oder lynyn tüchere wöbent, die verwer, wollenslaher, die kember, walker und hütemacher, die tûch ribent oder kartent, gehörent under die grouwetûchere; doch söllent sie kein tûch weder nû noch harnach scheren anders dann das sie riben wöllent.

Alle smyde, es sigent goltsmide, hûbschmide, slosser, kupffersmide, kesseler, messersmide, kannengiesser, spengeler, gúrteler, gûtenmacher, wagener, harnescher, armbroster und swertfeger gehörent under die smyde.

Wer gartenwerck buwet oder gemüse zû mercket füret, koufft und verkoufft und ouch karricher die des begerent, gehörent under die gartener.

172 Wer múlewerck tribet oder gremperye, gehörent under die múller.

Wer vaß, bechere, mossen, holtzschûhe, blospalg, sunder hültzin geschirre machent oder veyl hant, dartzû die kistenmacher, treyger, syber und leyterer gehörent under die küffer.

Die vische vahent, veyl hant, kouffent und verkouffent, gehörent under die vischer.

Die steinmetzen, murer, ziegeler, decker, zymberlûte, oleymacher, hafener und glaser gehörent under die steinmetzen.

Wer snyderwerck tribet und die tûchscherer gehörent under die snider, also das ir keiner die beiden antwerck tribe; und söllent ouch mit namen die tûchscherer dehein tûch riben noch karten.

Doch so ist in söllicher diser ordenunge nemlichen und vorab ußgesetzt und berett, das ein yeglicher gemeiner tagwaner der des ersten ein zunfft empfohen wil under den kornlûten, den medern oder den gartenern empfohen mag welliche zunfft er under den drigen wil, und doch darumb von den andern zúnfften unbetedinget und ungepfendet bliben.

Digitized by Google

Ouch habent meistere und rat, als vor stat, der stette und gemeinden nutz, so von jare zů jare in kúnfftigen zijten daruß gan und wahsen möchte, angesehen und bedacht, das wenig lúte zů Colmer sint die kouffmanschatz oder gewerbe tribent, dann das etteliche so manigerleye veyl habent, damit sich doch, ob das gesúndert würde, als vor zijten ouch gewesen ist, vil lútes gebessert, began und so statthafft werden möchte, das sie der statt dester baß und me gedienen köndent. Und habent daruff bedechteclichen geratslaget, geordent und fúrgenomen, was ein yeglicher, der kouffmanschatz oder gewerbe triben wil, hynnan fúrme veyl haben sol und nút anders; sunder umb das menglich riche und arme ein glichs bescheen und man dester rechter pfennige wert vinden möge.

Des ersten: Wer geverwet gewant kouffen und verkouffen wil zů gadem, der mag geverwet tůch, guldin tůch und sydin
173. tůch ouch seygat und arraß tüchere | veyl haben und núdt anders.

Wer wiß oder grouwe verkouffen oder kouffen wil, der sol ouch núdt anders veyl haben denn wiß und grouwe.

So mögent die kremere veyl haben specerye, allerleye varwe, schúrlitztůch, scherter, buckschin, gugerell, bendel, garn, wahß, bly, zynne, fleschen, wißblech, geslagen golt oder silber, lengolt, gelisemete hüte, viltz, lösche, alantleder wiß und geverwet und deßglich.

Die kremer die hangenden kram veyl habent söllent ouch nút anders veyl haben denn gürtel, seckel, frouwen huben, viltzhüte, schöiben hüte, hentschůhe gefůtert oder ungefůtert, allerleyge gesmide, es sige möschin oder yserin, pflegele und was dartzů gehört, geyselriemen und deßglich.

Die ysenlúte söllent núd anders veyl haben denn stahel, ysen, pflůgysen, seche, swartz blech und sturtz, allerhande nagel die unverzynnet sint, dartzů segesen und sicheln.

Die lynweter söllent veyl haben lynyn tůch, zwilich, trilich, ingoß, tischlachen und hantqwehelen und núdt anders. Ouch sol nyemant söllicher obgeschribener stücke weder sniden noch in

Digitized by Google

stücken von hant verkouffen oder veyle haben, er sitze dann zů offenem gadem, darinne er söllichs wol sniden oder von hant verkouffen mag.

Die gremper söllent veyl haben allerleye gemütze, saltz, schandeln, unschlit, smere, kese, ancken, oley, zigern, senffe, heringe, búckinge, bolchen, huntfische, stockvische und deßglichen. Doch als die metziger untz har in der vasten gewonheit gehept hant bolchen, huntfische und wiger karpffen und ouch andere gesaltzene vische veyl zů habende, da' söllent sie fúrbasser in der vasten núdt anders veyl haben denn wiger vische die in körben harkoment, also das sie die kouffent als das gewonlich und harkomen ist.

Als dann ouch ettewiemanig antwerckman gremperye oder ander gewerbe zů sinem antwerck tribt, umb das dann menglich eins glichen pfennyng werts dester baß und neher bekomen möge, sunder ouch das ein yeglich antwerck deste redelicher und völleclicher gehalten und getriben werde, so sol hynnant-
174. hin | ein yeglich antwerckman der söllichs tribet entweders sin antwerk lassen und das gewerbe oder gremperye triben, oder aber sin antwerck triben und die gremperye oder das gewerbe lassen, dann er nit me dann einerleye fúrhant nemen und triben sol.

Doch mag menglich so zů Colmer seßhafft ist, er sige antwerckman oder andere, sammenthafft kouffen und verkouffen was ime dann gefüglich ist, doch das er in der statt núdt sammenthafft verkoufft denn im kouffhuse, als dann daz gewonlich ist.

Und sol dise ordenunge angehept werden zů haltende uff pfingsten nehstkunfftig.

Anno domini millesimo CCCC XXXII feria quarta post beatorum Viti et Modesti martyrum do habent meister, zunftmeister und ratt erkant: Wo ein rich oder arm man ze schaffende hatt und botten bedarff, wellicher von dem rate erkant wurt mit dem ze ritende, der sol es ouch tůn in des selben coste der des botten bedarff, und sol sich ouch des nút widern.

Desglichen welicher von der stette wegen zů eime botten erkant wurt ze ritende, der sol sich ouch des nit widern.

1432 Juni 18.

Digitized by Google

Sach- & Namenregister.

Abzug 66, 72.
Acht (echtewe), Die 19.
Aechtung 42. 46, 60.
Aehrenlese 57.
Angster (Münze) 64.
Armegasse 72.
Au (Ouwe) 20, 36, 48.
Augustinerhof 27.
Ausbürger 27, 29.

Bauholz, Abgabe von 22—23, 56.
Baumeister 59—60, 69—70.
Besserungen (Bussen) Einziehung 46, 59.
Bettel 24.
Blienswilr 36.
Blotzheln 30.
Botendienst, Verpflichtung zu 80.
Branntwein 31.
Brotbäcker 22, 44, 52—53, 66.
Brotbänke 52—53.
Brote, Grösse der 43.
Brotschauer 53.
Bürgerrecht 27, 28, 29, 34, 40, 54, 60—62.
Bürgschaft 22.

Dienstboten, Verbot die — anderen abspenstig zu machen 51.
Dornach 26.

Edelleute 27, 28, 66.
Eheanspruch 52.
Ehebruch 43.
Ehefrau, Beschimpfung einer 44.
Eichung (vechen) der Weinmasse 30—31, der Gewichte 70—71, Synnen der Fässer 72—73.
Eilsass 62.
Einung 23, 25, 36, 65, 68.

Fahrende Töchter (Dirnen) 24, 32, 35.
Fahrt in eine Stadt oder in das Land 40.
Fehden, Beteiligung der Bürger an auswärtigen 61—62.
Feindseligkeiten gegen die Stadt oder ihre Bürger 39, 40, 51—52, 64.
Feldfrevel 36.
Feuerwehr 24.
Fischer 20, 21. 56
Fischhandel 20, 21, 80.
Fleischbänke 24, 47, 48.
Fleischschauer 24, 47, 49, 63, 65, 69
Fleischtaxe 71.
Franken (Münze) 29.
Fremde in der Stadt 29, 68.
Frevel (Busssatz) 38.
Friede der Stadt 37, 45, 46.
Friedlosigkeit 20.
Frönung 19, 38.

Digitized by Google

Gärtner 51.
Gefangenhaltung, Widerrechtliche 35–36.
Gerber 65.
Gerichtswesen 19, 36, 37, 39, 40, 46, 52. (s. auch Rath.)
Gesellen (Knaben) 71–72.
Gewerf 27, 28, 29, 66, 72.
Gloggener Andres 30.
Goldschmiede 30.
Gremper 50, 51, 55, 74—75, 80.
Grüssenhein 63.

Hafner 26.
Hausrat, Ausfuhr von — verboten 46. Käuflerin von Gewand und — 38
Herdschau 34.
Hirten 57, 60, 66.
Holzhandel 50.

Ill 26.

Jagd 20.
Jahrmarkt 45.
St. Johann 72.
Juden 27, 54, 54–55 (Eid), 70—71.

Kanzel, Öffentliche 68.
Kaufhaus 45. 55, 58—59, 70 (die vier im —), 73—75, 80.
Kaufleute, Bezeichnung der Waren, welche die verschiedenen — feil halten dürfen 79—80.
Kellermiete 38.
Kirchen als Freistätten 20.
Klöster 42, 47, 57, 66.
Klosterfrauen, Ausgesprungene 57—58.
Köche 24.
Kohlenhandel 27.
Könige auf den Zunftstuben 71–72.
Kornhandel 26, 67–68.
Kreuze als Grenzzeichen des Stadtfriedens 35, 36, 39, 42, 57, 58.
Kriegskosten, Beteiligung der Einwohnerschaft an den — der Stadt 51.
Kürschnerlaube 27.

Landleute 19, 21, 27, 28, 42, 54, 60—61.
Landvogt 51, 52.
Langebrücke 26.
Landfesten vor den Häusern 34.
Lebensmittel, Wiederverkauf der — auf Mehrschatz verboten 75.
Leiterer 32, 66—67.
Licht, Verbot Nachts ohne — auszugehen 41.
Lusse 26.

Maienholen im Wald 67.
St. Martin 41. — sbau 58.
Meister (Burger — oder Stettmeister) 36, 37, 39, 56, 59, 61, 70.
Messerzucken 19, 36, 42, 56—57.
Metzger 24, 47—50, 63, 65, 68, 69, 71.
Metzig 49, 69.
Mist in der Stadt 34.
Müller 44, 66.

Neuland (Nüwelende) 56, 67.
Niederwald 56.

Ölmann 22.

Digitized by Google

Pfaffen 27, 58, 71.
Pfandrecht 31, 37.
Pfennige, Alte 33, 45, 47, 48, 50, 53, 54, 57, 60, 62, 68. Neue 63. Rappen 22, 28. Strassburger 27, 29, 38, 45, 57, 70.

Rat, Gerichtsbarkeit des — s 19, 25, 36, 37, 41, 43, 44, 45, 46, 52, 73.
Ratbuch s. Stadtbuch.
Ratsherren und Zunftmeister sollen vor ihrer Wahl fünf Jahre in Colmar sesshaft gewesen sein 62.
Ratshosen 70.
Ratzenhusen, Diebolt von 63.
Rechtlosigkeit 44.
Ried 26, 47, 49, 63.
Riedförster 22.
Riffian (Frauenwirt) 24,35.

Salzhandel 45, 55, 74.
Schädliche Leute, Fürbitte für — den Frauen verboten 23 — 24.
Schaffner der Domherren, Klöster und Höfe 39.
Schneider, Verbot fremde — zu dingen 39 — 40.
Schöffen 36, 37, 40, 50, 59, 61, 75.
Schuhmacher 65.
Schuldenrecht 19, 21, 25, 37, 50.
Schultheiss 36, 37, 39, 41, 42, 46, 56, 64, 70.
Schweinemast 22, 66.
Schwerttragen nur den Ratsherren und Dienern der Stadt erlaubt 53 — 54.
Schwüre (Flüche) 41.
Seldener (s. auch Bürgerrecht) 28, 39, 40, 52, 61.
Semm (Semden) 47, 48.
Sesslehen 62.
Silberschmelzen verboten 30.
Spiel 21, 68.
Spital 63, 72.
Stadtbuch 68, 72, 76.
Stadtgraben 26, 35, 47, 48, 55, 56.
Stadthof (Werkhof) 70.
Stadtmauer (Befestigungskosten) 43, 44, 53, 54.
Stadtschreiber 59.
Stadtzeichen 30, 31.
Stebeler (Münze) 53.
Steinebrugke 36.
Steinebrugkethor 56.
Streit, Tätlicher 36, 42, 60 — 62.
Stutau, 30.
Synnen, Die 34.

Taubenfang verboten 58.
Theinheinthor 56.
Todfall an den St. Martinsbau 58.
Todschlag 42, 46, 61.
Trinkstuben (zem loche, zer krone, zem wockeller) 71.
Trotten 23.
Tuchhandel 26, 27, 77, 79.

Ungehorsam gegen den Bürgermeister 36, 37.
Ungeld, Ungelter 30, 32, 33, 59, 66, 73.
Ungesungen (im Interdikt) 55 — 56.
Unhulde (Busssatz) 38.
Unterkäufer 38, 45, 59.

Vagatte (Kehricht) und Unflat, Fortschaffung 34 — 35.

Digitized by Google

Vendehein (Waldaufseher) 23.
Verwundung 19, 42, 43, 46, 60.
Vicarie (Reichsverweser) 43.

Wage im Kaufhaus 74.
Waldfrevel 23, 25.
Watlaube (Tuchlaube) 26, 27, 35.
Wechsellaube 29.
Wechsler 29.
Weibel 19, 22, 25, 36, 37.
Weide 20 (Viehschaden), 26, 30, 47 — 50, 55, 57, 60, 63, 64 (ackeran).
Weinhandel s. Wirte und Weinsticher.
Weinrufer 64, 73.
Weinsticher 33, 63.
Weinzieher 35.
Weinzoll 33.
Werkmeister 22, 35, 46.
Widen 56.
Wirte 30 — 33, 45, 63, 64, 66 — 67, 68, 72 — 73.

Ziegelhof 59 — 60.
Ziegelofen 69 — 70.
Ziegler 26.
Zimmermann, Städtischer 22.
Zoll 75.
Zollbetrug 45 — 46.
Zünfte, Aufnahme in die 53. Zugehörigkeit der verschiedenen Gewerbetreibenden zu den einzelnen —n 75 — 80.
Zunftmeister 34, 35, 36, 39, 52, 56, 57, 59, 62, 63 & ff.
Zunftrecht 28, 29.

Digitized by Google

3.

Die Angelegenheit

der

Reichsstädte des Elsass

am Reichstage und vor dem Schiedsgerichte

zu

Regensburg

(1663—1673).

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Vorwort 87

Einleitung: Das Verhältnis zwischen Frankreich und den elsässischen Reichsstädten nach dem Westfälischen Frieden. — Beschickung des Reichstags durch dieselben 89

I. Ernennung einer Deputation durch den Reichstag zur Verhandlung mit dem französischen Plenipotentiar Gravel in der elsässischen Angelegenheit. — Memorial der Vereinstädte zur Darlegung ihrer Beschwerden. — Direkte Auseinandersetzungen zwischen ihren Deputierten und Gravel in Betreff der Landvogteirechte. (1663—1664). 93

II. Vorschlag der Vereinstädte, die Schlichtung des Streites einem Schiedsgerichte zu übertragen. — Neue Klagen derselben über die Anmassung der Gerichtshoheit durch Frankreich. — Schreiben des Reichs an Ludwig XIV. — Annahme des Schiedsgerichts durch den König. (1664—1667). 110

III. Eröffnung des Schiedsgerichts. — Weigerung Frankreichs, die Aufhebung des den Städten auferlegten Eides der Treue zuzulassen. — Vorschlag einer neuen Eidformel durch das Schiedsgericht. (1667—1669) 132

IV. Verwerfung des Vorschlags des Schiedsgerichts durch Frankreich. — Schiedsspruch über die Natur der dem König unter der Bezeichnung Landvogtei abgetretenen Rechte. (1670—1672) 152

V. Die elsässische Frage am Wiener Hofe. — Gerüchte von einem bevorstehenden Ueberfall der elsässischen Städte durch Ludwig XIV. — Versuche, das Schiedsgericht wieder in Tätigkeit zu bringen. — Fortgesetzte Klagen über die Schädigung der Städte durch Frankreich. (1672—1673). 167

Digitized by Google

Vorwort.

Das Archiv der Stadt Colmar besitzt eine umfangreiche Sammlung von Berichten, welche die Abgeordneten des elsässischen Städtebundes am Reichstage zu Regensburg über ihre Tätigkeit in den Jahren 1663 bis 1673 an den Colmarer Magistrat sandten. Die Reichhaltigkeit dieser Korrespondenz, die nur wenige Lücken aufweist, hat mich veranlasst, ihren wesentlichen Inhalt, so weit er den zwischen Frankreich und den elsässischen Reichsstädten wegen der Landvogteirechte ausgebrochenen Streit betrifft, hier kurz darzustellen.

Die über diesen Streit zu Regensburg geführten Verhandlungen sind allerdings schon wiederholt geschildert worden und zwar zuletzt und am gründlichsten von *Bardot* in seinem hauptsächlich auf französischen Akten beruhenden Werke *La question des dix villes impériales d'Alsace . . . 1648—1680 (Paris et Lyon 1899).* Dennoch erschien es mir nicht überflüssig, auch das immerhin manches Neue bietende Material des Colmarer Stadtarchivs den Geschichtsforschern mitzuteilen, besonders da unsere Stadt damals die Führung des elsässischen Städtebundes übernommen hatte, und ihren Deputierten die gemeinsame Vertretung oblag. *Rocholl* hat in seinem Buche *Zur Geschichte der Annexion des Elsass durch die Krone Frankreichs (Gotha 1888)* nur einen kleinen Teil der zu Colmar verwahrten Briefe benützen können, da die Hauptmasse erst später von mir aufgefunden wurde.

Mögen auch alle Versuche, die elsässische Frage auf friedlichem Wege zu lösen, schliesslich an dem Widerstande Frankreichs gescheitert sein, so ist es doch nicht ohne Interesse, die einzelnen Wandlungen einer Angelegenheit zu verfolgen, welche länger als ein Jahrzehnt das ganze öffentliche Leben unserer Vorfahren beherrscht und auch die europäische Politik vielfach beschäftigt hat.

Was die Form meiner Darstellung angeht, so habe ich die Terminologie der Briefe möglichst beibehalten, namentlich wenn so

Digitized by Google

bequeme Ausdrücke vorkamen wie das Wort *Vereinstädte* zur Bezeichnung der verbündeten Reichsstädte des Elsasses und das davon abgeleitete Adjektiv *vereinstädtisch*. Bei der Inhaltsangabe längerer Denkschriften habe ich zur Vermeidung einer allzu schwerfälligen Sprache manchmal die direkte Rede statt der indirekten gebraucht.

Da die von mir bearbeitete Korrespondenz nach dem alten Kalender datiert ist, so sind auch in meiner Abhandlung sämtliche Daten nach diesem Kalender angegeben worden, es sei denn, dass ein beigefügtes st. n. ausnahmsweise den neuen Stil bedeute.

Digitized by Google

Einleitung.

Das Verhältnis zwischen Frankreich und den elsässischen Reichsstädten nach dem Westfälischen Frieden. — Beschickung des Reichstags durch dieselben.

Ohne auf die viel erörterten Bestimmungen des Westfälischen Friedensvertrags nochmals näher einzugehen, will ich hier nur daran erinnern, dass in den Paragraphen 73 und 74 der souveräne Besitz der Landvogtei über die zehn elsässischen Reichsstädte von dem Hause Österreich und von dem Kaiser und dem Reiche an Frankreich abgetreten wurde, während der Paragraph 87 diesen Städten den Fortbestand ihrer Reichsunmittelbarkeit ausdrücklich sicherte. Der in diesen Bestimmungen liegende Widerspruch offenbart sich uns deutlich, wenn wir bedenken, dass die zuletzt vom Hause Österreich verwaltete Landvogtei ein altes Reichsamt war, ein der Reichsgewalt zur Handhabung gewisser Schutz- und Aufsichtsrechte dienendes Organ. Wie war es also möglich, dass die Befugnisse dieses Amtes unabhängig vom Reiche von einem fremden Herrscher ausgeübt würden? Das auf dem Papiere geschaffene Verhältnis zwischen den Städten und dem Nachbarstaate hätte nur dann in der Wirklichkeit bestehen können, wenn der König von Frankreich, wie ursprünglich beabsichtigt war, die Landvogtei nicht als freies Eigentum, sondern als Reichslehen empfangen hätte. Jetzt aber schlossen sich die Souveränität des Landvogts und die Reichsunmittelbarkeit der unter ihm stehenden Städte gegenseitig aus, und beide Teile mussten bei der konsequenten Verteidigung ihrer Rechte notwendig in Konflikt mit einander geraten.

Dass die zu Münster erfolgten Abmachungen über das Elsass das Ergebnis eines vorläufigen Kompromisses zwischen der französischen und der kaiserlichen Politik waren und deshalb mit Absicht unklar formuliert wurden, ist von den beteiligten Diplomaten wiederholt zugestanden worden. So sprach sich der kaiserliche Rat Volmar im Jahre 1653 zu Regensburg den Vertretern der elsässischen Städte gegenüber in diesem Sinne aus und versicherte, dass die französischen

Digitized by Google

Bevollmächtigten selbst geäussert hätten, es würde die Sache des Stärkeren sein, die unklaren Friedensartikel „nach seinem Gutdünken auszulegen.“*

Die allgemeinen politischen Verhältnisse brachten es mit sich, dass Frankreich in den ersten Jahren nach dem Friedensschlusse seine Absicht, die elsässischen Reichsstädte ganz zu unterwerfen, zunächst weniger hervortreten liess. Den ersten wichtigen Schritt zu dieser Unterwerfung machte es erst im Jahre 1658 durch die Errichtung der hohen Justizkammer zu Ensisheim für seine elsässischen Besitzungen, unter welchen das Gründungsedikt auch die Landvogtei der zehn Reichsstädte nannte. Die betroffenen Städte protestierten zwar gegen die über sie angemasste Gerichtshoheit, doch hinderte dies Ludwig XIV. nicht, bei der Übertragung der höchsten Gerichtsbarkeit über seine elsässischen Gebietsteile an das Parlament zu Metz, wie sie durch das Edikt vom 6. Februar [st. n.] 1662 erfolgte, nicht mehr die Landvogtei, sondern die einzelnen Städte namentlich zu bezeichnen. Es waren dies bekanntlich Hagenau, Colmar, Schlettstadt, Weissenburg, Landau, Oberehnheim, Kaysersberg, Münster, Rosheim und Türkheim.

Einen bedeutenden Erfolg errang die französische Regierung im Januar 1662, als sie die zur Präsentation des Herzogs von Mazarin als Landvogt nach Hagenau berufenen Vertreter der Städte zwang, dem Könige einen Huldigungseid zu leisten. Die Städte hatten sich lange gegen diese gefährliche Neuerung gewehrt, indem sie dem Herkommen gemäss nur dem Landvogte und dem Unterlandvogte die üblichen Eide schwören wollten, doch gaben sie schliesslich den Drohungen Mazarins nach, wobei Hagenau mit dem Beispiel des Gehorsams voranging, während Colmar am längsten widerstand. Die Eidformel, über die man sich nach langen Verhandlungen einigte, wurde von einem Teil der Deputierten auf lateinisch, von den anderen auf deutsch gesprochen. Die Städte gelobten darin, dem Könige in Frankreich alle Schuldigkeiten, zu denen sie auf Grund der im Münsterschen Frieden demselben von dem Kaiser, dem Reich und dem Hause Österreich abgetretenen Landvogtei Hagenau verpflichtet seien, mit Treue abzustatten.

* Colmarer Stadtarchiv: Reichstagsakten, Brief v. 17. Januar 1653.

Digitized by Google

Eine weitere Benachteiligung erblickten die Bürgerschaften darin, dass der neue Landvogt seinem nach altem Brauche in Reversform gegebenen Versprechen, ihnen ihre alten Freiheiten zu erhalten, die Klausel beifügte: en tant qu'ils [les priviléges] ne préjudicieront point aux droits cédés au Roy par le traité de Munster.

Als der Kaiser Leopold einen Reichstag auf den Sommer 1662 nach Regensburg ausschrieb, hielt der elsässische Zehnstädtebund vom 1. bis zum 8. April eine Tagung zu Strassburg ab, um über die Beschickung dieses Reichstags und das Verhalten der Städte gegenüber dem neulichen Vorgehen Frankreichs zu beraten.* Es wurde beschlossen, dem Kaiser einen ausführlichen Bericht über den Präsentationsakt zu Hagenau sowie das Edikt über die Kompetenz des Metzer Parlamentes zu übersenden und Beides auch den Kurfürsten mitzuteilen. Bei der gemeinsamen Abfassung des Berichtes weigerte sich die Stadt Hagenau die Erwähnung zuzulassen, dass sie zuerst und ohne Wissen ihrer Verbündeten einen Vergleich mit dem Landvogt eingegangen sei, und als sie es nicht durchzusetzen vermochte, dass diese Tatsache mit Stillschweigen übergangen würde, rief sie ihre Vertreter von Strassburg ab und löste das Band, das sie seit drei Jahrhunderten mit den anderen Städten verknüpfte. An Stelle Hagenaus trat nun Colmar an die Spitze des Bundes, und unter seinem Vorsitze wurden die Beratungen fortgeführt. In Betreff des Reichstags beschloss man, eine gemeinsame Deputation der neun Städte hinzusenden, und zwar wurden dazu der Colmarer Syndicus Philipp Schultz und der Schlettstadter Bürgermeister Johann Georg Heinrichs gewählt, doch blieb es jeder Stadt vorbehalten, zur Vertretung ihrer besonderen Interessen noch einen eigenen Gesandten auf ihre Kosten diesen Beiden zuzugesellen. Auf der Reise nach Regensburg sollte Heinrichs den Kurfürsten von Bayern, Schultz dagegen die Rheinischen Kurfürsten aufsuchen, um ihnen die elsässischen Städte bestens zu empfehlen.

Die in der nächsten Zeit zwischen den Magistraten vereinbarte Instruktion für die Reichstagsgesandten trug diesen auf, dahin zu arbeiten, dass die Angelegenheit der Hagenauischen Landvogtei im Reichstage zur Sprache käme, und dass ein Beschluss darüber gefasst

* Colmarer Stadtarchiv; J 22, No. 13.

Digitized by Google

würde. Falls die Versammlung den neuen Eid und die Klausel en tant nicht guthiesse, so sollten sie es zu erreichen suchen, dass die Sache zwischen Frankreich und dem Reich ausgetragen und die Städte in integrum restituiert würden.

Der Syndikus Schultz unternahm bereits Ende Mai seine Reise zu den Rheinischen Kurfürsten, um ihnen die Drangsale der Elsässer zu schildern und sie um ihre Unterstützung bei den bevorstehenden Verhandlungen zu bitten.

Digitized by Google

I.

Ernennung einer Deputation durch den Reichstag zur Verhandlung mit dem französischen Plenipotentiar Gravel in der elsässischen Angelegenheit. — Memorial der Vereinstädte zur Darlegung ihrer Beschwerden. — Direkte Auseinandersetzungen zwischen ihren Deputierten und Gravel in Betreff der Landvogteirechte. (1663—1664).

Die Eröffnung des Reichstags verzögerte sich über ein halbes Jahr, und erst im Januar 1663 erfolgte sie in förmlicher Weise.

Die Deputierten der verbündeten Städte, denen Colmar noch als Spezialgesandten seinen Stättmeister Daniel Schneider beigab, brachen in den ersten Tagen des Monats Februar aus dem Elsass auf und kamen am 15. dieses Monats in Regensburg an.

Sie machten zunächst eine Reihe von Besuchen bei den einflussreichen Persönlichkeiten und traten namentlich in enge Beziehung zu der kaiserlichen Gesandtschaft, an deren Spitze der Erzbischof von Salzburg stand. Von dieser Seite wurde ihnen im Vertrauen das Schreiben mitgeteilt, durch welches der Kaiser im März 1662 dem Kurfürstenkollegium angezeigt hatte, dass die zehn Reichsstädte im Elsass von der Krone Frankreich zu einem neuen Huldigungseid gezwungen worden seien, dass er aber entschlossen sei, dieselben bei ihrer Reichsunmittelbarkeit zu erhalten, um der vom Münsterschen Friedensschluss und von seiner Wahlkapitulation ihm auferlegten Verpflichtung nachzukommen. Von dem kaiserlichen Kommissar Crane erfuhren die Deputierten ferner, wie übel es der Kaiser aufgenommen habe, dass die Städte in ihrer gefährlichen Lage ihn nicht durch einen Abgesandten um Hilfe gebeten, sondern dem Könige von Frankreich gehuldigt hätten. Auf ihre Versicherung, es sei an den Kaiser geschrieben worden, aber keine Antwort darauf erfolgt, erwiderte Crane, man dürfe sich am kaiserlichen Hofe bei der grossen Anzahl von Geschäften nicht auf blosse Schreiben verlassen, sondern müsse selbst seine Angelegenheit mit Eifer und Nachdruck betreiben.

Am Reichstage hatten die Verhandlungen bereits begonnen und drehten sich in der nächsten Zeit hauptsächlich um die vom Kaiser begehrte Hilfe gegen die Türken. Der Colmarer Magistrat war der

Digitized by Google

Ansicht, die Elsässer sollten ihre Beteiligung hieran ausdrücklich von der Erlangung des Reichsschutzes abhängig machen, doch befürchteten die Deputierten, ein solcher Vorbehalt möchte von dem Kaiser und dem Reich als Trotz aufgefasst werden. Nach langwierigen Debatten liess sich das Reich zur Bewilligung von Hülfsgeldern herbei, und es stellte die Höhe derselben in einem Beschlusse vom 13. Mai fest: der Anteil der einzelnen Stände war ganz verschieden, da in „Hilf- und Kollektsachen" der Wille der Majorität für die Minorität nicht bindend war. Von den Vereinstädten hatten einige, wie Colmar und Schlettstadt, 25 Römermonate angeboten, andere dagegen weniger; ihr Gesamtbeitrag belief sich auf 15276 Gulden, wovon 4200 allein auf Colmar und 3600 auf Schlettstadt entfielen. Bei der Abstimmung hatte die Stadt Colmar ihre Erschöpfung durch die langen Kriegsjahre schildern und hervorheben lassen, dass die Hauptquelle ihres früheren Wohlstandes, der Weinhandel, „sich von da gar weggezogen und besorglich nimmermehr wiederzubringen sei." Neben anderen Ausgaben müsse sie als Grenzstadt „für die auch zur besten Friedenszeit äussert benötigte Garnison jährlich in die 15000 f. anwenden, die Bau- und Fortificationskosten zu geschweigen."

Das Votum der einzelnen Vereinstädte konnte deshalb verschieden ausfallen, weil die zehn Städte beim Reichstage nicht als eine Gesamtheit betrachtet, sondern als besondere Reichsstände getrennt aufgerufen wurden.

Als zweiten Gegenstand seiner Beratungen sollte der Reichstag die Massregeln zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit des Reiches vornehmen, und dann sollte als dritte Aufgabe die Untersuchung der Beschwerden einzelner Reichsstände folgen. Die Vertreter der elsässischen Städte suchten nun durchzusetzen, dass die Landvogteifrage schon bei dem zweiten Punkte zur Sprache käme, indem sie darauf hinwiesen, dass es sich dabei um den Fortbestand von Reichsgliedern und demnach um die Sicherheit des Reiches selbst handle. Sie richteten deshalb am 18. Juni ein Memorial an den Kaiser und erinnerten ihn daran, dass sein Vater im Jahre 1653 die Erörterung derselben Angelegenheit auf dem Reichstage angeordnet hatte, und dass sie damals erledigt worden wäre, wenn nicht der Tod des französischen Gesandten dazwischen gekommen wäre. Sollte jetzt kein Vergleich da-

Digitized by Google

rüber mit Frankreich zu Stande gebracht werden, so würden die Seiner Majestät anvertrauten Städte für das römische Reich verloren sein. In einem anderen, vom 24. Juli datierten Schreiben baten sie das reichsstädtische Kollegium am Reichstag, ihnen zu helfen und dadurch zu verhindern, dass dies ohnehin schon geschwächte Kollegium noch zehn getreue Mitglieder verlöre. Es sei durchaus nötig, dass der Reichstag endlich einmal die Rechte des Landvogts genau bestimme und sie von den allgemeinen Rechten des Reiches über die Städte unterscheide.

Für die Unterstützung ihrer Sache zählten die Elsässer auch auf Schweden, und in der Tat erwies sich Herr Snoilsky, der schwedische Gesandte für Bremen, als ihr besonderer Gönner. Bei einer am 26. Juli erfolgten Zusammenkunft mit den Vertretern Colmars nahm er Bezug auf ein Schreiben, das diese Stadt an den König von Schweden gesandt hatte, und erklärte, er sei instruiert, ihr dem Friedensvertrag gemäss beizustehen.

Mittlerweile war auch der französische *Député plénipotentiaire* Gravel in Regensburg eingetroffen, und am 14. Juli hatten die vereinstädtischen Deputierten ihre erste Audienz bei ihm. Um ihren Auftraggebern nicht zu präjudizieren, redeten sie, wie die anderen Reichsstände, ihn lateinisch an; er antwortete aber französisch. Er fing selbst an, von den neuen Zöllen im Elsass zu sprechen, und meinte, der König habe das Recht, dieselben nach Belieben zu ändern, da die Souveränität über das Land auf ihn übergegangen sei. Frankreich habe die Zölle nur deshalb gesteigert, um verschiedene Fürsten und Stände zu nötigen, die ihrigen herabzusetzen und dadurch den Handel überhaupt zu fördern.

Kurze Zeit darauf, am 3. August, mussten sich die Deputierten mit einer Beschwerde an Gravel wenden und zwar über das rechtswidrige Vorgehen des Unterlandvogtes Marquis de Ruzé, der sowohl die Städte Münster und Türkheim also auch Colmar auf die Klage des Prälaten zu Münster jüngsthin vor die Landvogteikammer nach Hagenau zitiert und jenen beiden bei 2000 Pfund Strafe verboten hatte, den Prälaten am Reichskammergericht zu Speier zu verklagen. Dies stimme nicht mit der von Gravel selbst gegebenen Erklärung überein, dass das königliche Edikt, welches die zehn Städte der Jurisdiktion

Digitized by Google

des Metzer Parlamentes unterwarf, aufgehoben sei. Der französische Gesandte erwiderte, dass dies Edikt allerdings kassiert sei, dass aber die Städte dennoch in gewissen Fällen die Gerichtsbarkeit der Kammer zu Hagenau über sich anerkennen müssten, weil es früher auch unter dem Hause Österreich so gehalten worden sei: diese Kammer sei z. B. zuständig bei Klagen eines Bürgers wider die städtische Obrigkeit, und die Appellation gehe von Hagenau nach Ensisheim und von dort nach Metz. Um zu verhindern, dass die Angelegenheit vor den Reichstag gebracht würde, erbot er sich jedoch, dem Marquis de Ruzé zu schreiben, alles *in suspenso* zu lassen. Er forderte seine Besucher auch auf, zur Besprechung der Landvogteirechte so oft zu ihm zu kommen, als sie wollten. Schliesslich sprach er seine Unzufriedenheit darüber aus, dass sein König durch die Schrift über die Eidleistung zu Hagenau im ganzen Reiche denigriert würde. Die vereinstädtischen Deputierten hatten nämlich gleich nach ihrer Ankunft zu Regensburg den ausführlichen Bericht über diesen Vorgang drucken lassen und ihn nunmehr an alle Gesandten am Reichstag verteilt.*

Auf die erneuten Vorstellungen wegen der Ansprüche der Landvogteikammer erklärte Gravel am 10. September, dass er deshalb sowohl an den Hof als an den Unterlandvogt geschrieben habe und auf die bevorstehende Reise des Landvogts in das Elsass vertröstet worden sei. Der Herzog von Mazarin würde auch bereits angekommen sein, wenn er nicht in eine gefährliche Krankheit verfallen wäre, „massen ihm dann in einem Tag dreimal die Ader geschlagen worden."

Die Debatten über die Reihenfolge der vom Reichstag zu behandelnden Materien benützte das städtische Kollegium, um die Erörterung der Landvogteifrage den beiden höheren Kollegien zu empfehlen. In seinem am 18. September veröffentlichten Konklusum erinnerte es an das beim letzten Reichstag nicht mehr zum Austrag gekommene Anliegen der elsässischen Städte und sprach den Wunsch aus, dass dasselbe beim zweiten Propositionspunkte vorgenommen würde. Doch weder das kurfürstliche noch das fürstliche Kollegium

* Die meisten der hier erwähnten Druckschriften aus jener Zeit sind im Catalogue de la Bibliothèque Chauffour (Colmar 1889) und in der Bibliographie de la Ville de Colmar (Colmar 1902) von A. Waltz verzeichnet. Sie haben mir erlaubt, einzelne Lücken in der Korrespondenz der Reichstagsgesandten auszufüllen.

Digitized by Google

zeigte sich geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Da also wenig Aussicht vorhanden war, auf dem gewöhnlichen Wege zum Ziele zu gelangen, so entschlossen sich die Elsässer, den Reichstag zu bitten, für ihre Angelegenheit eine ausserordentliche Deputation aus allen drei Kurien zu ernennen, wie dies schon im Jahre 1653 geschehen war. Das städtische Kollegium stellte am 22. September einen dahin zielenden Antrag im Plenum und setzte auch seine Annahme durch, namentlich auf das eifrige Verwenden der das städtische Direktorium führenden Stadt Regensburg, während im Fürstenrat einige Stimmen dagegen waren. Die zehn Städte wurden nun aufgefordert, eine ausführliche Darstellung ihrer Beschwerden und Begehren dem Reichsdirektorium vorzulegen. Im definitiven Reichsgutachten vom 23. Oktober 1663 lautet die betreffende Stelle folgendermassen: „Und wegen deren zehen Reichsstädten im Elsass auf förmliche Eingebung ihrer Gravaminum eine Deputation aus denen dreien Reichsräten zu verordnen sein solle, umb mit dem anwesenden königl. französischen Herrn Plenipotentiario deshalben dem Instrumento pacis und kais. Wahlkapitulation gemäss zu handlen.“ Der Fürstenrat hatte sich lange gegen die Erwähnung der Wahlkapitulation gesträubt, da sie Frankreich gegenüber überflüssig sei. Die Colmarer Abgesandten sprachen aber in einem Briefe an ihren Magistrat die Ansicht aus, dass das fürstliche Kollegium bei der angestrebten neuen Form der Kapitulation die Einrückung der zehn Städte gern fortgelassen hätte, was jetzt nicht mehr angehe. Der Beschluss des Reichstags wurde durch die kaiserliche Resolution vom 5. Februar [st. n.] 1664 bestätigt.

Während die versammelten Reichsstände die Zeit mit ziemlich fruchtlosen Verhandlungen hinbrachten, waren die Türken siegreich vorgedrungen und hatten am 17. September 1663 die wichtige Festung Neuhäusel im nördlichen Ungarn eingenommen. Der Kaiser Leopold, der bisher vergebens Truppen vom Reiche gefordert hatte, erschien zur Beschleunigung dieser Hilfe im Dezember persönlich zu Regensburg, wo sich auch der Kurfürst von Mainz, Johann Philipp von Schönborn, und andere Fürsten einfanden. Am 24. Januar 1664 kam es endlich zu einem Reichsgutachten, laut dessen die beiden höheren Kollegien das Triplum an Mannschaft, den dreifachen Ansatz der Reichsmatrikel, die Städte aber zum Teile weniger bewilligten. Colmar

Digitized by Google

und die Mehrzahl der anderen Städte des Elsasses verstanden sich nach langem Widerstreben schliesslich auch zu dem Triplum, und zwar zu dem Duplum in Mannschaft und dem dritten Simplum in Geld, doch sprachen sie bei ihrer Abstimmung ausdrücklich die Hoffnung aus, dass ihre Bereitwilligkeit die Reichslasten zu tragen, die Erörterung ihres Anliegens fördern werde. Der einfache Römermonat in Mannschaft betrug für Colmar vier Mann zu Ross und dreissig zu Fuss. Ein Reiter samt Ross und Ausrüstung kostete damals 90 Gulden Werbegeld, ein Fussknecht mit Gewehr 6, das einfache Kontingent Colmars also 540. Der Unterhalt des letzteren wurde auf 2016 Gulden im Jahre geschätzt, in welcher Summe jedoch die Besoldung der Offiziere und die Ausgaben für den General- und Artilleriestab nicht inbegriffen waren.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen über ihre Angelegenheit beabsichtigten die Vereinstädte, sich hauptsächlich auf ihre im Jahre 1647 gedruckte Deduktion der Landvogteirechte zu stützen, da diese Schrift, wie sie angaben, dem Westfälischen Friedensvertrag als Grundlage gedient hatte. Sie liessen sie deshalb im Jahre 1663 zu Nürnberg von neuem drucken und fügten eine Anzahl kaiserlicher Privilegien als Belege bei. Auch die Akten des Prozesses, den der Abt von Münster mit den Städten Colmar, Münster und Türkheim führte, übergaben sie zu gleicher Zeit dem Drucke.

Dem Begehren des Reichstages gemäss arbeitete die vereinstädtische Deputation, deren Seele der Colmarer Syndikus Schultz war, eine Denkschrift aus und überreichte sie am 16. Januar 1664 dem Kurfürsten von Mainz in seiner Eigenschaft als Direktor der Reichsversammlung. Der Kurfürst versprach, die Eingabe den Ständen durch die „Reichsdiktatur“ mitzuteilen und das Äusserste zu tun, um die elsässischen Städte bei ihrer Reichsunmittelbarkeit zu erhalten.

In ihrem in deutscher Sprache abgefassten Memorial danken die Bittsteller für das am 23. Oktober 1663 diktierte Reichskonklusum, wonach auf die Darlegung ihrer Beschwerden hin mit dem französischen Plenipotentiar verhandelt werden solle. Sie erinnern daran, dass sie einen ausführlichen Bericht über den Präsentationsakt zu Hagenau an den Kaiser gesandt und ihn auch gedruckt an alle Stände verteilt haben. Zur besseren Orientierung übergeben sie jetzt noch eine auf zahlreiche Dokumente sich stützende Ausführung der Land-

Digitized by Google

vogteirechte, welche bei der Redaktion des Friedensinstrumentes dem Paragraphen *Teneatur rex* zu Grunde gelegt wurde. Vergleicht man das alte Herkommen mit dem Verhalten Frankreichs in letzter Zeit, so findet man drei für die Städte höchst gefährliche Neuerungen:

1) Dem früheren landvögtischen Revers ist am Schlusse die Klausel beigefügt worden: *en tant qu'ils ne préjudicieront point aux droits cédés au Roy etc.* 2) Man hat den Städten neben dem alten dem Landvogte geschuldeten Eid noch einen besonderen Eid der Treue für den König von Frankreich aufgezwungen, ungeachtet die Bürgerschaften jährlich unter freiem Himmel dem Kaiser und dem Reiche Treue und Gehorsam schwören. 3) Obgleich die Städte von alters her ihren Gerichtsstand nur bei den höchsten Reichsgerichten hatten und stets zur Unterhaltung des kaiserlichen Kammergerichts beisteuerten, sucht sie jetzt der Unterlandvogt der Gerichtsbarkeit der für die Landvogteidörfer bestellten Kammer zu Hagenau zu unterwerfen, eines Untergerichts, von dem die Appellationen an die königliche Justizkammer zu Ensisheim und in dritter Instanz an das Parlament zu Metz gehen. So hat der Unterlandvogt nicht nur auf die Klage des von Frankreich beförderten Reichsprälaten zu Münster im Gregorienthal die Städte Colmar, Münster und Türkheim vor die Landvogteikammer zitiert, sondern auch einen am Kammergericht zu Speier anhängig gemachten Prozess zwischen dem genannten Prälaten und den Städten Münster und Türkheim avoziert und den beiden letzteren bei Strafe von 2000 Pfund verboten, den Prozess dort weiterzuführen, wie dies die beiliegenden gedruckten Dokumente ausweisen.

In Anbetracht dieser Übergriffe bitten die elsässischen Städte das Reich, sich ihrer nachdrücklich anzunehmen und die Deputation, welche mit dem französischen Plenipotentiar verhandeln soll, bald zu ernennen. Dem Friedensvertrage gemäss besitze Frankreich in Betreff der Landvogtei keine anderen Rechte als früher das Haus Österreich, nur sei dieser Besitz ein absoluter und unwiderruflicher. Es möge eine Scheidung zwischen den allgemeinen Reichsrechten und den besonderen Landvogteirechten in der Güte erfolgen. Schliesslich betonen die Bittsteller noch, dass Alles, was sie beim Präsentationsakt zu Hagenau getan, nur mit dem Vorbehalt der Bestätigung durch das Reich geschehen sei.

Digitized by Google

Dem schleppenden Geschäftsgange beim Reichstag entsprechend wurde dies Memorial erst am 5. März diktiert. Seine Verfasser hatten allerdings zuvor Exemplare davon verteilt und in besonderen Audienzen bei dem Bischof von Strassburg und den Kurfürsten von Bayern und von Trier die Unterstützung dieser Fürsten erbeten und zugesagt erhalten.

Allen Einwendungen zum Trotze fällte die Landvogteikammer ein Urteil *in contumaciam* wider Colmar, Münster und Türkheim und liess es den drei Städten am 23. Februar durch einen königlichen Huissier insinuieren. Die vereinstädtischen Deputierten zu Regensburg erhoben ohne Verzug Klage darüber bei dem Kaiser und den versammelten Ständen und begehrten Schutz für die mit der Exekution bedrohten Bürgerschaften. In dem Schreiben an den Kaiser wiesen sie darauf hin, dass, wenn der Krone Frankreich neben ihren anderen Rechten auch noch die Gerichtsbarkeit zugestanden würde, dem heiligen römischen Reiche bei den elsässischen Städten überhaupt nichts mehr übrig bliebe.

Das städtische Kollegium nahm sich, wie immer, am nachdrücklichsten der Sache an und drang in einem Konklusum vom 16. März darauf, dass die beschlossene Wahl einer Deputation *ob periculum in mora manifestum et praesentissimum* endlich einmal stattfände.

Wenige Tage später traf die Kunde von einem neuen Vorstoss Frankreichs gegen die kommunalen Freiheiten im Elsass zu Regensburg ein. Der Landvogt Herzog von Mazarin war persönlich in den Städten erschienen und hatte mehrere Forderungen an die Räte gestellt, namentlich dass sie die Jurisdiktion der Landvogteikammer über sich anerkennen und ihm selbst das Recht einräumen sollten, die Zeughäuser, Magazine und Befestigungswerke zu beaufsichtigen und die kirchlichen Angelegenheiten zu ordnen. Colmar hatte diese Zumutungen entschieden zurückgewiesen und Mazarin auf die Verhandlungen vertröstet, welche hierüber zu Regensburg zwischen dem Reich und dem französischen Plenipotentiar bevorstanden.* Dem Beispiele Colmars folgten dann auch Münster, Weissenburg und Landau, während

* Waldner: Colmar et le Duc de Mazarin en 1664. (Mulhouse 1900).

Digitized by Google

Schlettstadt und die anderen katholischen Städte dem Zwange nachgaben und sich sogar zur Aufnahme französischer Einquartierungen verpflichteten. In Münster drohten die Franzosen mit dem Feuer und dem Schwert und gingen auch wirklich zu Gewalttätigkeiten über, indem der Unterlandvogt den Stadtschreiber beim Hals ergriff, und ein junger Student aus Reichenweier, namens Riegger, welcher der Stadt als Dolmetscher diente, wegen angeblicher Spionage und Aufwiegelei gefangen genommen und nach Breisach abgeführt wurde.

So wie die vereinstädtischen Deputierten die Berichte von diesen Geschehnissen erhielten, teilten sie dieselben jedesmal sofort dem Kaiser und dem Reiche mit und gingen ausserdem noch eine Reihe einflussreicher Fürsten im besonderen um Hilfe an. In einem dem Reichsdirektorium am 21. März übergebenen und noch an demselben Tage diktierten Memorial baten sie die Stände, den König von Frankreich sowohl durch ein direktes Schreiben als auch durch mündliche Remonstration bei seinem Plenipotentiar zu Regensburg um Einstellung des Hagenauischen Prozesses und der Forderungen des Landvogtes zu ersuchen. In einer direkten Eingabe an den Kurfürsten von Mainz, der nicht nur als Kurerzkanzler, sondern auch als Verbündeter Frankreichs grossen Einfluss auf die Regelung der elsässischen Frage besass, stellten die Vereinstädte geradezu die Alternative, man solle entweder sich ihrer unverzüglich annehmen oder aber, wenn sie vom Reiche verlassen sein sollten, ihnen dies bedeuten, damit so viele Tausend Menschen wegen ihrer Treue zu dem heiligen römischen Reiche nicht in Ruin und in Leib- und Lebensgefahr gerieten. Ein kaiserliches Reskript vom 5. April [st. n.] ersuchte denn auch das Reichsdirektorium, die Angelegenheit der elsässischen Städte baldigst vor die Reichsräte zu bringen und beraten zu lassen, „durch was Mittel diesen Reichsstädten in solchen ihren Beschwerden geholfen und mithin des heiligen Reichs hierunter versierendes hohes Interesse erhalten werden möge.“

Das städtische Kollegium verwandte sich wieder eifrig für die Elsässer, indem es am 29. März eine aus den Vertretern von Regensburg, Augsburg und Strassburg bestehende Abordnung an den Kaiser sandte und ihn bat, mit den Reichsständen an den König von Frankreich zu schreiben und ferner dahin zu wirken, dass eine Reichs-

Digitized by Google

deputation ohne Verzug mit dem französischen Gesandten in Konferenz trete. Zugleich überreichten die Abgeordneten eine Denkschrift über den Verlust, den das Reich und insbesondere das dritte Kollegium durch die Lostrennung der wohlhabenden elsässischen Städte erleiden würden. Der Kaiser versprach, der Notdurft gemäss zu handeln.

Am 30. März einigten sich die drei Kollegien endlich über die Bildung einer Deputation aus ihrer Mitte und beauftragten dieselbe, sich noch an dem nämlichen Tage zu Gravel zu begeben. Sie beschlossen auch, im Namen des Kaisers und des Reiches an Ludwig XIV. zu schreiben. Zur Vermeidung von Weiterungen wurde die Deputation ebenso zusammengesetzt wie die auf dem vorigen Reichstag zu demselben Zwecke ernannte. Von den Kurfürsten waren Mainz, Bayern, Sachsen und Brandenburg dabei vertreten, von den katholischen Fürsten das Stift Regensburg, Bayern und die schwäbischen Prälaten, von den protestantischen Fürsten das Erzstift Magdeburg, Sachsen-Weimar und die Wetterauischen Grafen, von den Reichsstädten Köln und Regensburg. Die Reichsdeputation entledigte sich indessen weder an diesem, noch an den folgenden Tagen ihres Auftrags, indem die dazu bezeichneten Personen, wie die Colmarer Abgesandten nach Hause berichteten, bei den Kurfürsten von Mainz und von Trier und dem Kaiser selbst „durch Gastieren sind divertiert worden.“ In Wirklichkeit hatte der Kurfürst von Mainz die Verzögerung veranlasst, um inzwischen selbst mit Frankreich zu verhandeln. Auf das wiederholte Drängen des kaiserlichen Hofes und des städtischen Direktoriums versicherte er, dass die elsässischen Städte ausser Gefahr seien, und dass in der Sache schon genug getan worden sei. Sein Premier-Minister Boyneburg liess sich öffentlich im Kurfürstenrat vernehmen, „wann er auch 100000 Reichsthaler jährliche Pensionen hätte von Frankreich, dass er dennoch solche deren Franzosen Prätensionen und Prozeduren nicht billigen könne, und das Reich dieselben nimmermehr approbieren werde.“

Nachdem der Kaiser am 18. April [st. n.] nochmals ein Reskript deshalb an das Reichsdirektorium gerichtet, verfügte sich die Deputation am 11. April endlich zu dem französischen Gesandten. Sie teilte ihm die Beschwerden der elsässischen Städte schriftlich mit und forderte ihn auf, „die bishero geführten Prozeduren durch des Königs

Digitized by Google

Autorität abzustellen und die Hauptsache *ad Imperium et pacis consortes* zu verweisen.“ Gravel antwortete, dass sein König nur die im Friedensvertrag ihm abgetretenen Rechte des Hauses Österreich beanspruche, und versprach, die Beschwerden an Seine Majestät gelangen und sich hernach weiter vernehmen zu lassen.

Somit war wenigstens die Ausführung des einen Teiles des Reichsbeschlusses in Angriff genommen; schwieriger war es, die Abschickung des Schreibens an den König durchzusetzen. Die vereinstädtischen Deputierten übergaben deshalb ein Memorial nach dem anderen dem Reichstage, dem Kaiser und einzelnen Ständen und schilderten, wie die Lage im Elsass täglich gefährlicher würde. Auf die Nachricht, dass der Herzog von Mazarin der Stadt Colmar unter Androhung einer Geldstrafe von 3000 Pfund und der Gefangennahme des Magistrats befohlen habe, vor der Kammer zu Hagenau zu erscheinen und die Anrufung des Kammergerichts zu Speier zu unterlassen, verfassten die drei Kollegien am 23. April den Brief an den König und legten ihn dem Kaiser vor. Sie beschlossen auch, an den Abt von Münster zu schreiben, um ihn von dergleichen Prozessen abzumahnen.

Am 30. April fand beim Kurfürsten von Mainz zwischen ihm, Gravel und den drei Deputierten der elsässischen Städte eine lange Konferenz statt. Das Ergebnis war, dass Gravel sich verpflichtete, die Einstellung aller „Violentien“ wider Colmar zu bewirken und die prinzipiellen Fragen in Regensburg zu erörtern, sei es mit der Reichsdeputation oder einem Ausschuss aus derselben oder den Interessenten selbst. Der Kurerzkanzler betonte aber wiederholt, dass alle Vereinbarungen der Ratifikation durch das Reich vorbehalten bleiben müssten, da die Elsässer auf eigene Hand mit der Krone Frankreich nichts abmachen könnten.

In der folgenden Zeit gerieten die Verhandlungen wieder ins Stocken, weil man allenthalben mit der Ausrüstung der Truppen für der Türkenkrieg beschäftigt war. Der Kaiser war schon am 28. April von Regensburg abgereist, und der Kurfürst von Mainz folgte am 1. Mai seinem Beispiel. Auch Gravel und der Colmarer Syndikus Schultz wurden durch den Krieg in Anspruch genommen, indem jener die durchziehenden französischen Hilfstruppen zu empfangen hatte, dieser aber von dem Oberrheinischen Kreis als Kriegskommissar zum

Digitized by Google

Kurfürsten von Mainz und nach Frankfurt geschickt wurde. Schultz übernahm diesen Auftrag hauptsächlich deshalb, weil er freien Zutritt zum Kurerzkanzler erhielt und dabei hoffte, im elsässischen Interesse wirken zu können. Johann Philipp gab ihm auch am 7. Juni nochmals die nachdrückliche Versicherung, dass Colmar nichts zu befürchten habe: die französischen Truppen seien aus dem Elsass fort und es würden keine anderen mehr hinkommen.

In der Tat war Ludwig XIV dem Rate Gravels, den französischen Einfluss im Reich jetzt nicht durch die Unterwerfung der elsässischen Städte zu gefährden, gefolgt und hatte dem Herzog von Mazarin die Einstellung der Feindseligkeiten geboten.

Im Münstertale aber dauerten die Gewalttaten der Franzosen nichtsdestoweniger fort. Mazarin hatte am 5. Mai drei Kompagnieen Kavallerie in die zur Stadt Münster gehörenden Ortschaften gelegt, und sein Unterlandvogt hatte einen Haftbefehl gegen die vor der Verfolgung geflüchteten Bürgermeister erlassen. Münster beklagte sich daraufhin schriftlich beim französischen König und schickte einen besonderen Abgesandten zum Kurfürsten von Mainz, um dessen Beistand zu erbitten. Dieser Abgesandte, Ambrosius Schneider, ein Bruder des Colmarer Stättmeisters, traf am 17. Juni in Mainz ein und musste sich zunächst am kurfürstlichen Hofe mit dem allseitigen Bedauern über die schlimme Lage seiner Auftraggeber begnügen. Herr von Schönborn, der Bruder des Kurfürsten, äusserte ihm gegenüber, mit einer so mächtigen Krone wie Frankreich müsse man behutsam umgehen, und die Städte würden wohl etwas nachgeben müssen. Schneider wurde durch diese Worte sehr bestürzt und erwiderte: „Ihr Gnaden, es stehet solches nicht bei den Städten, was nachzulassen; und so das wider all Verhoffen geschehen sollte, würd die Immedietät gewiss Schiffbruch leiden müssen, massen die Experienz genugsam bezeuget, dass, so man den Franzosen ein Finger erlaubet, sie den ganzen Leib nehmen.“ Am 22. Juni hatte der Münsterer Abgesandte Audienz beim Kurfürsten selbst. Dieser erklärte, dass ihm die Bedrängnis der Städte herzlich leid tue, bedauerte aber, nicht helfen zu können, da er keine Armee habe. Doch versprach er, sowohl an M. de Lionne als an Gravel zu schreiben, um seine Autorität zu interponieren.

Digitized by Google

Während der Abwesenheit des Deputierten Schultz von Regensburg war sein Collège Daniel Schneider unablässig bemüht, die Abschickung des vom Reichstag entworfenen Schreibens an Ludwig XIV. zu veranlassen. Mehrere Gesandte, mit denen er darüber sprach, machten aber Bedenken geltend und meinten, dies Verfahren würde den König nur erbittern, und sein Plenipotentiar, dem doch die ganze Angelegenheit übertragen sei, würde eine persönliche Beleidigung darin erblicken. So wandte sich denn die vereinstädtische Deputation auf den Rat Snoilskys auch wegen der neuerlichen Vorkommnisse im Elsass wieder an Gravel und übergab ihm am 16. Juni eine Beschwerdeschrift über die Einquartierung im Münstertal und die daselbst verübten Gewalttaten.

Die Audienzen, welche Schneider in der nächsten Zeit beim französischen Diplomaten hatte, brachten die Erörterung der Landvogteifrage um keinen Schritt weiter. In einer derselben erhielt er einen Brief des Marquis de Ruzé mitgeteilt, worin dieser berichtete, die Colmarer wären ihm, dem Beauftragten eines so mächtigen Monarchen, letzthin mit einer solchen Arroganz begegnet, als ob sie der Senat von Venedig wären und 30000 Mann hinter sich hätten. Am 18. Juli überreichte Schneider dem Gesandten Gravel eine lateinische Aufzählung der Landvogteirechte über die zehn verbündeten Reichsstädte im Elsass. Sie hat folgenden Inhalt:

I. Frühere Rechte des Kaisers und des Reichs: 1) Ernennung des Landvogts. 2) Vorstellung des Landvogts den zu Hagenau versammelten Städtevertretern durch Präsentationsschreiben und Kommissäre. 3) Ausstellung der Quittungen über die jährliche Reichssteuer unter kaiserlichem Siegel.

II. Amtsverrichtungen des Landvogts: 1) Leistung des Eides vermittelst Reversalien, welche in ihrem Wortlaut mit den früheren übereinstimmen müssen. 2) Ernennung des Unterlandvogts. 3) Ernennung des Schultheissen von Hagenau. 4) Der Landvogt soll die Städte vor Gewalt schützen, ihnen ihre Rechte und Freiheiten erhalten und ausser der jährlichen Reichssteuer nichts von ihnen fordern. 5) Wenn er Streit mit einer Stadt hat, soll er denselben vor die anderen bringen; wenn er mit allen in Konflikt ist, hat das Reich die Sache zu entscheiden.

Digitized by Google

6) Er darf sich keine Gerichtsbarkeit über die Städte anmassen, noch dieselben vor ein auswärtiges Gericht laden.

III. Amtsverrichtungen des Unterlandvogts: Er soll 1) einen gleichen Revers wie der Landvogt beschwören; 2) der jährlichen Ratsänderung in den Städten als einfacher Zuschauer beiwohnen (doch verhindert sein Ausbleiben die Vornahme der Ratsänderung nicht); 3) nach der Eidleistung zu Hagenau den Umritt durch die Städte halten.

IV. Leistungen der Städte: Sie sollen 1) auf die schriftliche Aufforderung des Kaisers, jetzt des Königs, zur Präsentation in Hagenau erscheinen; 2) dem Landvogt den üblichen Eid schwören; 3) dem Unterlandvogt jährlich den Tag der Ratsänderung anzeigen; 4) dem Unterlandvogt, wenn er auf diese Anzeige hin erscheint, fünf und seinen Dienern einen Goldgulden zu Colmar entrichten; 5) die jährliche Reichssteuer gegen eine Quittung des Kaisers bezahlen.

Erst nach der am 25. Juli erfolgten Rückkehr des Colmarer Syndicus Schultz wurden die Verhandlungen der vereinstädtischen Deputierten mit Gravel wieder mit mehr Nachdruck betrieben. Die Städte stellten als die drei Hauptpunkte ihrer Forderungen auf: Kassierung des zu Hagenau ihnen abgenommenen Treueides, Korrigierung der Reversalien durch Auslassung der neuerlich eingefügten Klausel *en tant* und Abstellung der durch Frankreich über sie angemassten Jurisdiction und Disposition *in militaribus et ecclesiasticis*.

Mit der Erörterung der Gerichtsbarkeit als des wichtigsten Punktes wurde in einer Konferenz vom 6. August der Anfang gemacht. Gravel behauptete, aus den ihm vorliegenden Akten ergebe sich, dass der Landvogt früher tatsächlich über mehrere Städte zu Gericht gesessen sei. Uebrigens beanspruche Frankreich die Gerichtsbarkeit nicht für alle, sondern nur für gewisse Fälle. Sein Hauptargument war, dass der Landvogt dieselben Rechte wie über Hagenau, der Hauptstadt der Landvogtei, auch über die anderen Städte besitze, es sei denn, dass das Gegenteil ausdrücklich von jeder derselben bewiesen werde. Die vereinstädtischen Deputierten entgegneten darauf,

Digitized by Google

dass der Landvogt notorisch Rechte zu Hagenau besitze, welche er den anderen Städten gegenüber nie ausgeübt habe; auch könne der Umstand, dass Hagenau aus Nachlässigkeit verschiedener Rechte verlustig gegangen sei, den übrigen Städten nicht Eintrag tun. Sie baten um Mitteilung der angezogenen Akten nnd um nähere Bezeichnung der Fälle, für welche der Landvogt die Gerichtsbarkeit beanspruche. Gravel versprach dies, als aber der Schreiber der Städte bei ihm erschien, um Abschrift von den Akten zu nehmen, wies er denselben immer wieder unter neuen Vorwänden ab. Bald schützte er Unwohlsein infolge einer grossen „Debauche“ mit dem Marquis de Richelieu vor, bald hiess es, die Papiere befänden sich in der Stube seines krank darniederliegenden Sekretärs und man könne ihm nicht zumuten, sie dort zu holen.

In einer Konferenz vom 22. August wurden die Privilegien besprochen, welche die Städte von der Gewalt des Landgerichts und von anderen fremden Jurisdiktionen befreiten. Gravel verfocht die Ansicht, diese Privilegien bezögen sich nur auf den Gerichtsstand der Bürger in erster Instanz, nicht aber auf die Appelationen und nicht auf die Fälle, in denen die Städte als solche Partei seien und deshalb nicht auch Richter sein könnten; zudem sei die Präfektorial-Kammer nirgends ausdrücklich genannt. Seine elsässischen Gegenpartner erwiderten aber, es sei ganz selbstverständlich, dass die städtischen Obrigkeiten die Gerichtsbarkeit über ihre Bürger besässen; der Hauptinhalt der Privilegien bestehe vielmehr in der gänzlichen Exemption der Obrigkeiten sowohl als der Bürger und Einwohner von allen Untergerichten, zu denen auch die Präfektorial-Kammer gehöre. Die Ansprüche der Städte stützten sich übrigens weniger auf diese Privilegien als auf ihre Reichsunmittelbarkeit, auf Grund deren sie nie eine andere höhere Instanz über sich anerkannt hätten als das Reichskammergericht oder den kaiserlichen Hofrat. Selbst wenn Frankreich in der Gerichtshoheit mit dem Reiche concurrieren würde, wie dies der Herzog von Mazarin grundlos vorgebe, so könnte die Gerichtsbarkeit nicht vom Landvogt, sondern nur von den höchsten Parlamenten ausgeübt werden, da ja nach der französischen Auffassung der König in Bezug auf die Landvogtei an die Stelle von Kaiser und Reich, der Landvogt aber an die Stelle des Hauses Oesterreich ge-

Digitized by Google

treten sei, dieses aber sich niemals *Concurrentiam jurisdictionis cum imperio* habe anmassen können. Gravel selbst musste die Richtigkeit dieser Bemerkung zugeben.

Die Verhandlungen mit Frankreich waren für die Elsässer dadurch erschwert worden, dass Schlettstadt und die anderen katholischen Städte, wie schon erwähnt wurde, in einem Accord mit dem Landvogt sich dessen Forderungen gefügt hatten. Die Colmarer Abgesandten auf dem Reichstag und selbst ihr Schlettstadter Kollege, der Bürgermeister Heinrichs, waren hierüber sehr aufgebracht und hatten bei den betreffenden Städten angefragt, ob sie ganz vom Reiche abgefallen seien, und somit die der Deputation aufgetragene Kommission erloschen sei. Am 4. August sandten dann Schlettstadt, Oberehnheim, Kayserberg, Rosheim und Türkheim ein gemeinsames Schreiben folgenden Inhalts nach Regensburg. Obgleich sie die vier vom Herzog Mazarini proponierten Punkte unter gewissen Bedingungen angenommen, so hätten sie doch in den mündlichen Verhandlungen darüber die Rechte des Reichs und die künftige Vereinbarung zwischen dem Reich und dem König von Frankreich vorbehalten. Sie ersuchten deshalb die Deputirten, kraft der ihnen erteilten Gewalt dahin zu wirken, dass bei dem bevorstehenden Vergleiche die Reichsunmittelbarkeit der Städte erhalten und das gesamte städtische Corpus unzertrennt bleibe.

In den nächsten Wochen drängten andere Ereignisse die elsässische Angelegenheit zu Regensburg wieder in den Hintergrund, der Friedensschluss des Kaisers mit den Türken und die darauf folgende Entlassung der Kriegsvölker und Abrechnung wegen der Kriegskosten, vor allem aber die Belagerung der Stadt Erfurt durch Kur-Mainz mit Hülfe französischer Truppen. Der letztere Vorgang rief grosse Erbitterung im Reiche hervor, namentlich bei den Protestanten, und Gravel flüchtete sich mehrmals vor den an ihn ergehenden Reklamationen auf das Land. Diese Stimmung der evangelischen Reichsstände benützten die vier protestantischen Städte im Elsass, um denselben nochmals die kirchliche Seite ihres Konfliktes mit Frankreich in einem Memorial darzulegen und zu zeigen, dass der Anspruch des Landvogts, die konfessionellen Verhältnisse in den Reichsstädten zu ordnen, im Friedensinstrument nicht begründet sei. Die Städte seien

Digitized by Google

zwar mit der Wiederherstellung der Lage des Jahres 1624 ganz einverstanden, allein für etwaige illiquidierte Fälle könnten sie Frankreich nicht als Richter anerkennen, sondern solche Fälle müssten dem Friedensvertrage gemäss auf dem Wege des Vergleichs erledigt werden.

Digitized by Google

II.

Vorschlag der Vereinstädte, die Schlichtung des Streites einem Schiedsgerichte zu übertragen. — Neue Klagen derselben über die Anmassung der Gerichtshoheit durch Frankreich. — Schreiben des Reichs an Ludwig XIV. — Annahme des Schiedsgerichts durch den König. (1664—1667.)

Da die vereinstädtischen Deputierten in ihren wiederholten Konferenzen mit dem französischen Gesandten nichts ausrichteten und ausserdem befürchteten, der Reichstag möchte zu Ende gehen, ohne dass eine Entscheidung in ihrer Angelegenheit gefallen sei, so machten sie am 27. September 1664 den Vorschlag, die Schlichtung des Streites wegen der Landvogtei einem Schiedsgerichte zu übertragen, doch so, dass das Ergebnis vom Reiche bestätigt würde. Gravel erhob wegen des letzteren Punktes einige Bedenken, versprach aber, an den Hof zu berichten.

Am 31. Oktober teilte er dann Schultz und Heinrichs mit, der König sei mit einem gütlichen Vergleiche und der Ernennung von Schiedsrichtern einverstanden, doch wolle er zuvor von den Städten die Erklärung haben, dass sie das anerkennten, was der Herzog von Mazarin beim Präsentationsakt zu Hagenau mit ihnen allen und jüngsthin im Elsass mit einigen von ihnen abgemacht habe. Man könnte mit den Städten nichts verhandeln und müsste immer wieder von vorn anfangen, wenn sie stets von den einmal gefassten Beschlüssen abwichen. Die Vertreter der Städte entgegneten, sie könnten diese Zumutung nicht verstehen, da, wenn man ihr willfahren würde, der König schon alles hätte, was seine Minister je begehrt, und es also keines ferneren Vergleiches mehr bedürfte. Gravel meinte darauf, der Streit müsse auch mit den noch nicht „akkordierten“ Städten ausgetragen werden, und gerade dafür erbiete sich der König Schiedsrichter zu ernennen. Man erwiederte ihm, dass sowohl der Akt zu Hagenau als auch der jüngste Akkord mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Ratifikation

Digitized by Google

durch das Reich geschehen sei. Es liege im eigenen Interesse des Königs, dass die Sache mit dem Reiche selbst, das ja als eigentlicher Inhaber der streitigen Rechte Hauptpartei sei, endlich einmal geregelt würde. Ob der Treueid von den Städten zu leisten sei, hänge von der Interpretation des Friedensvertrags ab, welche eben einem Schiedsgericht anheimgestellt werden solle. Gravel gab schliesslich im Vertrauen zu, dass der Herzog von Mazarin und der Intendant Colbert ihren ganzen Einfluss am Hofe für die Aufrechterhaltung der fraglichen Akkorde aufböten, dass er selbst aber hoffe, die Sache mit der Zeit in Ordnung zu bringen. Er versicherte, dass den Städten keine Gefahr drohe, und dass die französischen Truppen Befehl hätten, aus Ungarn und Erfurt direkt nach Frankreich zu marschieren. Seinen Bemühungen sei es jetzt auch gelungen, die Freilassung des gefangenen Riegger beim König zu erwirken.

Das Protokoll dieser Konferenz, doch ohne die vertraulichen Aeusserungen Gravels übersandten die elsässischen Deputierten auch den akkordierten Städten, welche ihnen wenig zuverlässig erschienen, und sprachen dabei die Erwartung aus, dass dieselben bei dem Entschlusse beharren würden, mit den anderen Vereinstädten gemeinsame Sache zu machen. In einem Schreiben vom 1. Dezember [st. n.] erneuerten denn auch die fünf Städte die im August abgegebene Erklärung. Diese Haltung der katholischen Magistrate war durch die persönlichen Verhandlungen mit dem Colmarer Stättmeister Daniel Schneider beeinflusst worden. Letzterer hielt sich nämlich seit dem Monat Oktober im Elsass auf, kehrte aber am Jahresschlusse wieder nach Regensburg zurück, als sein Kollege Schultz nach Colmar schrieb, er könne die grosse Arbeit nicht allein bewältigen, Herr Heinrichs verrichte aber nichts. Die Rückfahrt Schneiders erfolgte wegen einer besonderen Reisegelegenheit über Nürnberg und fiel sehr mühsam aus, insofern die Kutsche öfters mit Winden aus dem Kote gehoben und den Pferden die Füsse aus den Löchern gehauen werden mussten.

Die letzten Erklärungen des französischen Gesandten riefen eine ziemlich schroffe Meinungsverschiedenheit zwischen dem Syndikus Schultz und seinen Colmarer Auftraggebern hervor. Schultz meinte, Frankreich werde bei seinem jetzigen „blühenden Glück" die Kassierung des Hagenauer Eides nie zugeben, selbst wenn das Reich einen solchen

Digitized by Google

Beschluss fassen würde, woran er sehr zweifle, da dasselbe seine Autorität nicht werde prostituieren wollen. Man müsse daher sein Absehen wenigstens auf eine Einschränkung des Eides richten und durchzusetzen suchen, dass er 1) nicht wiederholt werden, 2) keine Untertänigkeit, sondern eine blosse Klientschaft ausdrücken und 3) der Reichsunmittelbarkeit der Städte keinen Eintrag tun solle. Zu Colmar dagegen bestand man auf einer gänzlichen Aufhebung des Eides und beteuerte, eine blosse Beschränkung vor Gott, der Posterität und dem eigenen Gewissen nicht verantworten zu können. Schultz erwiderte hierauf, er habe seinen Vorschlag auf den Rat von hohen Gönnern gemacht. Wenn die Restriktion des Eides unverantwortlich sei, so sei die von seiten der Stadt geschehene Ablegung desselben noch viel unverantwortlicher, weshalb der Vorwurf auf sie zurückfalle. Man stehe eben vor einer Tatsache, welche kaum mehr rückgängig zu machen sei. Als der Magistrat von Colmar dann später seinen Abgesandten befahl, die Einschränkung des Eides nicht selbst vorzuschlagen, sondern dies dem Reiche zu überlassen, versprachen sie in ironischem Tone, ihrer Instruktion nachzukommen und abzuwarten, „was das Reich erfinden, und wie profunde es der Sachen nachdenken werde.“ Das Reich sei ein ganz ander Ding, als es sich die Herren zu Colmar vorstellten; es tue nur, was ihm die Interessierten angeben. Sie selbst hätten ja die Restriktion nicht direkt Frankreich vorschlagen, sondern den Reichsdeputierten im Vertrauen an die Hand geben wollen.

Um kein Mittel unversucht zu lassen, sich den französischen Gesandten günstig zu stimmen, unternahm es auch die vereinstädtische Deputation auf den Rat des Kur-Mainzischen Direktors Bertram, ihm „mit einem Regali zu begegnen“. Allein für solche Argumente zeigte sich Gravel weniger zugänglich als die Diplomaten des heiligen Reichs. Als ihm Schultz ein schönes Säckchen mit 200 Dukaten als eine geringe Niklausgabe für seinen jungen Sohn anbot, wies er das Geschenk trotz allen Zusprechens zurück und versicherte, dass er und die Seinen von keinem Könige oder Fürsten je eine Verehrung angenommen hätten.

Der fruchtlosen Verhandlungen mit dem Plenipotentiar Ludwigs XIV. müde, beschlossen die Städte sich wieder direkt an das Reich

Digitized by Google

zu wenden, zumal die Uebergriffe der Franzosen im Elsasse fortdauerten. Als nämlich Weissenburg mit dem Bischof von Speier in Streit war, masste sich Frankreich die Entscheidung an und legte eine Besatzung in die Stadt. Schultz verfasste ein ausführliches Memorial, um den Stand der elsässischen Frage dem Kaiser und dem Reiche darzulegen, und holte dafür den Rat der vornehmsten Gesandten beim Reichstag ein. Er wählte die lateinische Sprache, damit die Schrift nicht übersetzt zu werden brauchte, wenn sie dem französischen Hof mitgeteilt würde. Am 28. Januar 1665 wurde das Memorial dem Kur-Mainzischen Reichsdirektorium zu Regensburg exhibiert, nachdem es schon mehrere Tage zuvor an den Kurfürsten selbst geschickt worden war.

In dieser Denkschrift schildern die Vereinstädte zunächst kurz den ganzen Verlauf ihrer Angelegenheit am Reichstage und erinnern daran, dass das Schreiben des Reichs an den König von Frankreich zwar entworfen, aber nicht abgesandt worden sei, und dass auf die am 11. April 1664 dem königlichen Plenipotentiar von der Reichsdeputation übergebene Beschwerdeschrift keine Antwort erfolgt sei. Inzwischen hätten ihre Abgesandten versucht, direkt mit Gravel zu verhandeln, aber trotz mehrerer Zusammenkünfte gar nichts erreicht. Darauf hätten sie beantragt, den Streit durch Schiedsrichter gütlich beilegen zu lassen. Der König habe auf den Bericht Gravels in diesen Vorschlag eingewilligt, doch nur unter der Bedingung, dass die Städte zuvor guthiessen, was der Herzog von Mazarin mit ihnen allen im Jahre 1662 zu Hagenau und mit einigen von ihnen jüngsthin abgemacht habe.

Die Städte können indessen, so fährt die Denkschrift fort, die Rechtsgültigkeit ihrer Zugeständnisse an den Landvogt nicht anerkennen, da dieselben, wie die genauere Schilderung der Vorgänge zeigt, durch Gewalt erzwungen und nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Bestätigung durch das Reich gemacht worden sind. Aber selbst wenn dies nicht geschehen wäre, so würde der eingegangene Vergleich doch ungültig sein, da es sich um Rechte des Reichs handelt, über welche die Städte überhaupt nicht verfügen konnten. Alle Neuerungen Frankreichs, die Forderung des Treueids für den König, die Abänderung der alten Reversalien des Landvogts, der Anspruch

Digitized by Google

auf die Gerichtshoheit und auf die Leitung der kirchlichen und militärischen Angelegenheiten, auf Grund dessen der Stadt Weissenburg neulich eine Besatzung aufgezwungen wurde, verstossen gegen den Westphälischen Friedensvertrag, da dem Könige nur die Rechte der früheren Landvögte aus dem Hause Oesterreich übertragen worden sind, diese aber die genannten Befugnisse tatsächlich nie besessen haben. Dass ihnen insbesondere das Besatzungsrecht nicht zukam, geht aus dem Umstande hervor, dass die Truppen, welche Kaiser Ferdinand II. i. J. 1629 nach Colmar, Schlettstadt und Oberehnheim legte, in nichts dem Landvogt unterstanden.

Aus der Entstehungsgeschichte und dem Wortlaute des Westphälischen Friedensvertrags ergiebt sich deutlich, dass nicht die Substanz der Landvogtei, die Summe der darin begriffenen Rechte, sondern bloss ihr Besitztitel verändert wurde. Dem französischen Könige sind keine anderen Befugnisse übertragen worden als diejenigen der früheren Landvögte, nur besitzt er dieselben nicht mehr kraft einer widerruflichen kaiserlichen Verleihung, sondern als dauerndes und souveränes Eigentum. Dies ist durch die Klausel *Ita tamen* ausgedrückt, welche die königliche Souveränität keineswegs auf die Städte selbst, ausdehnt. Es wäre ja ein offenbarer Widerspruch, wenn es in demselben Paragraphen hiesse, die Städte sollten reichsunmittelbar bleiben und doch unter der Oberhoheit Frankreichs stehen; durch eine solche Deutung würde man den zahlreichen klugen Männern, welche die Friedensverhandlungen führten, den grössten Schimpf antun.

Dass aber Frankreich aus der ewigen Dauer und der Unabhängigkeit seines Landvogteibesitzes die beanspruchten Rechte ableiten dürfe, können die Städte selbst nicht einsehen; doch überlassen sie die Entscheidung darüber dem unparteiischen Urteile der Teilnehmer am Friedensvertrag oder anderer Rechtsgelehrter. Der König selbst sei ja mit dem Kaiser und den Reichsständen übereingekommen, etwaige Streitigkeiten wegen des Münsterschen Friedens durch einen gütlichen Vergleich zu schlichten.

Daher ersuchen die Bittsteller die Kurfürsten, Fürsten und Stände, im Namen des Reichs an den König von Frankreich zu schreiben und durch Gravel und sonst auf alle Weise dahin zu wirken, dass Seine Majestät ohne weitere Rücksicht auf die den Städten abgenötigten

Digitized by Google

Zugeständnisse Schiedsrichter für einen freien und gütlichen Vergleich der Angelegenheit ernenne. Sie selbst erklären sich bereit, ihrerseits Schiedsrichter vom Reiche anzunehmen oder mit dessen Zustimmung solche zu wählen.

Dies Memorial sandten die Vereinstädte auch an den Kaiser nach Wien mit einem Schreiben, worin sie nochmals inständig um Schutz baten und betonten, ein wie grosses Interesse das heilige römische Reich dabei habe, „dass nicht 10 Städte, die in der Matrikul und ihrer Reichs-Anlage teils denen vornembsten Fürstenthumben im Reich gleich, auch wohl bevor gehalten, nunmehr im Friedenstand, also gleichsam *in Portu*, auf einmal mögen vom Reich gelassen werden."

Das städtische Kollegium am Reichstag vertrat wieder mit Eifer die Sache seiner Angehörigen und forderte in einem Konklusum vom 17. Februar die beiden höheren Räte dringend auf, die Erledigung der elsässischen Angelegenheit nicht weiter verzögern und es dahin kommen zu lassen, „dass die Remedierung zu spät und vergeblich in Zukunft gesucht werde." Es liess auch eine dahin gehende Bitte durch eine Deputation, bestehend aus den Vertretern von Regensburg, Cöln und Ulm, dem Erzbischof von Salzburg als kaiserlichen Legaten vortragen und ihm das Memorial der Vereinstädte sowie ein von Hagenau an den Reichstag gerichtetes Schreiben überreichen. In letzterem führten die Hagenauer darüber Klage, dass Frankreich beanspruche das Schultheissenamt zu besetzen und dem Rate zumute, die Urteile in Kriminalsachen im Namen des Königs zu sprechen, und erörterten die Widersprüche und Missstände, welche entstehen würden, wenn der Reichsschultheiss, der im Namen des heiligen Reichs sein Amt ausüben soll, ein geschworener Minister der Krone Frankreich wäre.

Beide Memorialien wurden am *28. Februar 1665* durch die Reichskanzlei diktiert. Um dem ihrigen eine grössere Verbreitung zu verschaffen, liessen es die vereinstädtischen Deputierten zu Regensburg drucken.

Bei den nunmehr am Reichstage stattfindenden Beratungen über die elsässische Frage entschloss man sich, die Angelegenheit der Lehen von Metz, Toul und Verdun mit derselben zu verbinden, da Beides bereits zu Münster in einem Schreiben an den König von Frankreich zusammen vorgebracht worden war. Auf das Betreiben der Elsässer

Digitized by Google

gab das städtische Kollegium diese Verbindung erst zu, als die höheren Kollegien versicherten, dass die Landvogteisache dadurch keine Stunde verzögert würde. Am 8. März fasste dann der Reichstag den Beschluss, die Beschwerden der zehn elsässischen Vereinstädte und speziell der Stadt Hagenau durch die für diese Sache bereits früher vom Reiche bezeichneten Deputierten dem königlichen französischen Plenipotentiar zuzustellen und hierüber, sowie über die vorigen Memorialien, eine königliche Resolution zu begehren, ausserdem aber den König von Frankreich selbst in einem Schreiben von Reichs wegen um diese Resolution zu ersuchen und ihm die Erledigung der Beschwerden etlicher Reichsstände wegen ihrer Lehen von den Bistümern Metz, Toul und Verdun zu empfehlen.

Bevor dieser Reichsschluss zur Ausführung kam, sahen sich sowohl Hagenau als Colmar veranlasst, neue Klagen an das Reich und den Kaiser zu richten. In einer am 20. April [st. n.] bei der Reichskanzlei eingereichten Schrift schilderten der Magistrat und der Rat von Hagenau, wie am 1. April der Unterlandvogt im Rat erschien, das Protokoll der am 2. März vorgenommenen Wahl eines regierenden Stättmeisters zerriss, den abgesetzten Stättmeister nach Entfernung des neuen eigenhändig auf den Präsidentenstuhl zurückführte und die Auslieferung des Stadtsiegels und der Archiv- und Torschlüssel erzwang. Nicht einmal während der Besetzung der Stadt durch den Feind seien sie derart vergewaltigt worden. In Betreff der Colmarer Angelegenheit dagegen meldete ein am 11. April exhibiertes vereinstädtisches Memorial, dass nicht allein die Landvogteikammer zu Hagenau, sondern jetzt auch der königliche Rat zu Ensisheim sich der Gerichtsbarkeit über die Städte anmasse und gegen die Stadt Colmar, ihre Bürger und Beamten, welche diese Gerichtsbarkeit nicht anerkennen wollten, Kontumazurteile fälle und Arreste und Repressalien beschliesse. Er beanspruche nicht nur die Kompetenz der höchsten Reichsgerichte, sondern gehe noch weit darüber hinaus, da er den Städten entgegen den Reichkonstitutionen und ihren Spezialprivilegien nicht einmal mehr die erste Instanz zugestehe.

Trotz des fortwährenden Drängens der elsässischen Abgesandten verstrichen nach dem Reichsschluss vom 8. März 1665 mehrere Wochen,

Digitized by Google

bis die Reichsdeputation sich zu Gravel begab. Diese Verzögerung wurde, wie es hiess, dadurch hervorgerufen, dass das Kur-Mainzische Direktorium Gravel versprochen hatte zu warten, bis er auf das Memorial der Städte, das er sich unter der Hand verschafft und an seinen Hof geschickt hatte, eine königliche Erklärung erhalten habe.

Inzwischen beauftragte der Kaiser in einem Reskript vom 1. April [st. n.] seinen Legaten zu Regensburg, den Kur-Mainzischen Direktor Bertram zur Entwerfung des Briefes an den König aufzufordern und die elsässischen Städte zu standhafter Treue zu ermahnen und sie zu versichern, dass er Alles zu ihrer Erhaltung aufbieten werde. Als der Legat den vereinstädtischen Deputierten den Bescheid des Kaisers mitteilte, antworteten dieselben, dass die Städte von ihrer Treue gegen das Reich nie lassen würden, wenn sich Kaiser und Reich ihrer annähmen, klagten aber darüber, dass sie während ihres zweijährigen Aufenthalts zu Regensburg noch so wenig ausgerichtet hätten. Der Kaiser ersuchte ausserdem noch die Kurfürsten in einem direkten Schreiben, ihre Abgeordneten dahin zu instruieren, dass die Regelung der elsässischen Angelegenheit nicht weiter verschoben und die bedrängten Städte aus ihrer Notlage befreit würden. In seiner Resolution über das Reichskonklusum erklärte er sich auch mit der Absendung eines Schreibens an den König von Frankreich einverstanden und sprach den Wunsch aus, von den Ständen zu erfahren, „wie sie vermeinen, dass selbiges zu Erhebung des vorgezielten Zwecks einzurichten sein möchte."

Am 26. April verfügte sich endlich die ebenso wie im vorigen Jahre zusammengesetzte Reichsdeputation zu Gravel. Sie übergab ihm die neuen Beschwerdeschriften der elsässischen Städte und bedeutete ihm, dass das Reich beschlossen habe, wegen des Landvogteigeschäfts auch an den König von Frankreich zu schreiben. Gravel erwiderte, die vereinstädtischen Deputierten hätten weder in ihrem ersten Gespräch mit ihm, noch in dem ersten städtischen Memorial von der Rückgängigmachung des zu Hagenau geleisteten Eides gesprochen. Als sie dieses Begehren in ihrem zweiten Gespräche vorgebracht hätten, habe er an seinen König geschrieben und zur Antwort erhalten, Seine Majestät werde sich vor der Anerkennung des Hagenauer Eides von Seiten der Städte in keinen Vergleich mit ihnen

Digitized by Google

einlassen. Das frühere Verhältnis der Städte zur Landvogtei sei dadurch verändert, dass der König die Landvogtei nicht unter den gleichen Bedingungen wie Oesterreich besitze, sondern mit voller Souveränität. Das Bestreben der Elsässer gehe einzig dahin, Feindschaft zwischen Frankreich und dem Reiche zu stiften.

Die Antwort der vereinstädtischen Deputierten auf diesen Bescheid Gravels erfolgte in einem lateinischen Memorial, das am 29. Mai der Reichskanzlei zugestellt und am 3. Juni diktiert wurde. Die elsässischen Städte, so erklären ihre Vertreter, hätten nicht aus Feindschaft gegen Frankreich den ihnen zugefügten Schaden bei Kaiser und Reich angezeigt, sondern weil sie als unmittelbare Reichsstände durch ihr Gewissen und ihren Eid dazu verpflichtet gewesen seien. Auch hätten sie niemals Anklage gegen den König erhoben, sondern stets nur die Bitte ausgesprochen, derselbe möge seinen Ministern alle weiteren Uebergriffe im Elsass verbieten und den Streit durch gütlichen Vergleich dem Friedensvertrag gemäss beilegen lassen. Ihr Bestreben gehe also vielmehr dahin, einem Konflikt zwischen Frankreich und dem Reiche vorzubeugen. Was den Hagenauer Eid betreffe, so hätten die vereinstädtischen Deputierten, als sie den französischen Gesandten am 14. Juli 1663 zum ersten Male besuchten, allerdings nicht davon gesprochen, weil dieser Besuch bloss ceremoniellen und nicht geschäftlichen Charakter gehabt habe. Aber schon bei der zweiten Zusammenkunft, am 4. August desselben Jahres, hätten sie die Angelegenheit vorgebracht, und seitdem immerfort wiederholt und auch in mehreren von der Reichsdiktatur veröffentlichten Memorialien dargelegt, dass der Eid nicht bestehen bleiben könne. Bereits in den nächsten Tagen nach der erzwungenen Eidleistung, also schon vor der Eröffnung des Reichstags, hätten die Städte dem Kaiser den ganzen Sachverhalt berichtet und dann auch bei den Kurfürsten gegen die erlittene Gewalt protestiert. Der Kaiser habe im März 1662 deshalb an die Kurfürsten geschrieben, und die Sache sei an den Reichstag verwiesen worden. Die Städte überlassen demnach jetzt dem Reiche die Entscheidung, ob der Hagenauer Eid ohne Schaden für ihre Reichsunmittelbarkeit in Kraft bleiben könne, und bitten nochmals, man möge nach so vielen Reichsschlüssen und kaiserlichen Reskripten endlich einmal das Schreiben an den König von Frankreich abgehen lassen.

Digitized by Google

Diese Antwort auf Gravels Erklärung sowie die letzte Beschwerdeschrift über die Ensisheimer Prozesse liessen die elsässischen Deputierten in den nächsten Tagen zusammen zu Regensburg drucken; auch das deutsche Memorial, welches sie vor anderthalb Jahren an das Reich gerichtet, wurde jetzt durch den Druck veröffentlicht.

Am 29. Mai hatten Schneider und Schultz wieder eine Audienz bei dem französischen Gesandten und stritten anderthalb Stunden mit ihm wegen des Hagenauer Eides, ohne zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Das letzte Wort Gravels war, es sei sonnenklar, dass die Städte den Eid zu leisten hätten; die übrigen Punkte seien allerdings etwas zweifelhaft, und es würde sich davon reden lassen!

Auf das Drängen des Kaisers, der Interessenten und des städtischen Kollegiums konnte der Reichstag jetzt nicht mehr umhin, sich wieder mit der elsässischen Angelegenheit zu beschäftigen. Er beschloss am 3. Juni, nächstens in allen drei Kollegien darüber zu beraten. Durch diesen Beschluss sowie durch das letzte vereinstädtische Memorial wurde der königliche Plenipotentiar gewaltig alarmiert, wie die Colmarer Deputierten nach Hause berichten. Er fuhr bei allen Gesandten in der Stadt herum und suchte die Sache mit Worten zu „unterbauen".

Die Beratungen im Reichstag zogen sich längere Zeit hin, da in den drei Kollegien verschiedene Meinungen herrschten. Der Vorschlag einiger „treuen Patrioten" aus dem Städterat, man solle die Memorialien der Elsässer genau untersuchen, über den Eid, die vier Propositionspunkte und die Gerichtsbarkeit einen Reichsschluss machen und nur *ratione illiquidorum* Schiedsrichter begehren, wurde von den höheren Kollegien zurückgewiesen. Aber auch über den Wortlaut des Schreibens an den König hatte man Mühe sich zu einigen, indem die Kurfürsten jeder schärferen Fassung widerstrebten. Am 9. August 1665 kam endlich das Schreiben im Plenum zu Stande. Es ist im Namen des gesamten Reichs in lateinischer Sprache abgefasst und hat folgenden Inhalt.

Die zehn verbündeten Reichsstädte im Elsass haben sich sowohl bei dem Kaiser und seinem obersten Kommissar beim Reichstage, dem Erzbischofe von Salzburg, als auch bei den Ständen beklagt, dass sie entgegen der im Friedensvertrag ihnen vorbehaltenen Reichsunmittelbarkeit von den Beamten der Hagenauer Landvogtei und

Digitized by Google

von anderen königlichen Ministern bedrängt, der Gerichtsbarkeit des Reiches entzogen und zu einem ungewohnten Huldigungseid gezwungen würden, wie die beiliegenden Memorialien zeigen, und dass ihnen von den königlichen Zollpächtern neue oder ungewöhnlich hohe Zölle trotz ihrer Privilegien abgefordert würden. Ausserdem haben sich die Reichsstände, welche Lehen von den an Frankreich abgetretenen Bistümern Metz, Toul und Verdun haben, beschwert, dass man es unternehme, die königliche Gerichtsbarkeit auch ausserhalb des Gebietes der Bistümer über sie auszudehnen.

Da die versammelten Stände aber wissen, dass dem Könige zu sehr an der Aufrechterhaltung des Münsterschen Friedens gelegen ist, als dass er eine Verletzung desselben erlauben könnte, so bitten sie ihn, den Streit über die Rechte des Reichs und der Landvogtei durch einen gütlichen Vergleich schlichten zu lassen, zu diesem Zwecke Schiedsrichter zu ernennen, was auch von Seiten des Reiches und der elsässischen Städte geschehen soll, und seinen Beamten jedes rechtswidrige Vorgehen gegen die Städte und die Lehnsträger zu verbieten.

Am Schlusse wird noch ausdrücklich erwähnt, dass dies Schreiben zwischen dem Kaiser, seinem Kommissar und den Reichsständen vereinbart worden sei.

Von dem ersten Beschlusse des Reichstages, in der elsässischen Angelegenheit an den König zu schreiben, bis zur Abfassung des Briefes waren also über sechzehn Monate verstrichen. Neue Schwierigkeiten machte die Ausfertigung des Schriftstücks, insofern die Evangelischen beim Titel des Erzbischofs von Salzburg als Legaten anstatt der Formel *sanctae sedis apostolicae* nur *sedis Romanæ* gebrauchen wollten. Der Streit wurde dadurch gehoben, dass der Erzbischof auf die Erwähnung seines Legatentitels verzichtete. Auch auf Seiten Gravels stiess man auf neue Hemmnisse, indem er sich weigerte, die Beilagen anders als in lateinischer Sprache anzunehmen. „Es quälet dieses Geschäft einem das Mark aus den Beinen, — schreibt der Colmarer Stättmeister Schneider — und wann man schon einen *Scopulum* überstiegen, so erwachsen alsbald andere.“ Um keine Zeit zu verlieren, entschloss man sich die deutschen Memorialien wegzulassen; und so wurde denn endlich am 24. August das Schreiben

Digitized by Google

des Reiches an Ludwig XIV. samt den drei letzten lateinischen Beschwerdeschriften der Vereinstädte und den zwei der Stadt Hagenau dem französischen Gesandten offiziell überreicht. Derselbe versprach, seinen Bruder damit an den Hof zu schicken und durch ihn dort ausführliche Information erteilen zu lassen.

In der nächsten Zeit hiess es, Gravel wolle das Landvogteigeschäft ausserhalb von Regensburg verhandeln lassen, was bei den Elsässern grosse Bestürzung hervorrief. Der Colmarer Syndikus Schultz, der sich damals in eigenen und in Kreisangelegenheiten längere Zeit zu Frankfurt aufhielt und dazwischen auch mit seiner Frau die Badekur zu Wiesbaden gebrauchte, reiste deshalb zum Kurfürsten von Mainz und bat ihn, die Krone von Frankreich von diesem Vorhaben abzubringen. Die Verlegung des Schiedsgerichts würde den Städten grosse Kosten verursachen, da sie ihre Schiedsrichter dann unterhalten müssten; vor Allem aber käme man fern vom Reichstage zu keinem definitiven Ergebnis, „indem bei den Städten *caput et cauda negotii autoritas et consensus imperii* sein müsse". Der Kurfürst glaubte nicht, dass Frankreich wirklich einen Ortswechsel beabsichtige, versicherte aber, dass er einem etwa dahin zielenden Vorschlag entgegentreten würde. Er zeigte sich in vielen Punkten den Städten so günstig gesinnt, dass Schultz aus der zweistündigen Audienz den Eindruck mitnahm, es sei an seinem aufrichtigen Wohlwollen nicht zu zweifeln.

Im Elsass gab die französische Verwaltung den Städten immer wieder Anlass zu neuen Klagen; so wurde jetzt den Colmarern ein Zoll für die durch das königliche Territorium in ihre Stadt geführten Trauben dem Herkommen entgegen gefordert. Daniel Schneider, dem in Abwesenheit seines Kollegen Schultz die Besorgung der vereinstädtischen Geschäfte oblag, teilte die neue Belästigung Colmars dem österreichischen Gesandten Hocher mit, und dieser versprach, bei seiner bevorstehenden Anwesenheit am Hofe dem Kaiser die Angelegenheit vorzutragen und ihm überhaupt die Vereinstädte bestens zu empfehlen.

Gravel, bei dem sich der Colmarer Deputierte am 5. Oktober gleichfalls beschwerte, zeigte sich bestürzt und versicherte, der Intendant Colbert habe ernstlichen Befehl erhalten, keine Ursache zu

Digitized by Google

ferneren Klagen zu geben, sondern gute Nachbarschaft mit den Städten zu pflegen. Auf das Vorbringen Schneiders, Colbert habe sich Colmar gegenüber *defectu potestatis* entschuldigt, erwiderte er, es müsse wohl wahr sein, dass die Befugnisse dieses Beamten sich nicht auf die Zollsachen erstreckten, sonst würde er es nicht selbst eingestehen. Die *Fermiers généraux* unterständen allerdings nur der *Grand'ferme* in Paris, und in dem ganzen Königreich habe kein Intendant etwas mit ihnen zu tun. Wie dem auch sei, sobald ausführlicher Bericht von Colbert eingelaufen, werde er selbst an den königlichen Hof schreiben. Sodann vertraute der französische Gesandte seinem Besucher unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, dass die Antwort des Königs auf das Schreiben des Reichs nunmehr eingetroffen sei, und dass Seine Majestät sich darin zu einem gütlichen Vergleich erbiete und Schiedsrichter bezeichne. Dies seien aus dem Kurfürstenkollegium Mainz und Cöln, aus dem Fürstenkollegium Bremen und Kassel.

Dasselbe erfuhr Schneider am 11. Oktober von dem Kur-Mainzischen Direktor Bertram. Dieser meinte, man könne das Landvogteigeschäft wohl der Entscheidung der bezeichneten Stände übergeben und zur Vermeidung von Weitläufigkeiten von der Ernennung weiterer Schiedsrichter absehen. Der Vertreter Colmars bestand aber darauf, dass auch das städtische Kollegium, um dessen Mitglieder es sich gerade handle, Schiedsrichter wählen solle.

Auch Gravel sprach sich einige Tage darauf Schneider gegenüber in demselben Sinne wie Bertram aus. Die Vereinstädte, äusserte er, hätten sich stets erboten, ihr Anliegen den Reichsständen anheimzugeben; da nun der König deren vier als Schiedsrichter bezeichnet habe, so wollten sie auf gleichem Fusse mit ihm stehen und ebenso viele ernennen. Hierdurch würde aber die Angelegenheit wieder ins Stocken geraten. Der Colmarer Stättmeister erwiderte, nicht nur die Städte, sondern das Reich selbst würde an der einseitigen Wahl von Schiedsrichtern durch Frankreich Anstoss nehmen.

In einer am 23. Oktober 1665 abgehaltenen Konferenz machte der königliche Plenipotentiar den Deputierten Schneider und Heinrichs in Gegenwart des Herrn Bertram Vorwürfe, dass die elsässischen Städte abermals durch eine Deputation bei Kur-Mainz Klage geführt, und

Digitized by Google

dass Hagenau dem Reiche neue Beschwerdeschriften übergeben habe. Wenn man täglich neue Memorialien einreiche, so könne er sich in keine Verhandlungen mehr einlassen. Schneider erklärte, dass er von einer Deputation an den Kurfürsten nichts wisse. Herrn Schultz, der sich in Privatangelegenheiten zu Frankfurt aufhalte, habe er allerdings aufgefordert, dem Erzkanzler aufzuwarten, um dessen Ansicht zu vernehmen, nicht aber um Klagen vorzubringen. Was die Stadt Hagenau betreffe, so hätten die vereinstädtischen Abgesandten keine Kommission von ihr.

Durch solche Finten, meinte der Colmarer Abgesandte in einem Briefe an seine Auftraggeber, bezwecke Gravel lediglich, die Übergabe des königlichen Schreibens möglichst lange zu verschieben. Den schwedischen Gesandten Snoilsky, der ihn deshalb zur Rede stellte, versicherte der französische Diplomat, dass der einzige Grund, warum die Antwort seines Königs noch nicht publiziert werde, der Wunsch der Schiedsrichter selbst sei, zuvor die Ankunft der an sie gerichteten Partikular-Schreiben vom Hofe zu erwarten. Weshalb diese noch nicht eingetroffen, wisse er nicht. Dass die Beschwerden im Elsass sich häufen, geschehe gegen seinen Willen; er habe wiederholt deshalb an Colbert geschrieben, aber bis jetzt noch keine genügende Antwort erhalten. Er vermute, dass die Zollpächter auf eigene Faust gehandelt haben.

Als Gravel am 7. November auf einer Hochzeit mit Schneider zusammen war, verwies er ihn auf diese Erklärungen an Snoilsky und trank ihm zu mit den Worten: „*Monsieur, ne perdez point la patience, le retardement sera récompensé par une bonne résolution.*“ Einige Tage darauf teilte er ihm in einer Audienz mit, dass er seinen Bruder express nach Paris geschickt habe, um, falls Colbert *propria autoritate* nicht zu remedieren vermöge, die Sache dem Könige selbst von Mund zu Mund vorzutragen. Es solle den Fermiers, wenn sie ohne königlichen Befehl gehandelt, nichts geschenkt werden. Um seinen guten Willen zu zeigen, holte Gravel den Brief des Königs hervor und liess ihn Schneider durchlesen.

Am 28. November konnte endlich nach Colmar berichtet werden, dass die Antwort Ludwigs XIV. auf das Schreiben des Reichs nunmehr der Reichskanzlei übergeben worden sei. In diesem vom 18. September [st. n.] datierten Schriftstück spricht der König zunächst seine Ver-

Digitized by Google

wunderung aus über die vom Reiche ihm mitgeteilten Klagen, welche die zehn Städte im Elsass und die Lehnsträger der Bistümer Metz, Toul und Verdun gegen seine Minister erhoben haben. Bei genauerer Untersuchung derselben und reiflicher Prüfung der bis jetzt von Gravel auf seinen Befehl erteilten Antworten hätten die Stände ohne Zweifel eingesehen, dass diese Klagen entweder nicht wohl begründet sind oder sich auf Verhältnisse beziehen, die eine zwiefache Auslegung zulassen. Um indessen sein so oft bezeugtes Verlangen nach Aufrechterhaltung des Münsterschen Friedens nochmals zu bekunden, gebe er zu, dass durch unparteiische Leute die vorgebrachten Beschwerden untersucht und die Streitigkeiten dem Friedensvertrage gemäss geschlichtet würden. Hierzu habe er die guten Dienste der Kurfürsten von Mainz und von Köln, der Krone Schweden als Reichsstandes und des Hauses Hessen erbeten. Auch werde er seinen Beamten befehlen, keine Veranlassung zu ferneren Klagen zu geben. Im Übrigen verweise er die Stände in dieser Sache an seinen Bevollmächtigten Gravel.

Die Reichsstände und besonders der Fürstenrat nahmen daran Anstoss, dass das königliche Antwortschreiben in französischer und nicht, wie es der bisherige Brauch erforderte, in lateinischer Sprache abgefasst war. Die Elsässer befürchteten, es möchten Ungelegenheiten hieraus entstehen, indem künftighin das Reich auch bei der deutschen Sprache würde bleiben wollen.

Es handelte sich jetzt darum, auch von Seiten des Reichs Schiedsrichter zu bestimmen. Gravel gab seinen früher hiergegen erhobenen Einspruch in einer Unterredung mit Schneider ausdrücklich auf. Die Ernennung sollte zwar durch das Reich erfolgen, doch wurden die beteiligten Städte aufgefordert, einen Vorschlag zu machen. Auf den Rat des immer noch zu Frankfurt weilenden Syndikus Schultz nahm man Kur-Mainz, Kur-Sachsen, Österreich und die Stadt Regensburg in Aussicht. Wenn die Städte den Kurfürsten von Mainz, der schon von Frankreich zum Schiedsrichter erwählt war, auch ihrerseits dazu bezeichneten, so geschah es, damit er als Reichskanzler und Direktor den Vortritt behielte und keine Streitigkeiten hierüber entstünden. Der Kurfürst war anfangs gewillt, der Aufforderung der Elsässer zu entsprechen, doch am 13. Januar 1666 liess er Schultz wissen, dass er dies aus wichtigen Gründen nicht tun könne. Die drei anderen Stände

Digitized by Google

dagegen sagten ihre Mitwirkung zu. Anstatt Kur-Mainz suchten nun die Städte den Erzbischof von Salzburg zu gewinnen, doch dieser entschuldigte sich, indem er darauf hinwies, dass er als kaiserlicher Kommissar ihnen besser dienen könnte, wenn er freie Hand behielte. Schliesslich trat der Bischof von Konstanz in die Lücke ein. Er wurde hauptsächlich von den Lehnsträgern der drei Bistümer, welche bei der Wahl des Schiedsgerichts mit den elsässischen Städten gemeinsame Sache machten, als ausschreibender Fürst des schwäbischen Kreises dazu gewünscht.

Die vereinstädtischen Deputierten gaben am 26. Januar 1666 ein Memorial beim Reichstag ein, worin sie die vom französischen König zu Schiedsrichtern ernannten Stände unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch das Reich als solche anerkannten und diesem auch die Wahl der anderen Schiedsrichter anheimstellten, sich aber erboten, bei einigen Ständen deshalb anzufragen. Am 7. März wurde darauf in allen drei Kollegien beschlossen, dass die Schiedsrichter von den Vereinstädten vorgeschlagen und vom Reiche ermächtigt werden sollten. Auf den Antrag der Städte bezeichnete dann der Reichstag am 9. März Kur-Sachsen, das Haus Österreich, den Bischof von Konstanz und die Stadt Regensburg; zugleich beschloss er, die Namen Herrn Gravel durch das Reichsdirektorium mitzuteilen und ihn zu fragen, ob er die unmittelbare Reichsritterschaft im Elsass, welche einige Beschwerden beim Reiche vorgebracht habe, auch zum Schiedsgericht zulassen wolle. Das Reichsgutachten hierüber wurde, nachdem sein Wortlaut noch mehrfache Veränderungen erfahren, am 7. April dem Erzbischof von Salzburg zur Erwirkung einer kaiserlichen Resolution eingehändigt. Letztere kam auch bald in Regensburg an und enthielt die Ratifikation des Reichsgutachtens. Beides konnte nunmehr dem französischen Gesandten überreicht werden. Dieser bemängelte jedoch die Fassung der Schriftstücke und begehrte, dass dieselben nochmals in die Reichskollegien gebracht und abgeändert würden.* Schliesslich einigte man sich dahin, dass die Wahl der vier Schiedsrichter Gravel nur mündlich notifiziert werden sollte, was auch am 22. Mai durch das Reichsdirektorium geschah.

* Die Korrespondenz der Deputierten mit Colmar hat hier einige Lücken. — *S. Bardot a. a. O. 198.*

Digitized by Google

Es verstrichen nun mehrere Wochen, ohne dass eine Antwort von Seiten Frankreichs erfolgte. Der Grund davon war, dass Ludwig XIV. sich weigerte, das Haus Oesterreich als Schiedsrichter anzuerkennen. Gravel eröffnete den Deputierten Schultz und Heinrichs am 2. August, dass er schon vor längerer Zeit die Resolution des Königs erhalten habe, und dass derselbe sich mit der Wahl der Schiedsrichter bis auf Oesterreich einverstanden erkläre. Der Kaiser sei in dem Streite selbst Partei und könne deshalb nicht als Haupt des Hauses Oesterreich zugleich Richter sein. Der Erzbischof von Salzburg habe dies auch eingesehen, als er sich wegen seiner Eigenschaft als kaiserlicher Kommissar weigerte, das Schiedsrichteramt zu übernehmen. Der Beschluss des Königs sei bereits dem Kur-Mainzischen Direktorium mitgeteilt worden, doch sei er noch nicht veröffentlicht, weil man die Sache in Ordnung zu bringen suche, ohne den Kaiser zu beleidigen.

Da eine direkte Rekusation Oesterreichs vermieden werden sollte, so fand Gravel keinen andern Ausweg, als in der bald darauf abgegebenen offiziellen Antwort darauf zu bestehen, dass das Schiedsgericht nur aus den vier von Frankreich bezeichneten Reichsständen gebildet werden solle.

Die hierdurch geschaffene Lage wurde am 10. August zwischen den elsässischen Deputierten und dem österreichischen Gesandten Hocher ausführlich besprochen. Letzterer meinte, „er müsse bekennen, dass es ein Geschäft sei, dazu einer fast sonderbare Erleuchtung vom heiligen Geist gebrauche, wann er nicht anstossen wolle.“ Beständen der Kaiser und das Reich auf ihrer Wahl, wofür sie genug Gründe hätten, so möchte Frankreich dies vielleicht gern sehen, weil aus dem Schiedsgericht nichts würde; gäben sie aber nach, so wäre es wider ihre Ehre und Reputation. Er wisse recht wohl, dass es den Franzosen nur um die Ausschliessung des Hauses Oesterreich zu tun sei, und dass man dasselbe nur zur Vermeidung eines allzu grossen Anstosses nicht direkt zurückgewiesen habe. Es sei ihm zwar noch keine Instruktion vom Hofe zugegangen, doch glaube er, der Kaiser „werde sich bei der Sache verhalten wie ein Vater und lieber etwas an seiner Reputation leiden und wegen seines Hauses vom Arbitrio wieder abstehen als sehen wollen, dass aus dem

Digitized by Google

Geschäft bei diesem Reichstag nichts werde, und die Städte unter der Bedrängnis stecken bleiben."

Da der freiwillige Rücktritt Oesterreichs indessen lange auf sich warten liess, so wurden inzwischen mancherlei Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien gepflogen. Die Reichsstädte des oberen Elsasses hielten deshalb eine Tagung zu Colmar ab und erklärten in der dort vereinbarten Instruktion für ihre Deputierten zu Regensburg, dass sie es bei den vier von Frankreich ernannten Schiedsrichtern in Gottes Namen wollten bewenden lassen. Ein anderer, von Pfalz-Veldenz als Lehensinteressenten gemachter Vorschlag ging dahin, dass Frankreich sowohl als das Reich je zwei ihrer Schiedsrichter ausschalten sollten.

Um die bald ins Stocken geratene Angelegenheit wieder in Fluss zu bringen, richteten die vereinstädtischen Abgesandten im Namen ihrer Auftraggeber am 20. Oktober 1666 eine lateinische Denkschrift an das Reich. Sie drückten darin ihr Befremden aus, dass der französische König, entgegen dem römischen Recht und dem bei allen gesitteten Völkern geübten Gebrauche die beiderseitige Wahl des Schiedsgerichts nicht zugeben wolle, und stellten die Entscheidung hierüber den Ständen anheim, indem sie noch einmal darauf hinwiesen, dass ihre bedrängte Lage eine baldige Abhilfe erheische.

Wenn Philipp Schultz, der Verfasser des Memorials, welcher seit der im Juni 1666 erfolgten Abreise Schneiders die Verhandlungen zu Regensburg selbständig führte und bei der Colmarer Ratsänderung im August dieses Jahres zum Stättmeister gewählt worden war, es jetzt nicht mehr für zweckmässig hielt, der früher empfangenen Instruktion gemäss sich dem Begehren Frankreichs zu fügen, so verliess er sich auf eine ihm neuerdings gegebene bestimmte Versicherung Hochers, dass das Haus Oesterreich freiwillig zurücktreten werde, um einem anderen Reichsstande Platz zu machen. Ueber die Einzelheiten dieser Unterhandlungen wurde eigentlich nur Colmar auf dem Laufenden erhalten, und Schultz mahnte sogar seinen Kollegen Heinrichs wiederholt zur Vorsicht in den Berichten an die Schlettstadter. „Ich sehe aus derselben Leute Schreiben wohl, dass sie die Sache nicht begreifen, vacilliren in ihren Schreiben und werden über die geringste vorfallende Verhinderung kleinmütig."

Digitized by Google

Während sich immer neue Schwierigkeiten der Bildung des Schiedsgerichts entgegenstellten, mehrten sich im Elsass die Konflikte zwischen den Städten und den französischen Behörden. Namentlich Colmar beschwerte sich über fortwährende Belästigungen durch den Intendanten Colbert. In Weissenburg setzte der Unterlandvogt unbefugterweise einen Stadtvogt ein, worauf der Rat letzterem die Ausübung seines Amtes verbot. Diese Vorgänge veranlassten die vereinstädtischen Deputierten wiederholt, sich an den königlichen Plenipotentiar zu wenden, um seine Vermittlung anzurufen. Von einer am 2. Januar 1667 bei Gravel gehabten Audienz berichtet Schultz: „Im Uebrigen haben wir einander mit lustigem Gespräch aufgehalten, so viel als jemalen. Unter anderem ist auch vorkommen, dass die Landvogtei hiebevor durch 50 000 f. an das Haus Oesterreich kommen. Ich habe darauf im Namen der Stadt Colmar, doch auf Ratifikation und allein im Scherz offeriert, wann der König die Landvogtei-Jura nur allein auf Colmar quittieren wolle, dass man würde auf Mittel bedacht sein, 50 000 f. dafür zu geben. Er aber hat hingegen 500 000 f. gefordert, und so sind wir des Kaufs nicht eins worden."

Nachdem in den ersten Tagen des Jahres 1667 der Rücktritt des Kaisers vom Schiedsgericht kundgegeben worden war, kam am 16. Januar ein Reichsgutachten in der elsässischen Angelegenheit zu Stande. Es heisst darin, das Reich habe bei Erwägung des letzten Vorschlags des französischen Königs befunden, „dass ihm von der allbereits geschehenen Nomination wieder abzustehen disreputierlich und verkleinerlich sein würde", und deshalb beschlossen, dabei zu beharren. Da nun aber das Haus Oesterreich „solchen Arbitrii aus gewissen seithero vorgefallenen Ursachen gern entübrigt sein möchte", doch unter der Bedingung, dass auf den Vorschlag der Interessenten ein anderer Reichsfürst surrogiert und die kaiserliche Resolution darüber eingeholt würde, so habe das Reich den Bischof von Eichstädt zum Schiedsrichter bezeichnet.

Ueber die Person des neu zu wählenden Schiedsrichters, der ein Katholik und ein Mitglied des Fürstenrats sein musste, hatten sich die Interessenten schon seit mehreren Wochen geeinigt. Der Bischof von Eichstädt trug zuerst Bedenken, das Schiedsrichteramt zu übernehmen, gab aber schliesslich den an ihn gerichteten Bitten nach.

Digitized by Google

Die kaiserliche Bestätigung des Reichsgutachtens wurde am 12. März den Ständen mitgeteilt, worauf der definitive Reichsschluss am 17. März dem französischen Gesandten vom Reichsdirektorium zugestellt werden konnte. Gravel versprach, die Zustimmung seines Königs baldigst zu erwirken.

Während das Landvogteigeschäft sich endlos hinschleppte, erregte damals ein innerhalb des Colmarer Magistrats ausgebrochener Konflikt grosses Aufsehen nicht nur im Elsass, sondern auch zu Regensburg und selbst am kaiserlichen Hofe. Der Colmarer Deputierte Daniel Schneider, der neben seiner Gesandtschaft am Reichstage und seiner Stättmeisterwürde noch die einträglichen Aemter eines St. Peterspflegers und eines französischen Syndikus inne hatte, war im Juni 1666 gegen den Willen seiner Auftraggeber nach Hause zurückgekehrt. Es wurde ihm deshalb am 11. Dezember durch Ratsbeschluss die St. Peterspflege genommen und von seiner Syndikats-Bestallung 50 Kronen abgezogen. Da er sich aber weigerte, diesem und anderen Ratsbeschlüssen zu gehorchen und direkt an den Kaiser appellierte, ausserdem aber seine Kollegen in den Ratssitzungen beschimpfte und verschiedene andere Exzesse beging, so sprach ihm der Schöffenrat am 4. Februar 1667 seine sämtlichen obrigkeitlichen Aemter und Ehrenstellen ab. Die Exekution erfolgte noch an demselben Tage, indem der Widerspenstige mit Waffengewalt aus seiner Wohnung zu St. Peter ausgetrieben, und ihm alle amtlichen Akten weggenommen wurden. Obgleich die Stadt Strassburg ihre Vermittlung anbot, und der Kaiser selbst zur Versöhnung riet, kam es zu einem Prozess am Reichshofrat, der sich mehrere Jahre hinzog.

An Stelle Schneiders wurde der städtische Archivverwalter Anton Schott, Licentiat der Rechte zum Spezialdeputierten der Stadt Colmar auf dem Reichstag ernannt. Er erhielt zugleich den Auftrag, in Wien dahin zu wirken, dass die Schneidersche Sache nach Colmar zurückverwiesen würde. Dem Philipp Schultz, der für seinen abgesetzten Kollegen Partei ergriffen hatte, sollte er diese Haltung im Namen des Magistrats vorwerfen.

Schott kam am 24. Mai 1667 in Regensburg an und machte in den nächsten Tagen Besuche bei den vornehmsten Diplomaten. Alle sprachen von Schneider und wunderten sich, dass dieser Mann, der stets bescheiden aufgetreten war, „sich dergestalten übernommen

Digitized by Google

habe.“ Schultz hiess seinen neuen Kollegen willkommen und erklärte ihm, er billige Schneiders Exzesse zwar keineswegs, doch könne er nicht finden, dass dessen Vergehen gross genug sei, um die Entziehung sämtlicher Ehrenstellen zu rechtfertigen. Gravel liess sich mit Schott gleich bei seinem Antrittsbesuche in eine Erörterung über den Huldigungseid der Städte ein; er betonte namentlich, dass das *Dominium supremum* seinem Könige von dem Kaiser und dem Reich abgetreten worden sei, und dass keine Souveränität ohne die entsprechende Fidelität der Untergebenen bestehen könne. Schliesslich meinte er in Bezug auf das Haus Oesterreich: „*Nous avons eu un fort bon prédécesseur, qui n'a rien omis pour son avantage;*“ und fügte hinzu: „*Je sais bien que vous avez des chicaneurs entre vous autres, mais ne chicanez pas, si vous voulez sortir de l'affaire.*“

Da sich seine Legitimation beim Reichsdirektorium wegen der Abwesenheit des Kur-Mainzischen Prinzipalgesandten verzögerte, fuhr Schott am 4. Juni zu Schiff nach Wien. Hier verfocht er an den massgebenden Stellen das Interesse seiner Vorgesetzten gegen die Umtriebe Schneiders in einer Reihe von Denkschriften und in mündlichen Darlegungen. Er wurde zweimal vom Kaiser Leopold empfangen und trug demselben nicht nur diese Streitsache, sondern auch das Landvogteigeschäft ausführlich vor. Der Kaiser zeigte sich sehr gnädig, liess die Stadt Colmar seiner Gewogenheit versichern und versprach, beim bevorstehenden Schiedsgericht alles aufzubieten, um die Reichsunmittelbarkeit der Städte zu erhalten. Was die Schneidersche Angelegenheit betreffe, so wünsche er, dass sie zur Zufriedenheit des Magistrats beendigt werde, wenn er auch der Justiz nicht vorgreifen könne. Als besondere Auszeichnung liess er Schott eine goldene Kette samt einem Gnadenpfennig mit seinem Bildnis überreichen.

Der leidige Konflikt innerhalb des Colmarer Magistrats war damals besonders gefährlich, wie Schultz wiederholt von Regensburg aus berichtete. Es sei zu bedauern, dass jetzt, wo Frankreich beim Schiedsgericht grosse Schwierigkeiten machen werde, und die Städte alle ihre tüchtigen Leute nötig hätten, „die Stadt Colmar ein *Bellum intestinum* führe, und zween aus ihrer Mitte *in conspectu* Ihrer kaiserlichen Majestät gegen einander stehen und gleichsam wie zween Haushahnen auf einem Mist sich herumbeissen. Auf Seiten Frankreichs gebraucht

Digitized by Google

man sich dessen allbereit meisterlich, wie dann den Herren *Arbitris* in die Ohren gelegt wird, dass einige Städte ihre Bürger tyrannisieren, und daher der König der Jurisdiktion zu ihrem Schutz sich annehmen müsse; allegieren das Exempel Herrn Schneiders als Stättmeisters und repräsentieren, dass es eines geringen und armen Bürgers Gelegenheit und Vermögen nicht sein würde, wann er Unrecht leiden sollte, das Recht und seine Rettung von Wien oder durch langwierigen Prozess von Speier zu holen.

Digitized by Google

III.

Eröffnung des Schiedsgerichts. — Weigerung Frankreichs, die Aufhebung des den Städten auferlegten Eides der Treue zuzulassen. — Vorschlag einer neuen Eidformel durch das Schiedsgericht. (1667—1669)

Die Antwort Frankreichs auf den Reichsschluss wegen des Schiedsgerichts wurde erst am 23. Mai 1667 dem Reichsdirektorium zu Regensburg verkündet und lautete auf Annahme der vorgeschlagenen Stände, insbesondere des Bischofs von Eichstädt an Stelle Österreichs. Die von den acht Ständen zum Schiedsgericht delegierten Räte hielten zunächst einige vorbereitende Sitzungen ab und bestimmten am 16. Juli, dass die Zusammenkünfte auf dem Rathause stattfinden sollten, und dass das Verfahren schriftlich sein solle, indem sich die Schiedsrichter der deutschen, die Parteien hingegen der lateinischen Sprache zu bedienen hätten. Als dann Gravel das Rathaus als Tagungsort verwarf, wurde das Kur-Mainzische Quartier dafür ausersehen.

Die feierliche Eröffnung des Schiedsgerichts erfolgte am 13. September 1667 im Dominikanerkloster zu Regensburg, woselbst der Dompropst Franz Konrad von Stadion, Kur-Mainzischer Prinzipal-Abgesandter und Reichsdirektor, seine Wohnung hatte. An einem Tische inmitten des Zimmers sassen die subdelegierten Schiedsrichter, rechts davon Gravel und der landvögtische Rat Dr. Vering, links die Vertreter der bischöflichen Lehnsträger und daneben die Deputierten Schultz, Schott und Heinrichs wegen der Vereinstädte im Elsass und der Stadt Colmar im besondern. Der Kur-Mainzische Gesandte Hettinger, welcher den Vorsitz führte, frug die Parteien, ob sie bereit seien, „zu den Traktaten zu schreiten“?

Gravel antwortete in lateinischer Sprache, der König habe ihn beauftragt, folgende zwei Vorschläge zu machen, über welche er vor allem Andern eine Entscheidung begehre: 1) Die Verhandlungen möchten so geführt werden, dass über keine Angelegenheit an das Reich berichtet würde, bevor man darüber einig geworden sei. Wollte man nämlich wegen jeder auftauchenden Schwierigkeit an das Reich berichten, so entstünde die grösste Weitläufigkeit. 2) Der König

Digitized by Google

wünsche, dass der von den Städten ihm geleistete Eid der Treue nicht wieder in Frage gezogen werde. Er lasse aber erklären, dass er diesen Eid nicht auf die Reichsunmittelbarkeit, welche den Städten im Münster'schen Frieden vorbehalten wurde, sondern nur auf die Landvogtei beziehe. Die Oberherrlichkeit über die Landvogtei sei ihm zugleich mit derjenigen über die Landgrafschaft abgetreten worden. Wenn er die eine anzweifeln liesse, so wäre auch die andere gefährdet.

Philipp Schultz erwiderte darauf im Namen der Städte: Von den Postulaten Gravels betreffe das erste die Form der Verhandlungen, das andere aber die Substanz des Geschäfts. Er stelle die Entscheidung dem Schiedsgerichte anheim, das ja gerade zur Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten eingesetzt worden sei. Er danke aber für die Erklärung, dass der den Städten abgenötigte Eid, der die wichtigste von allen Streitfragen bilde, ihrer Reichsunmittelbarkeit keinen Eintrag tun soll. Der Streit sei zwar genugsam aus den Verhandlungen des Reichstags bekannt, damit aber die Angelegenheit in rechter Ordnung vorgenommen werde, übergebe er dem Schiedsgericht hiermit im Namen der Vereinstädte eine Schrift über die Landvogtei mit einer Anzahl gedruckter Urkunden.

Diese von Schultz selbst verfasste Schrift zerfällt in zwei Teile: der erste enthält ein Verzeichnis der Rechte, durch welche die Landvögte und die Städte von Alters her mit einander verbunden gewesen seien, im zweiten werden die von Frankreich neuerdings dem Herkommen zuwider beanspruchten Rechte aufgezählt. Als zur ersteren Gruppe gehörig werden genannt:

1) Das besondere Recht der Landvogtei oder der Protektion. 2) Die Ernennung des Oberlandvogts und 3) des Unterlandvogts. 4) Die jährliche Entrichtung eines Schutzgeldes durch die Städte, wovon jedoch Weissenburg, Landau und Türkheim befreit sind. 5) Der Bezug der Hälfte des Umgeldes von Colmar durch den Landvogt. 6) Die Ausstellung von Reversen durch den Ober- und den Unterlandvogt, vermittelst welcher dieselben eidlich versprechen, die Freiheit und die Privilegien der Städte zu beschützen. 7) Der Eid des beschränkten Gehorsams, den die Städte dem Ober- und dem Unterlandvogt leisten. An Stelle dieser Eide gibt Weissenburg ein blosses

Digitized by Google

Versprechen ab; Landau ist von dem Eide für den Unterlandvogt befreit. 8) Das auf besonderem Privileg beruhende Recht der Städte, die zwischen dem Landvogte und einer von ihnen ausgebrochenen Streitigkeiten durch gemeinsamen Schiedsspruch der übrigen zu schlichten. 9) Die an den Unterlandvogt zu richtende Anzeige von der jährlichen Ratserneuerung. Erscheint derselbe nicht, so wird die Ratswahl doch an dem bestimmten Tage vorgenommen; ist er aber zugegen, so hat er weder Stimme noch Einsprache. Von dieser Anzeige sind Weissenburg und Landau befreit; Oberehnheim beruft den Unterlandvogt nur auf den Tag, an dem die gesamte Bürgerschaft dem Reiche Treue schwört.

Ausser diesen alten Rechten werden jetzt von Frankreich noch folgende Forderungen gestellt:

1) Ein dem König unmittelbar zu leistender Eid der Treue. 2) Eine wesentliche Änderung der Reverse durch Einschiebung der höchst nachteiligen Klausel *en tant.* 3) Das Recht, über die kirchlichen Angelegenheiten zu entscheiden. 4) Die Verfügung über das Kriegswesen, namentlich das Recht zu befestigen und Besatzung einzulegen. 5) Die zum Teil für das Metzer Parlament, zum Teil für den Ensisheimer Provinzial-Rat und zum Teil für die Hagenauer Landvogtei-Kammer beanspruchte Konkurrenz in der Gerichtsbarkeit mit den höchsten Reichsgerichten. 6) Freier Durchzug und Quartier für die königlichen Truppen. 7) Die Gegenwart des Oberlandvogts bei der jährlichen Ratswahl. 8) Die Ernennung des Stadtvogtes von Weissenburg und 9) des Reichsvogtes zu Kaysersberg, Münster und Türkheim. 10) Die Steigerung der Zölle und die Erhebung derselben von Holz und Gegenständen, welche zum Acker- und Rebbau dienen, von Trauben, Mist etc.

Am Schlusse der Schrift bemerken noch die neun unterzeichneten Städte, dass sie die aufgezählten Punkte allein auf sich bezogen haben wollen, da ihnen die Verhältnisse zu Hagenau nicht bekannt seien.

Die nächste Sitzung des Schiedsgerichts fand ohne Berufung der Parteien am 1. November statt. In Betreff des ersten französischen Postulats wurde beschlossen, Gravel anzuzeigen, dass die Schiedsrichter nur im äussersten Notfalle an das Reich berichten wollten, aber wegen etwaiger „Emergentien“ nicht im Allgemeinen darauf verzichten könnten.

Digitized by Google

Das zweite Postulat lasse man einstweilen dahin gestellt. Da die Städte den Eid wirklich geschworen, also *Res* nicht mehr *integra* sei, so begehre das Schiedsgericht von ihnen eine Antwort auf Gravels Deklaration, dass der Eid ihrer Reichsunmittelbarkeit nicht schaden soll.

In dem am 13. November den Schiedsrichtern übergebenen Memorial bestanden die vereinstädtischen Deputierten zwar auf der Aufhebung des Eides, da sie aber wussten, dass sie mit dieser Forderung nicht durchdringen würden, wie sie wiederholt nach Colmar schrieben, so legten sie zugleich die *Rationes limitandi juramenti* dar. Der französische Plenipotentiar hat öffentlich erklärt, – so führt das Memorial aus — dass der von den Städten dem König geleistete Eid ihrer Reichsunmittelbarkeit keinen Eintrag tun soll. Dasselbe haben die mit der Abnahme des Eides im Jahre 1662 beauftragten Kommissare versprochen, indem sie hinzufügten, dass dieser Eid nicht zu wiederholen sei, da der König von Frankreich und die Städte niemals stürben. Hieraus ergibt sich deutlich, dass nur ein *Juramentum clientelare* vorliegt, nicht aber ein *Juramentum subjectionis et fidelitatis*, wie ihn die Städte allein dem Kaiser und dem Reiche schulden und jährlich leisten. Trotzdem haben die königlichen Beamten in ihrem Auftreten im Elsass der von Frankreich gegebenen Versicherung bisher wenig entsprochen. In der Voraussicht der nachteiligen Folgen haben die Städte auch stets gegen den abgenötigten Eid, der den Bestimmungen des westfälischen Friedensvertrags widerstreitet, energisch protestiert. Auf Grund der Landvogtei nämlich, deren alte Rechte dem Könige übertragen wurden, haben die Städte immer nur zwei Eide geschworen, den einen dem Oberlandvogt und den andern dem Unterlandvogt; einen dritten aus diesem Verhältnis abgeleiteten Eid hat weder das Reich, noch der Kaiser, noch Oesterreich je beansprucht. Da die vereinstädtischen Deputierten von ihren Prinzipalen die Anweisung erhalten haben, mit allem Nachdruck die Aufhebung des erzwungenen Eides zu fordern, so wollen sie sich hiermit ihres Auftrags entledigt haben.

Ueber die Natur des geleisteten Eides waren übrigens die beiden Colmarer Deputierten Philipp Schultz und Anton Schott verschiedener Meinung. Ersterer hielt denselben *pro juramento fidelitatis quamvis non formali*, letzterer wollte ihn nicht als solchen gelten lassen, weder

Digitized by Google

subjectiv, noch objectiv. Subjectiv sei er es nicht, da die Städte einen Eid der Treue weder ablegen wollten, noch konnten; objectiv sei er es nicht, da sie nur schwuren, dem Könige *cum fidelitate* dasjenige zu leisten, wozu sie auf Grund des Friedensvertrags verpflichtet seien, die *Fidelitas* also einen blossen Modus bezeichnete, Objekt des Eides aber die Erfüllung ihrer Verpflichtungen war.

Die Schiedsrichter kamen in den nächsten Wochen öfters zusammen, ohne so bald über die Antwort auf Gravels Deklaration einig zu werden. Die Mehrzahl hielt es für zweckmässig, den Eid zunächst unerörtert zu lassen und die übrigen *Gravamina tamquam effectus illius juramenti* zu untersuchen: Ein definitiver Beschluss wurde erst am 29. Januar 1668 gefasst und dann am 19. Februar den Parteien in feierlicher Sitzung verkündigt. Mit dem ersten Vorschlage Frankreichs, dass vor erzielter Uebereinstimmung nicht an das Reich zu berichten sei, erklärte sich das Schiedsgericht, im Gegensatz zu seiner früheren Ansicht, jetzt einverstanden. In Betreff des zweiten Punktes wurde folgender Spruch gefällt. Da die Städte nur geschworen haben, ihren auf dem Friedensvertrage beruhenden Verpflichtungen nachzukommen, die meisten Streitigkeiten mit den königlichen Beamten aber über die Frage entstanden sind, welches diese Verpflichtungen seien, so lässt man es bei der königlichen Deklaration über die Fortdauer der städtischen Reichsunmittelbarkeit bewenden und erachtet es für unnötig, sich weiter mit diesem Punkte aufzuhalten, um so mehr, als den Städten deshalb wohl kein Schaden droht, und die königlichen Minister den produzierten Akten nach versprochen haben, dass der Eid nicht wiederholt werden solle. Das Schiedsgericht hofft, der königliche Plenipotentiar werde nunmehr auch „zu den Traktaten schreiten." Dr. Vering, den Gravel mit seiner Vertretung beauftragt hatte, nahm den Schiedsspruch *ad referendum* an.

Es verstrich nun beinahe ein Vierteljahr, ohne dass man sich auf Seiten Frankreichs daraufhin vernehmen liess. Erst auf die dringenden Vorstellungen des Schiedsgerichts wurde endlich am 7. Mai 1668 der lange erwartete Bescheid veröffentlicht, und zwar zeigte er eine wesentliche Aenderung in dem bisherigen Verhalten Frankreichs. Der König, erklärte Gravel, halte es für das Angemessenste, dass man die Eidformel dem Friedensvertrag entsprechend gestalte, und würde sich

Digitized by Google

mit dem bereits empfangenen Eide nicht begnügen, falls sich herausstellen sollte, dass derselbe seiner Gerichtshoheit *(supremae jurisdictioni)* Eintrag täte. Die Zumutung, dass er nicht berechtigt sein soll, den Eid wiederholen zu lassen, sei mit der ihm abgetretenen Souveränität *(superioritas)* unvereinbar. Er habe daher seinem Gesandten befohlen, sich in keine andere Erörterung einzulassen, bevor dieser Punkt vollständig erledigt sei.

Hier also erhob der König, wie es Schultz und Schott in ihren Berichten an den Colmarer Magistrat betonten, zum ersten Male ausdrücklich den Anspruch auf die Souveränität und die höchste Gerichtsbarkeit über die Städte. Die elsässischen Deputierten verfassten alsobald eine Entgegnung und übergaben sie am 25. Mai den Schiedsrichtern. Sie gestehen darin, dass sie den Sinn der letzten Deklaration Gravels nicht recht begreifen. Dieselbe setzt nämlich voraus, die Städte seien durch den Friedensvertrag zu einem Eide gegen den König verpflichtet, während sie dies doch in ihrem Memorial vom 13. November 1667 widerlegt haben. Ferner gebraucht sie zum ersten Male öffentlich die Ausdrücke *Superioritas* und *suprema Jurisdictio*, welche sich nicht auf das Verhältnis zu Schutzbefohlenen, sondern zu Untertanen beziehen. Diese Auffassung der Gegenpartei steht im Widerspruch sowohl mit den Bestimmungen des Friedensvertrags über die Abtretung der Landvogtei als mit dem neulichen Versprechen, dass der Eid der Reichsunmittelbarkeit der Städte keinen Eintrag tun soll. Letztere kann nämlich nur dann fortdauern, wenn die *Superioritas* und die *suprema Jurisdictio* dem Reiche unversehrt erhalten bleiben.

In einem vom 17. Juni datierten Schreiben wandten sich die Vertreter der elsässischen Städte nochmals direkt an den Kaiser und baten ihn, die Schiedsrichter und namentlich Kur-Mainz durch ein Monitorium zu beschleunigter Tätigkeit aufzufordern. Obgleich schon beinahe zehn Monate seit der Eröffnung des Schiedsgerichts verflossen seien, so sei von den zehn Streitpunkten noch nicht einmal der erste, die Eidfrage, erledigt. Würden aber die Streitigkeiten vor dem bevorstehenden Schlusse des Reichstags nicht beigelegt, so müssten die Städte „endlich zu ihrem und des heiligen Reichs augenscheinlichen Nachteil und Schaden erliegen." Sie baten ferner den Kaiser, entweder durch seinen Residenten am französischen Hofe oder durch den

Digitized by Google

französischen Residenten an seinem Hofe die Angelegenheit befördern zu lassen.

Das Schiedsgericht nahm seine Verhandlungen am 30. Juni 1668 endlich wieder auf. Es beschloss, Gravel zu einer mündlichen Konferenz zu entbieten und folgende Proposition an ihn zu richten. Man halte es zwar für das Beste, den Eid einstweilen auf sich beruhen zu lassen und zunächst Materien, auf die er sich bezieht, zu untersuchen. Sollte aber der König darauf bestehen, dass jener Punkt zuerst vorgenommen werde, so würde man gern vernehmen, „worauf sowohl *ratione formæ* als auch sonsten königlichen französischen Teils das Absehen gerichtet seie“. Die geplante Konferenz fand auch wirklich am 4. Juli statt, doch erschien Gravel nicht persönlich, sondern liess sich durch Dr. Vering vertreten. Letzterer erklärte, der König habe allerdings ursprünglich gewünscht, dass der von den Städten geschworene Eid als eine in schuldiger Weise erfolgte Leistung nicht wieder in Frage gestellt werden sollte. Da aber die Städte die Gültigkeit dieses Eides anfechten, so kann es der König nicht mehr dabei bewenden lassen, sondern er erwartet von der Billigkeit der Schiedsrichter, dass sie diesen Punkt genügend aufklären, bevor sie zur Besprechung der Materien übergehen, auf welche sich der Eid bezieht. Mit dem souveränen Besitz der Landvogtei hat der König von dem Kaiser und dem Reich auch das Recht erworben, von den einzelnen Gliedern der Landvogtei das *Homagium* zu fordern. Weil indessen die Städte in ihren Schriften die Gewalt des Königs allein auf die kleinen Dörfer beschränken und ihm über sich kein reales Recht, sondern ein blosses Schutzrecht zugestehen wollen, so sieht sich Seine Majestät um so mehr veranlasst, den Eid in eine der Abtretung entsprechende Form bringen zu lassen, um dadurch eine Gewähr für die Treue der Bürgerschaften zu erhalten.

Auf diese Erklärung Dr. Verings hin beschloss das Schiedsgericht am 11. Juli, es solle das Kur-Mainzische Direktorium mit Gravel reden und dessen endliche Meinung vernehmen. Seinem Berichte hierüber an den Colmarer Rat fügte der Abgeordnete Schott die Bemerkung bei: „Ich vermeinte, man sehe allbereit genugsam, was Gravels Intention sei, wann man nur auch einmal *ex parte arbitrii* sagte, was dessen Meinung ist. Es ist eben ein verschüttet Wesen,

Digitized by Google

so *in ipsis tractatibus pacificationis* übersehen worden, deswegen es jetzt übel zurecht zu bringen, dass den Städten dadurch nicht ein Präjudiz zuwachse".

Einige Tage darauf unterbreitete Gravel den Schiedsrichtern eine neue, in lateinischer Sprache abgefasste Eidformel, welche an die Stelle der alten treten sollte. Die Städte sollten schwören, dem Allerchristlichsten Könige treu und gehorsam zu sein in allem, wozu sie auf Grund der Seiner Majestät im Friedensvertrag mit voller Souveränität (*cum omni supremo dominii jure*) abgetretenen Landvogtei verpflichtet seien, den Herzog von Mazarin als Landvogt anzuerkennen und demselben den gebührenden Gehorsam zu leisten.

Als Antwort auf die letzten französischen Forderungen übergaben die elsässischen Deputierten am 12. August dem Schiedsgerichte wiederum eine Denkschrift. In Betreff des den Städten abgenötigten Eides verweisen sie auf ihre früheren Memorialien und bemerken, dass sie bisher aus Rücksicht auf den König und seine Minister den Vorgang zu Hagenau möglichst schonend dargestellt haben. Sollte man sie aber dazu zwingen, so würden sie den gegen die Städte ausgeübten Zwang genauer schildern. In Frankreich, so fahren sie fort, schwören die königlichen Untertanen nur eine Art von Eid, nämlich den der Treue. Wenn man nun den gleichen Eid auch von den elsässischen Städten fordert, so zeigt dies, dass man dieselben den königlichen Untertanen gleichsetzt. Ob aber die Eigenschaft eines reichsunmittelbaren Standes, welche den Städten durch den Paragraphen *Teneatur* zweifellos zugesichert ist, mit derjenigen eines französischen Untertanen in demselben Subjekt vereinbar ist, möge jeder Vernünftige selbst beurteilen.

Aus dem Paragraphen *Teneatur* ergibt sich auch, dass das dem König abgetretene *Dominium supremum* über die Landvogtei keineswegs die Souveränität über die Reichsstädte selbst bedeutet, sondern dass mit diesem Ausdruck nur die Unabhängigkeit und ewige Dauer des zugesprochenen Besitzes gemeint sein kann. Zu verwerfen ist namentlich Verings ungewöhnliche Bezeichnung der Städte als Glieder der Landvogtei, da diese Bezeichnung zu Missverständnissen Anlass gibt, indem sie die Städte auf die gleiche Stufe setzt mit den der Landvogtei direkt unterworfenen Dörfern. Das Verhältnis der Städte zur Landvogtei

Digitized by Google

ist lediglich dasjenige von Klienten zu ihrem Protektor, welches nach dem übereinstimmenden Urteile der Rechtsgelehrten zu keinem Eide verpflichtet. Der Umstand, dass dem Protektor nebenbei in der einen oder anderen Stadt noch einige *Jura realia* zustehen, ändert nichts an dieser Sachlage.

Die Schrift schliesst mit der Bitte um Aufhebung des Hagenauer Eides und um Wiederherstellung der alten Form des dem Landvogte geschuldeten Eides.

Als mehrere Wochen verstrichen, ohne dass die Verhandlungen in der elsässischen Angelegenheit fortschritten, beklagten sich die vereinstädtischen Deputierten in einem Schreiben vom 30. September 1668 abermals bei den Schiedsrichtern, dass seit der Übergabe ihres letzten Memorials sechs Wochen, seit dem Zusammentreten des Schiedsgerichts aber bereits ein Jahr verflossen sei, ohne dass noch ein einziger Streitpunkt entschieden worden. Da nun beide Parteien in ihren Memorialien ihre Ansichten so ausführlich dargelegt hätten, dass nichts Neues mehr gesagt werden könne, auch der französische Gesandte, falls er auf die letzte Schrift der Städte etwas hätte erwidern wollen, genug Zeit dazu gehabt hätte, so mögen die Schiedsrichter Gravel auffordern, etwaige Bemerkungen baldigst noch vorzubringen, und sodann einen Schiedsspruch in Betreff des Eides fällen.

Einige Tage darauf kam die Sache der elsässischen Städte im Reichstage selbst wieder zur Sprache. Es wurde nämlich am 7. Oktober über den Schluss des Reichstags beraten und in einem Reichsgutachten eine Frist von drei oder vier Monaten für die Erledigung aller Materien festgesetzt. Der Städterat verlangte dabei, „dass den zwischen den königlichen französischen Ministris und den zehn Reichs-Vereinstädten im Elsass nunmehr über Jahr und Tag *sub arbitrio* bestehenden Differentien förderlichst und zwar noch vor Erledigung dieses Reichstags ihre Erörterung gegeben und solches dem Reichs-Concluso inseriert werde". Die beiden höheren Kollegien weigerten sich aber diese Klausel in das Reichsgutachten aufzunehmen, da es sonst das Ansehen gewinnen würde, als ob man die Schiedsrichter verklagen wollte, und auch die Gegenpartei, welche sich doch nicht an die Beschlüsse des Reichstags binden lasse, dadurch nur irritiert würde. Auf ihren

Digitized by Google

Vorschlag wurde indessen beschlossen, dass im Namen des ganzen Reiches das Direktorium dem französischen Plenipotentiar den Wunsch des Städterates mitteilen und ihn zugleich um Beschleunigung der Verhandlungen ersuchen sollte.

Dem Kur-Mainzischen Gesandten Hettinger, der anfangs wenig Eifer in dieser Sache zeigte, verehrten die elsässischen Deputierten eine Summe von 100 Talern in der Erwartung, dass es besser gehen werde, „wanns geschmiert ist". Hettinger entledigte sich denn auch seines Auftrags am 18. Oktober. Gravel nahm den kürzlich erfolgten Tod des von Kur-Köln delegierten Schiedsrichters von Altenhofen zum Vorwande zu einer neuen Verzögerung und erklärte, er werde seine Antwort auf die Schrift der Gegenpartei erst dann vorbringen, wann Kur-Köln wieder im Schiedsgerichte vertreten sei.

Im Elsass war damals zwischen den französischen Behörden und der Stadt Colmar ein neuer Jurisdiktionsstreit ausgebrochen, der so ernster Natur war, dass die vereinstädtischen Deputierten einen ausführlichen Bericht darüber dem Schiedsgerichte am 4. November übergaben. Sie schildern darin, wie neulich neben einem Bürger von Colmar sogar der ganze Magistrat und Rat mit Wissen und Willen der königlichen Minister vor das Gericht des Freiherrn von Schwendi, des Inhabers der französischen Lehensherrschaft Hohlandsberg, zitiert wurden, weil der Magistrat einen Hohlandsbergischen Untertan wegen der im Colmarer Gebiete gegen die Stadt ausgestossenen Schmähworte zu einer Geldstrafe von 15 Pfund verurteilt hatte, und weil ein über das Gebahren des Schmähers aufgebrachter Bürger demselben einige Faustschläge versetzt hatte. Als darauf der Magistrat die an ihn und seinen Bürger ergangene Vorladung mit Protest zurückwies, hielt der Hohlandsbergische Amtmann nichtsdestoweniger eine Gerichtssitzung ab, hob den Colmarer Spruch auf, verurteilte den Magistrat zur Bezahlung der Kosten und den Bürger zu hundert Pfund Geldstrafe, liess des letzteren Trauben im Herrschaftsgebiete einsammeln und drohte ihm mit dem Verkauf seiner Reben für den Fall der Zahlungsweigerung. Der Colmarer Magistrat beschwerte sich wiederholt bei den französischen Behörden im Elsass über dies unerhörte Attentat auf seine Rechte, doch wurde ihm zur Antwort, dass er der Zitation

Digitized by Google

gehorchen solle, und dass er in Zukunft keinen königlichen Untertan, der sich auf dem Stadtgebiete vergangen habe, bestrafen dürfe.

Um diese Zeit ereignete es sich auch, dass zwei Angehörige der Herrschaft Hohlandsberg einen Untertan des Bischofs von Strassburg auf dem Colmarer Gebiete überfielen und fast zu Tode schlugen. Als der Misshandelte seine Angreifer zu Colmar verklagte, wurde dem Colmarer Magistrate von den königlichen Beamten unter Androhung von Repressalien verboten, die Täter vor das städtische Gericht zu laden.

Nun ist es aber nicht nur ein völkerrechtlicher Brauch, dass ein Delinquent an dem Orte gerichtet wird, wo er sein Vergehen begangen hat und ergriffen worden ist, sondern es besteht noch seit Jahrhunderten zwischen Colmar und der Herrschaft Hohlandsberg sowie anderen Nachbarn ein bis jetzt stets gehaltener Vertrag, wonach ein Untertan des einen Teils, der in dem Gebiet des anderen gefrevelt hat, dem letzteren ausgeliefert werden soll. Dass das Hohlandsbergische Gericht keinerlei Kompetenz über die Reichsstädte besitzt, braucht nicht weiter erörtert zu werden, da in den früheren Memorialien zur Genüge bewiesen worden ist, dass selbst der Landvogteikammer zu Hagenau und dem Provinzialrat zu Ensisheim keine solche zukommt. Es ist um so weniger denkbar, dass der König von Frankreich diese Vorgänge billigt, als er in seinem Schreiben an die Reichsstände vom 18. September 1665 erklärt hat, seine Beamten im Elsass hätten Befehl erhalten, während der Dauer des Schiedsgerichts sich aller Eingriffe in die Rechte des Reichs und der Städte zu enthalten.

Am Schlusse der Schrift werden die Schiedsrichter dringend gebeten, dem Könige die neuen Beschwerden Colmars mitzuteilen und selbst die ihnen unterbreiteten Streitfragen baldigst zu entscheiden.

Gravel veröffentlichte endlich am 7. November die schon lange von ihm begehrte Erklärung, nachdem der Kurfürst von Köln seine Stimme im Schiedsgerichte dem Kur-Mainzischen Gesandten Hettinger übertragen hatte. Er suchte noch einmal in ausführlicher Weise und unter Beiziehung archivalischer Belege zu beweisen, dass die an Frankreich übergegangenen Landvogteirechte die Städte zu einem Eide der beschränkten Untertänigkeit verpflichteten (*homagium limitate subjectivum*),

Digitized by Google

und betonte, dass sein Herr diesen Eid nicht als Rechtsnachfolger Österreichs, sondern des Kaisers und des Reichs beanspruche. Für seine Behauptung, die französische Krone sei in jeder Hinsicht an die Stelle des Kaisers gegenüber der Landvogtei getreten, bringt er unter anderen Argumenten namentlich folgende vor: Der König ernennt den Landvogt, was früher nur der Kaiser konnte; er beruft die Städte zur Präsentation des Landvogts durch Mandate, welche von alters her den bezeichnenden Namen Gehorsamsbriefe führen; vor allem aber bezieht er die Reichssteuer, die früher nur der Kaiser vermöge seiner souveränen Gewalt erheben konnte. Dass aber der Kaiser den Städten auf Grund der Landvogtei wirklich einen Huldigungseid abforderte, geht aus mehreren Schreiben hervor, worin er ihnen befiehlt, diesen Eid dem Landvogt an seiner Statt zu schwören.

Während der weiteren Verhandlungen des Reichstages, welche sich damals um die Organisation der Landesverteidigung drehten, zogen die vereinstädtischen Deputierten die elsässische Angelegenheit abermals in die Erörterung, und sie setzten es jetzt auch gegen einige kurfürstliche Stimmen durch, dass in einem Reichsgutachten vom 13. November das neuliche Vorgehen der französischen Beamten gerügt, und der Wunsch ausgesprochen wurde, dass das Schiedsgericht vor dem Ausgang des Reichstags die ihm unterbreiteten Streitigkeiten endgültig schlichten möge. Auch der Kaiser liess durch den Grafen von Weissenwolff, der seit dem Tode des Erzbischofs von Salzburg das Amt des kaiserlichen Kommissars interimistisch versah, den Schiedsrichtern eine ernstliche Ermahnung zugehen, und ausserdem ersuchte er die Reichsstände in einem besonderen Reskript, „dass sie umb des Reichs dabei versierenden Interesse willen sich dieses Werks mit allem Ernst und Eifer annehmen und bei dem französischen Plenipotentiario Gravel auf alle Weiss und Weg daran sein wollten, indem Wir ihnen, den Ständen, diesfalls das Arbitrium auf sein des Gravels Begehren eingeraumbt, dass er denselben auch seines Orts gebührende Folg leisten wollte, damit diese Differentien . . . noch vor Endigung des Reichstags ohnfehlbar erörtert werden möchten."

Zur Abfassung der Antwort auf Gravels letzte Erklärung brauchten die vereinstädtischen Deputierten diesmal längere Zeit, da jener sich auf einige Dokumente gestützt hatte, von denen sie sich erst Ab-

Digitized by Google

schriften aus dem Elsass beschaffen mussten. So konnten sie ihre schriftliche Antwort erst am 14. Dezember den Schiedsrichtern einhändigen.

Sie setzen in derselben noch einmal auseinander, dass das von dem Kaiser und dem Reich dem Könige von Frankreich überlassene *Dominium supremum in praefecturam* den Inhalt der vom Hause Österreich ihm abgetretenen Landvogtei nicht erweitere, sondern, wie schon mehrmals gezeigt, nur eine Veränderung des Besitztitels bedeute. Es sei ja im Paragraphen *Teneatur* des Friedensvertrags deutlich gesagt, dass der König sich mit den Rechten des Hauses Österreich begnügen und darüber hinaus keine Oberhoheit über die Reichsstädte verlangen solle. Nach dieser allgemeinen Bemerkung weisen sie Punkt für Punkt die Argumente Gravels zurück und bestreiten unter anderm, dass das Recht des Königs, den Landvogt zu ernennen, oder die sogenannten Gehorsamsbriefe ihrem Inhalte nach irgend einen Anspruch auf den Huldigungseid begründen. Was die Ableitung der Souveränität des Königs über die Städte aus dem Empfang der früher nur dem Kaiser direkt geschuldeten Reichssteuer betrifft, so entgegnen sie, dass diese Reichssteuer nie zur Landvogtei gehört hat und deshalb auch überhaupt nicht an Frankreich abgetreten worden ist. Daran ändert der Umstand nichts, dass Colmar im Jahre 1653 durch einen Gewaltakt, durch die Wegnahme der Stadtherde, zur Bezahlung der Reichssteuer an den Landvogt gezwungen wurde. Übrigens haben auch schon Privatpersonen die städtischen Reichssteuern von den Kaisern überwiesen erhalten, ohne damit die geringste Oberhoheit zu bekommen. Ebensowenig bedeutet das angebliche Vorhandensein von einigen Schreiben, in denen die Landvögte mit der Entgegennahme der Huldigung für den Kaiser betraut werden. In diesem Falle handelten eben die Landvögte nicht kraft ihrer Amtsgewalt, sondern eines besonderen Auftrags. Dieser Eid hatte jedenfalls mit dem durch so viele Klauseln eingeschränkten Landvogteieide nichts zu tun, sondern war der von den Städten als unmittelbaren Reichsständen dem Reichsoberhaupt auch jetzt noch geschuldete Huldigungseid. Die Behauptung Gravels, die Städte täten dadurch, dass sie dem Könige huldigten, ihrer Reichsunmittelbarkeit keinen Eintrag, lässt sich nicht aufrecht erhalten. Es ist offenbar, dass man nicht zu gleicher Zeit Reichsstand und Untertan eines fremden Fürsten sein kann.

Digitized by Google

Um eine Beschleunigung der schiedsrichterlichen Tätigkeit zu erzielen, wandten sich die elsässischen Städte nochmals direkt an den Kurfürsten von Mainz und entsandten den Deputierten Anton Schott zu ihm nach Würzburg. Auch Österreich hatte unter der Hand zu diesem Schritte geraten. Schott wurde am 20. Dezember vom Kurfürsten empfangen und bat denselben, das Schiedsgericht zu baldiger Beschlussfassung zu veranlassen und bei der Krone Frankreich dahin zu wirken, dass die Sache nicht länger aufgehalten und gar so schwer gemacht würde. Der Kurfürst erwiderte, dass er bereits seiner Gesandtschaft befohlen habe, „das Werk nach aller Möglichkeit zu befördern, alle Weitläufigkeit abzuschneiden und die Sache also zu erörtern, dass es vor Gott, der kaiserlichen Majestät und dem römischen Reiche zu verantworten wäre.“ Was seine Vermittelung beim französischen Hofe betreffe, so wolle er gern alles tun, was möglich sei. Er liess sich das letzte vereinstädtische Memorial geben und erkundigte sich ausführlich nach den Vorgängen im Elsass. Am folgenden Tage wiederholte er Schott gegenüber, den er beide Tage zur Tafel zog, seine vorigen Erklärungen und versprach, zur Beförderung der Angelegenheit eine erneute Instruktion an seine Deputierten ergehen zu lassen. Man solle aber auch Schweden und Hessen-Kassel antreiben.

Als Schott, der bisherige Spezialgesandte der Stadt Colmar, am Schlusse des Jahres 1668 nach Regensburg zurückkehrte, erwartete ihn die Aufgabe, an Stelle des Philipp Schultz die Vertretung des elsässischen Städtebundes zu übernehmen. Schon lange Zeit hatten Misshelligkeiten zwischen dem Magistrate zu Colmar und dem zu Regensburg weilenden Stättmeister Schultz bestanden, und zwar hatten sie ihren Grund darin, dass letzterer das Vorgehen der Stadt gegen Daniel Schneider entschieden tadelte. Auch das Verhältnis zwischen Schultz und Schneiders Nachfolger Schott gestaltete sich nicht derart, wie es im Interesse ihrer gemeinsamen Arbeit gelegen hätte. So kam es, dass der durch langjährige Erfahrung mit der elsässischen Frage gründlich vertraute Diplomat den Dienst der vereinstädtischen Sache aufgab und das vom Herzog von Württemberg ihm angebotene Amt eines geheimen Regimentsrats und Vize-Kanzlers annahm. Beim Reichstage hatte er seit längerer Zeit nicht nur die Stimmen der neun ver-

Digitized by Google

bündeten Städte, sondern auch diejenigen von Strassburg, Frankfurt und Worms geführt.

Nach dem Rücktritt des Deputierten Schultz fiel die ganze Last der Geschäfte auf Anton Schott, da der zweite vereinstädtische Abgeordnete, der Schlettstadter Stättmeister Heinrichs, wenig leistete. Schott hatte nicht nur an den Verhandlungen des Reichstags und des Schiedsgerichts teilzunehmen, sondern auch noch für die Stadt Colmar in dem am Reichshofrat schwebenden Prozess gegen Daniel Schneider mitzuwirken. Der Colmarer Magistrat übertrug ihm nun auch den Titel und das Gehalt eines zweiten Syndikus. Seine Auftraggeber gestatteten ihm, auf ihre Kosten Frau und Kinder bei sich zu halten, wie dies auch Schultz getan hatte. Als Jurist und Diplomat war Schott ebenso tüchtig wie sein Vorgänger, und ausserdem nahm er noch als geborener Colmarer an dem Schicksale seines Heimatlandes einen stärkeren persönlichen Anteil als jener, der nicht aus dem Elsass stammte, sondern im Jahre 1657 von Worms nach Colmar berufen worden war. Er fühlte sich, wie er oft beteuert, nicht nur vor seinen Zeitgenossen, sondern auch vor der lieben Posterität für seine Tätigkeit verantwortlich. In seiner Auffassung der Landvogteifrage stimmte er nicht immer mit Schultz überein. So betonte er in dem letzten vereinstädtischen Memorial, welches bereits sein eigenes Werk war, dass die Reichssteuer von der Landvogtei unabhängig sei, und machte später seinem Vorgänger den Vorwurf, dass er diese Steuer unter den von den Städten dem Könige zugestandenen Landvogteirechten aufgezählt und noch dazu als Schutzgeld bezeichnet habe. Am kaiserlichen Hofe erfreute sich Schott einer grossen Beliebtheit. Schon früher war er, wie wir gesehen haben, vom Kaiser ausgezeichnet worden, und jetzt erhielt er noch ohne seine Veranlassung die Würde eines *Comes palatinus* verliehen, und zwar wurde ihm die etliche hundert Gulden betragende Taxe für das Diplom von dem Kaiser und dem Erzkanzler aus besonderer Gunst erlassen.

In dem Landvogteistreite versuchten es die Schiedsrichter nunmehr, durch mündliche Konferenzen mit den Parteien eine Verständigung herbeizuführen. In einer am 19. Februar 1669 mit Gravel abgehaltenen Konferenz erklärten sie, dass die von Seiten Frankreichs eingereichten Informationen keineswegs den Beweis erbracht hätten, dass

Digitized by Google

die Städte im Verhältnis der Untertänigkeit zum Könige stünden, wie es die königlichen Beamten im Elsass zu glauben schienen. Letztere Auffassung widerspreche dem Friedensvertrage, der den Städten ihre Reichsunmittelbarkeit vorbehalte. Das Schiedsgericht hoffe deshalb, der König in Frankreich werde keinerlei Subjektion aus dem ihm geleisteten Eid ableiten. Gravel erwiderte, die den Städten im Friedensvertrage vorbehaltene Reichsunmittelbarkeit solle allerdings nicht angetastet werden, doch werde der König von dem ihm übertragenen *Dominium supremum* über die Landvogtei nicht das Geringste preisgeben und nicht zulassen, dass die Rechte der Städte auf Kosten der seinigen erweitert würden. Die gesamte Jurisdiktion und die Superiorität, welche hohen Rechte von dem Reiche an Frankreich abgetreten worden seien, wären ohne die entsprechende Subjektion völlig nichtig. Die Schiedsrichter hätten sich durch die Scheingründe der Städte überreden lassen, ohne die Argumente des anderen Teiles zu beachten. So dürfe nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden, dass der Friedensvertrag einen Widerspruch enthalte. Auch sei nicht ersichtlich, warum der städtische Eid keine Subjektion bedeuten könne, wenn es sich herausstellen sollte, dass sich eine solche mit Folgerichtigkeit aus dem *Dominium supremum* ergebe.

Da es Gravel im Grunde nur darauf ankam, eine baldige Entscheidung zu verhindern und die Sache möglichst lange hinzuschleppen, so behielt er sich das Recht vor, in schwierigen Fragen den König um Instruktion anzugehen. In den nächsten Monaten entzog er sich denn auch durch mancherlei Ausflüchte allen weiteren Verhandlungen mit den Schiedsrichtern und vertröstete sie schliesslich auf die Ankunft des vom Hofe begehrten Bescheides.

Bei all diesen Erörterungen zeigte sich immer wieder, dass über den Widerspruch, der zwischen der Reichsunmittelbarkeit der Städte und der Souveränität des Königs über die Landvogtei bestand, nicht hinwegzukommen war, namentlich wenn beide Teile jeden Kompromiss zurückwiesen, wie dies tatsächlich der Fall war. Als die Schiedsrichter am 23. März 1669 den Deputierten Schott zu ihren Beratungen zuzogen und über die Meinung seiner Auftraggeber wegen des Eides befrugen, erwiderte er, dass die Städte nicht von der Eidformel abweichen könnten, welche früher dem Hause Oesterreich und

Digitized by Google

noch im Jahre 1653 dem Prinzen d'Harcourt gegenüber gebraucht wurde. Durch Leistung eines auf den König gerichteten Huldigungseides würden sie ihre Reichsunmittelbarkeit über Bord werfen.

Während so die Verhandlungen über die Landvogteifrage wieder ins Stocken geraten waren, gelangten neue Beschwerden über die französischen Beamten im Elsass nach Regensburg. Zwischen dem Landvogt zu Hagenau und dem Magistrate von Weissenburg war ein Konflikt ausgebrochen, weil letzterer einen vom Stadtgerichte verurteilten Bürger an der Appellation an die Landvogteikammer verhinderte, indem er die Kompetenz dieser Kammer mit Recht bestritt. Die vereinstädtische Deputation beklagte sich im Februar 1669 beim Schiedsgericht über die Eingriffe der Landvogtei in die Gerichtsbarkeit des Rates von Weissenburg sowie über die Umtriebe des vom Landvogte der Stadt aufgedrungenen Stadtvogtes. Als Weissenburg nichtsdestoweniger mit Gewalt bedroht wurde, brachten die Deputierten die Angelegenheit nochmals in einem Memorial vom 10. Mai beim Schiedsgericht vor.

Auch Colmar hatte wieder neue Drangsale auszustehen. Unter dem Vorwande, dass eine ansteckende Seuche dort herrsche, hatte der Intendant Colbert seit dem Ende des Jahres 1668 die Stadt durch bewaffnete Grenzwachen vollständig absperren lassen, so dass jeder Verkehr gehemmt war, und nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel mehr herbeigeschafft werden konnten. Vergebens bezeugten die Aerzte und Chirurgen der Stadt in einem eidlich bekräftigten Attest, dass keinerlei Seuche vorhanden sei. Schott, der den Auftrag erhielt, die Aufhebung der „Blokade“ zu erwirken, wusste sich keinen Rat, „denn klagt man bei dem Reich oder ferners bei dem Arbitrio, so wird man nur ärger und lässt uns also über einander krepieren; schweigt man dann still, so ist es wieder also“. Er versuchte es, die Sache vor den Reichstag zu bringen, doch riet der Kur-Mainzische Direktor von einer direkten Klage beim Reiche ab. Nunmehr baten die Colmarer den Kaiser um seine Vermittlung bei Ludwig XIV. und ersuchten den Kurfürsten von Mainz, sich beim Intendanten Colbert, der damals in Worms weilte, für sie zu verwenden. Auch Gravel wurde veranlasst, seinen Einfluss bei Colbert geltend zu machen. Durch alle diese Schritte erreichte es Colmar endlich im Mai 1669, dass ihm „der freie Pass wieder verstattet wurde.“

Digitized by Google

Von Hagenau lief gleichfalls in diesem Jahre 1669 eine Beschwerde gegen die französischen Behörden nach der anderen in Regensburg ein. Bald zwang man dem Rat einen Stättmeister auf; bald mussten die Strafurteile statt im Namen des Kaisers in demjenigen des französischen Königs vollzogen werden; bald sah sich die Gemeinde im Besitze ihres Forstes bedroht, indem ihr der Nachweis ihres uralten Eigentums auferlegt wurde.

Die Aufforderungen von Seiten der Schiedsrichter zur Wiederaufnahme der Verhandlungen konnte Gravel auf die Dauer doch nicht unberücksichtigt lassen, und so übergab er denselben endlich am 2. August die schon längst erwartete Antwort auf ihre letzten Erklärungen. Er wiederholte darin seine alten Argumente und betonte noch einmal den Uebergang der Rechte des Kaisers und des Reichs an die Krone Frankreich, wobei er sich besonders auf die Klausel *ita tamen* berief. Die Städte hielten es für unnötig, eine schriftliche Erwiderung einzureichen, da sie Gravel dadurch nur die erwünschte Gelegenheit verschafft hätten, die Sache wiederum auf die lange Bank zu schieben. In einer Sitzung des Schiedsgerichts vom 10. September erklärte denn auch der Deputierte Schott, in Gravels Schrift seien zwar einige Punkte enthalten, die einer Berichtigung bedürften, da aber das letzte vereinstädtische Memorial schon genug Argumente hierzu böte, so trügen die Städte Bedenken, „sich mit weiterer Schriftwechslung aufzuhalten und sich mit einem so mächtigen König gleichsam in einen *Processum libellarium* einzulassen, zumalen da sie nichts begehrten, als dass man sie bei dem klaren Buchstaben des *Instrumenti pacis* erhalten, und dessen wirklichen Genuss ihnen zukommen lassen sollte.“ Er erinnerte dann noch daran, dass Frankreich sich mit den erlangten Zugeständnissen nie begnüge. Der Vergleich mit dem Grafen von Harcourt vom Jahre 1653 sei vom Herzog von Mazarin im Jahre 1661 umgestossen worden; nunmehr wolle man sich auch nicht mehr mit dem zufrieden geben, was Mazarin damals von den Städten erzwungen, und vermutlich würden neue Zugeständnisse nach einigen Jahren wieder neue Ansprüche hervorrufen.

Dem französischen Gesandten wurde der Entschluss der Städte, „*ad acta priora* zu submittieren“, von dem Schiedsgericht angezeigt, worauf er erklärte, dass er es auch dabei bewenden lasse.

Digitized by Google

Die Schiedsrichter berieten nun in den folgenden Wochen über eine für beide Parteien annehmbare Lösung der Streitfrage und erkundigten sich dabei wiederholt unter der Hand nach der Meinung der elsässischen Deputierten. Schliesslich stellten sie eine Eidformel auf und erläuterten dieselbe in einer vorausgeschickten Deklaration. Beides wurde am 24. November 1669 dem königlichen Plenipotentiar und am 4. Dezember den Städten schriftlich eröffnet. Die Eidformel hat folgenden Wortlaut:

„Wir deß Heil. Röm. Reichs ohnmittelbahrer Freyer Städt N. N. zu diesem *Actu* absonderliche Deputirte und Gevollmächtigte schwören der Allerchristlichsten Königl. Mayt. in Franckreich und Navarra & c. im Nahmen vorgedachter Städte dasjenige, worzu dieselbe wegen der in Krafft deß Münsterischen Friedenschlusses von Ihrer Kayserl. Mayt., dem Röm. Reich und Ertz-Hauß Oesterreich *cum omni supremo dominii jure* abgetrettener Landvogtey Hagenau gehalten seind, getreulich und gehorsamlich zu leisten und darwider nichts zu thun, wie auch höchsternandter Ihrer Königl. Mayt. darzu jederzeit ordentlich praesentirten Gevollmächtigten die vermög obberührten Friedenschlusses schuldige Rechte guter zimlicher Dingen zu entrichten."

In der beigefügten Erklärung heisst es, der Eid für den König hätte ohne Beeinträchtigung der königlichen Rechte unterbleiben können. Da aber Seine Majestät diesen Eid wünsche, und „es mit besagter Landvogtey durch mehrberührten Friedenschluss in andern Stand gerathen", so halte es das Schiedsgericht für das Beste, dass der Eid in der vorgeschlagenen Form und in deutscher Sprache von den Deputierten derjenigen Städte, bei welchen es üblich, geschworen werde und zwar immer nur bei dem Regierungsantritt eines jeden Königs. Hierfür möge Seine Majestät eine schriftliche Assekuration erteilen, dass dieser Eid den Städten an ihrer Reichsunmittelbarkeit nicht schaden soll. Dagegen sollen die Eide für den Landvogt und den Unterlandvogt als nunmehr überflüssig aufgehoben werden. „Jedoch aber, weilen von denen jenigen *Juribus*, worauff die vorgeschlagene *Formula juramenti in genere* sich beziehet, annoch *specialiter* zu reden ist, ergiebet sich von selbsten, dass ehe und bevorn erstbesagte *Jura* determinirt, mehr angeregte *Formula* allerseits unverfänglich seyn solle."

Digitized by Google

Die vereinstädtischen Deputierten hatten sich gegen diese Aufhebung der Landvogtei, wie sie tatsächlich vom Schiedsgerichte vorgeschlagen wurde, sowie gegen die Beibehaltung der Worte „gehorsamlich“ und „*cum omni supremo dominii jure*“ in der Eidformel mit Entschiedenheit gewehrt, doch wurde ihnen geantwortet, sie würfen die Kerne weg und behielten die Schalen zurück. Die Landvogtei werde nicht erst jetzt aufgehoben, sondern habe schon bei der Abtretung an Frankreich eine wesentliche Veränderung erfahren. Was früher eine Landvogtei gewesen, sei jetzt ein *Domaine de France*; und kein Mensch könne den König von Frankreich daran hindern, die Landvögte ganz zu beseitigen und ihre Befugnisse einem beliebigen Parlamente zu übertragen. Man begreife nicht, „warum die Städte die Landvögte so ernstlich verlangen, indem sie sich damit nur mehr *Flagella* aufladen.“ Durch die Erwähnung des *Dominium supremum* in der Eidformel solle eben hervorgehoben werden, dass dasselbe sich allein auf die Landvogtei und nicht auf die Städte selbst beziehe.

Als nach dem Empfang der schiedsrichterlichen Erklärung die elsässischen Städte ihre Deputierten nochmals beauftragten, unter der Hand dagegen zu protestieren, dass dem alten Herkommen zuwider das Institut der Landvögte und somit die denselben geleisteten Eide und von ihnen ausgestellten Reverse aufgehoben würden, erwiderte man auf Seiten der Schiedsrichter, „wenn die Städte je lieber zwei als ein Jurament schwören wollten, sollten sie sich doch nur gedulden, bis Mr. Gravel sich erkläre; dann wohl zu erachten, dass er mit dieser Deklaration sich nicht werde begnügen lassen, da dann die Städte gar wohl werden zu ihrer Intention kommen können, weil man eine Sach viel eher schlimmer als besser machen kann.“

Da die Vertreter beider Parteien den Spruch des Schiedsgerichts *ad referendum* annahmen, so konnte bis zum Eintreffen der offiziellen Instruktionen nicht weiter darüber verhandelt werden. Auch ging Gravel nicht auf den Vorschlag ein, einstweilen mit der Erörterung der übrigen Punkte fortzufahren.

Digitized by Google

IV.

Verwerfung des Vorschlags des Schiedsgerichts durch Frankreich. — Schiedsspruch über die Natur der dem König unter der Bezeichnung Landvogtei abgetretenen Rechte. (1670—1672)

Die Angelegenheit der elsässischen Reichsstädte beschäftigte damals vor allen anderen die politischen Kreise Deutschlands, wie der „mittlere" Landgraf von Hessen-Homburg, der sich im Januar 1670 auf der Durchreise nach Wien zu Regensburg aufhielt, dem Deputierten Schott gegenüber versicherte. Am Kur-Mainzischen Hofe zu Würzburg, woher er komme, sei wiederholt davon gesprochen worden. Er selbst wolle mit dem Kaiser wegen dieser Sache nachdrücklich reden, weil dem ganzen Römischen Reich höchlich an den elsässischen Städten gelegen sei, „ja die Konservation des ganzen Rheinstroms in Gefahr müsste gesetzt werden, wann man sie verlieren sollte".

In einer Zusammenkunft mit den vereinstädtischen Deputierten, im Februar 1670, erklärte der Kur-Mainzische Prinzipal-Gesandte Dompropst von Stadion, „dass, weil nunmehr die Tripel-Allianz*) festgestellt, man etwas besser mit einander ins Künftige werde reden können". Sie sollten ihm deshalb schriftlich an die Hand geben, nicht nur wie im Schiedsgericht mit Erfolg zu verfahren sei, sondern auch wie die Städte „der Allianz sich möchten getrösten können". Daraufhin übergaben sie ihm einen geheimen Bericht folgenden Inhalts:

Es ist bekannt, dass diese Städte „als uralte getreue unmittelbare Stände fast von Basel an einen *Tractum* an den Rheinstrom bis unter Speier hinunter und also über etlich dreissig Meilen nur *in longitudine* machen und einige darunter keine geringe, sondern wohl fortificirte und feste Plätze als Vormauern des Römischen Reichs seind,

*) Gemeint ist die im Januar 1670 erfolgte Erneuerung des Bundes zwischen Holland, England und Schweden, dem der Kaiser und der Kurfürst von Mainz damals beizutreten gedachten.

Digitized by Google

zumalen an Munition, Artillerie und Anderm dergestalten beschaffen, dass wohl ganze Armeen, wann sie auch gar ruinirt wären, dadurch könnten recolligirt und einem manchen benachbarten höhern Stand am Rheinstrom, wann sich andere deren wider sie würden bedienen können, grosser Schaden könnte zugefügt werden". Die Städte haben jetzt um so mehr rasche Hilfe nötig, als der französische König vorhaben soll, sie mit Waffengewalt zu bezwingen und zu diesem Zwecke seinen Rückweg aus den Niederlanden durch das Elsass zu nehmen.

Deshalb ist das Schiedsgericht zu veranlassen, aller Verzögerungsversuche und Einwürfe ungeachtet in seiner Tätigkeit fortzufahren, die Eidformel definitiv festzusetzen, den Revers oder die Assekuration des Königs auszuarbeiten, darauf die Materialien selbst vorzunehmen und schliesslich einen förmlichen Schluss abzufassen.

„Damit aber . . . dieser des . . . *Arbitrii* rechtmässiger Schluss um so viel besser beobachtet und maintenirt werden möchte, sonderlich da Frankreich mit Gewalt, wie es scheint, verfahren sollte, so wäre vielleicht keine bessere Gelegenheit als, weilen nunmehr die Tripel-Allianz allerdings festgestellt und vermutlich Ihr kais. Maj. und einige Kurfürsten und Stände sowohl an dem Rheinstrom als anderer Orten sich deren bedienen möchten, dass auch dieser Städte halben darin gute Vorsehung geschehen möchte. Und zwar, damit solches mit guter Manier geschehe, so ist bekannt, dass Ihr kais. Maj. wegen deren V. Österr. Erblanden, so nur dritthalb Stund von Colmar und Schlettstadt angrenzen, hoch- und merklich vor sich selbst interessirt und Dieselbe ohnedies in deren kais. Wahlcapitulation Artic. 8 verbunden worden, diese Reichsstädte bei dem Röm. Reich und ihrer Immediatät zu erhalten, dass Dieselbe . . . belieben möchten, diese getreueste Reichsstädte ermelter Allianz zu annektiren und dieselbe der Garantie teilhaftig zu machen, oder, dafern der . . . Oberrhein. Kreis oder etliche der Kurfürsten und Stände sich dieser Tripel-Allianz bedienen sollten, dass diese Städte mit consideriert und der Garantie einverleibt, einfolgig dardurch gesichert werden möchten. Welches um so viel eher zu erhalten, weilen den Alliierten selbst wegen der Commercien sonderlich des Weins, Brandenweins, Essig und Weinsteins, welche meistens aus diesen, sonderlich den

Digitized by Google

oberen Städten, in sehr grosser Quantität in Holland, Schweden, England und andere angrenzende Orte verführt werden, interessirt sein, zumalen der Krone Schweden und anderen schon wohl bekannt ist, was dem Röm. Reich, dem Oberrhein. Kreis und ihnen selbst an Conservation dieser Frontier-Städte gelegen, und daher um so viel mehr incliniren werden, dieselben mit einzuschliessen."

Trotz des wiederholten Drängens des Schiedsgerichts wusste Gravel die Verkündigung der Antwort seines Königs auf den letzten schiedsrichterlichen Vorschlag immer wieder zu verschieben. Die Absicht Frankreichs, die Schlichtung des Landvogteistreites überhaupt zu verhindern, war so offenbar, dass der Deputierte Schott sich nicht scheute, den subdelegierten Schiedsrichtern selbst vorzuhalten, „dass gleichwohl ihr und ihrer Herren Principalen Respect darunter periclitire, weil man sie dergestalten an der Nas herumführt". Der Kaiser ersuchte die mit dem Schiedsspruch betrauten Stände durch ein Monitorium nach dem anderen, ihren Gesandten zu befehlen, die Materie des Eides, nämlich die Landvogteirechte, baldigst zu untersuchen, da man nach Erledigung dieser Frage sich leicht über die formelle Seite, die Fassung des Eides, würde vergleichen können. Nicht nur dem Elsass, sondern dem ganzen Reich und dem allgemeinen „Ruhestand" sei viel an der Beendigung dieses Streites gelegen.

Inzwischen erhob auch die Stadt Hagenau wieder Klage, dass ihr von Frankreich mit der Auferlegung einer Garnison gedroht werde. Gravel, dem der Kur-Mainzische Direktor im Namen des Schiedsgerichts deshalb Vorstellungen machte, meinte, „es sei nicht ohne, dass der König sehr hoch empfinde, dass der Bürgermeister daselbst seine Gesundheit zu trinken so schimpflich abgeschlagen, deswegen der Unterlandvogt begehrt habe, dass Satisfaction geschehen möge, oder widrigenfalls würde der König dieselbe selbst suchen."

Die so lange erwartete königliche Resolution wurde endlich am 8. März 1670 dem Schiedsgerichte zugestellt. Der König, so lautete sie, kann aus gewichtigen Gründen den Vorschlag der Schiedsrichter samt der von ihnen verfassten Eidformel nicht annehmen. Er beansprucht den Eid von Seiten der Städte nicht als eine Vergünstigung, sondern als sein gutes Recht kraft des ihm übertragenen *Dominium*

Digitized by Google

supremum. Die Schiedsrichter haben richtig erkannt, dass durch den Westfälischen Friedensvertrag das Wesen der Landvogtei verändert worden ist. Dies wollen die Städte selbst nicht zugeben, indem sie sich stets auf das alte Herkommen berufen, um dem König das Recht auf einen Huldigungseid abzusprechen. Wo aber dies alte Herkommen ihrem Interesse widerstreitet, stützen sie sich auf neuere Vorgänge, bei denen den Landvogteirechten etwas vergeben wurde, wie dies bei der Amtsantretung des Prinzen von Harcourt geschehen. Der König hält es für unvereinbar mit seiner Würde und seinen Rechten, dass ihm neben der Eidformel noch die Zeit, die Art und Weise und die Sprache der Eidabnahme vorgeschrieben werde, und dass er eine schriftliche Assekuration ausstellen soll. In eine Abschaffung der Eide für den Landvogt und den Unterlandvogt kann er deshalb nicht einwilligen, weil dadurch der Bestand der ihm abgetretenen Landvogteirechte in Frage gestellt würde. Er hofft deshalb, dass die Schiedsrichter ihren Vorschlag zurücknehmen und auf Grund des von ihm früher formulierten Eides der Treue und des Gehorsams den Inhalt *(substantialia)* desselben erörtern werden. Schliesslich bezeichnet er es als unerlässlich, dass die Gesandten der das Schiedsrichteramt ausübenden Stände persönlich in Regensburg zugegen seien.

Letztere Forderung bezog sich auf Kur-Köln und Hessen-Kassel und sollte lediglich einen Vorwand zu neuen Verzögerungen abgeben, da Gravel bisher eingewilligt hatte, dass der Kur-Mainzische Gesandte auch die Stimme von Kur-Köln und der Kanzler von Brandenburg-Bayreuth diejenige von Hessen-Kassel führte.

Die schriftliche Antwort der Schiedsrichter auf das königliche Schreiben wurde am 2. Mai Gravel übergeben. Es heisst darin, die französischerseits aufgestellte Eidformel sei, wie das Schiedsgericht schon in seinen früheren Erklärungen ausführlich gezeigt habe, mit der Reichsunmittelbarkeit der Städte unvereinbar, weshalb man es bei jenen Erklärungen nochmals bewenden lasse. Um aber einen Ausweg zu finden, wolle man von Gravel gern vernehmen, „was er vermeine, dass sonsten etwann vor ein Modus zu ergreifen, wordurch sowohl der *Punctus juramenti* als auch die übrige *Gravamina* dem *Instrumento pacis* gemäss bei diesem *Arbitrio* dermalen erledigt werden mögen."

Digitized by Google

Auf den Wunsch Gravels, eine mündliche Konferenz mit einer Deputation des Schiedsgerichts abzuhalten, begaben sich am 8. Mai die Gesandten von Kur-Mainz und von Schweden-Bremen in seine Wohnung. Sie drückten ihr Befremden darüber aus, dass der König den Spruch des Schiedsgerichts nicht annehmen wolle, obgleich er die bewussten Fürsten schriftlich und mündlich um Übernahme des Schiedsrichteramtes ersucht habe. Es wäre also unnötig gewesen, drei ganze Jahre hindurch Zeit und Mühe auf diese Sache zu verwenden. Gravel erwiderte, der König halte die Schiedsrichter für blosse Mediatoren und habe sich keineswegs zur Annahme Alles dessen verbunden, was sie ihm zumuten würden. Seine Majestät bestehe auf dem Gebrauch der Worte *fideles et obedientes* statt der entsprechenden Adverbien in dem von den Städten zu leistenden Eide. Darauf entgegneten die Deputierten, „dass alle die französischen Argumenta irrig seien und *quatuor terminos* hätten, durch welche sie diese ganze Sache confundirten.“ Wenn der König die Absicht gehabt hätte, den Landvogteistreit nicht entscheiden, sondern bloss untersuchen zu lassen, so hätte er „diese hohen Säulen des Römischen Reichs“ nicht drei Jahre lang damit zu bemühen brauchen und diese Aufgabe seinem Parlament übertragen können. Auf ihre Versicherung, dass die letzte Erklärung des Schiedsgerichts sein definitiver Beschluss sei, gab Gravel vor, in diesem Falle nochmals an den König berichten zu müssen, da er nicht befugt sei, sich auf die *Specialia* einzulassen.

Die elsässischen Städte hatten ihrerseits durch ein Schreiben vom 4. Mai den Vorschlag des Schiedsgerichts angenommen, aber zugleich erklärt, dass sie sich zu keinem Eide verpflichten könnten, bevor der Wortlaut der königlichen Assekuration festgesetzt und die einzelnen Landvogteirechte genau bestimmt seien. Die Worte *cum omni supremo dominii jure* in der Eidformel liessen sie nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalte zu, dass sie sich allein auf die Landvogtei bezögen, nicht aber auf die Städte selbst, welche im § *Teneatur* davon ausgenommen seien. Sie sprachen auch die Bitte aus, dass die bisherigen Beschlüsse des Schiedsgerichts zu einem feierlichen Rezess vereinigt und dann veröffentlicht würden.

Da mit Gravel nicht weiter zu kommen war, so beschlossen die subdelegierten Schiedsrichter auf das Betreiben der elsässischen

Digitized by Google

Deputierten, nochmals im Namen ihrer „Prinzipalen“ direkt an den König von Frankreich zu schreiben. In einer Sitzung vom 15. Juni wurde der Inhalt des Briefes vereinbart: Die mit dem Schiedsspruche betrauten Stände berichten, dass Gravel durch das Begehren, die Eidfrage solle zuerst entschieden werden, und durch die Aufstellung einer neuen Eidformel die Verhandlungen über drei Jahre hingezogen habe, ohne dass ein Resultat zu Stande gekommen sei. Sie ersuchen deshalb Seine Majestät selbst, ein kürzeres Verfahren einzuschlagen, damit die Angelegenheit ohne Zeitverlust und noch vor dem Ausgang des Reichstags erledigt werde. Auch die Klagen Hagenaus gegen die französischen Beamten im Elsass werden erwähnt.

Der Abfertigung eines gemeinsamen Briefes traten wegen der Reihenfolge der Unterschriften und der Siegel unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. So musste schliesslich jeder Stand in seinem Namen an den König schreiben. Die vereinstädtischen Deputierten hatten die grösste Mühe, die einzelnen Schriftstücke zusammenzubringen, und mussten zu diesem Zwecke besondere Eilboten an verschiedene Höfe schicken. Erst am 31. August 1670 vermochte der Kur-Mainzische Direktor die Briefe dem französischen Gesandten zur Beförderung an Ludwig XIV. zu übergeben. Nur die Krone Schweden sandte ihr Schreiben direkt an ihren Residenten zu Paris und beauftragte ihn, dem Könige selbst und seinen Ministern die Sache der elsässischen Städte nachdrücklich zu empfehlen.

Auf den Wunsch der Schiedsrichter verfasste der Deputierte Schott einen übersichtlichen Bericht über den ganzen Verlauf der Verhandlungen wegen der Landvogtei und liess ihn zu Frankfurt in 220 Exemplaren drucken. Es ist dies die bekannte *Relatio summaria ex actis publicis in causa civitatum imperialium in Alsatia unitarum.* Die Druckschrift war im September fertiggestellt.

Um sich die politischen Persönlichkeiten, welche bei dem Landvogteigeschäft mitzureden hatten, günstig gestimmt zu erhalten, mussten die elsässischen Städte sie von Zeit zu Zeit mit Handgeldern und anderen Geschenken erfreuen; namentlich fand der heimische Wein bei den Herren gute Aufnahme. Wo Geld oder Wein weniger angebracht war, griff man zu Kunstwerken. So wurden dem Deputierten Schott im Oktober 1670 von der Stadt Colmar eine gemalte

Digitized by Google

und eine geschnitzte Tafel zur Verwendung als Geschenke gesandt. Das Schnitzwerk überreichte Schott dem Kur Mainzischen Prinzipal-Gesandten Dompropst von Stadion; mit dem grossen Gemälde wusste er aber nichts anzufangen, weshalb er es zu verkaufen suchte. Er berichtete nämlich, dass es kein Kabinettstück, sondern ein Altarbild sei und sich deshalb nicht zum Geschenk eigne: Ein Evangelischer würde es für nichts achten, ein Katholischer aber den Verdacht hegen, es sei aus einer Kirche genommen worden.

Im Laufe des Monats November 1670 trafen die gleichlautenden Antwortschreiben Ludwig XIV. an die Schiedsrichter endlich zu Regensburg ein. Der König erklärte darin, er habe bereits in der ersten Konferenz des Schiedsgerichts zwei unerlässliche Bedingungen durch seinen Plenipotentiar aufstellen lassen, nämlich, dass man nicht an das Reich referieren solle, bevor die Schiedsrichter unter sich einig wären, und dass der von den Städten geleistete Eid nicht mehr angetastet werden dürfe, weil er unzertrennlich zu dem im Friedensvertrag ihm abgetretenen *Dominium supremum* über die Landvogtei gehöre. Als aber die Städte gegen den angeblich mit Gewalt ihnen abgenötigten Eid in einer Schrift protestierten, habe er eine neue dem *Dominium supremum* besser entsprechende Eidformel vorschlagen lassen. Da indesssen die Deputierten der Schiedsrichter diese Formel nicht vollständig billigten, so möchte er gerne ihre Gründe hierfür vernehmen. Was die Ansicht betreffe, dass die Eidfrage leichter erledigt worden wäre, wenn man den Gegenstand des Eides zuerst genau bestimmt hätte, so halte er selbst dafür, dass das grössere oder geringere Mass von Rechten an der Natur des Eides nichts ändere. Sollte vor der definitiven Regelung der Angelegenheit der Reichstag zu Regensburg zu Ende gehen, so sei er bereit, die Verhandlungen an einem anderen Orte fortsetzen zu lassen.

In Bezug auf die von der Stadt Hagenau gegen die Landvogteibeamten erhobenen Beschwerden glaube er nicht, dass diese Beamten dem erhaltenen Verbote zuwider ihre Befugnisse überschritten haben, doch wolle er ihnen nochmals den Befehl erteilen, nichts zu unternehmen, wozu sie nicht auf Grund ihres Amtes berechtigt seien. Es werde ihm allerdings von anderer Seite berichtet, dass Hagenau und andere Städte alle erdenklichen Ränke anwendeten, um sich der

Digitized by Google

Gewalt der Landvogtei, wie sie das Haus Oesterreich gehandhabt, allmählich zu entziehen.

Die schriftliche Entgegnung des Schiedsgerichts auf das königliche Schreiben wurde am 9. Dezember vom Kur-Mainzischen Direktorium dem französischen Gesandten übergeben. Die Schiedsrichter beziehen sich in derselben nochmals auf ihre Erklärung vom 19. Februar 1668, lassen es bei dem im Jahre 1662 von den Städten geleisteten Eide bewenden und fordern Gravel auf, „zu den übrigen Materialien und *Gravaminibus* zu schreiten, weilen von sich selbsten ergiebt, dass ehe und bevor determinirt, was die Städte *respectu praefecturae* eigentlich zu praestiren schuldig seien, angeregte *Formula* auch allerseits unverfänglich sein müsse.“ Gravel gab eine ausweichende Antwort und schützte vor, er müsse sich um neue Instruktion an den König wenden.

Der Deputierte Schott war über diese abermalige Verzögerung höchst erbittert und forderte die Schiedsrichter auf, neben den Rechten der Städte auch ihre eigene Autorität besser zu wahren. „Es ist eben ein Elend, schreibt er nach Colmar, dass wir in solche Zeiten gerathen, darin das teutsche Vertrauen und rechtschaffene Resolution so gar darnieder liegt, und daher weder Rath noch That Platz finden kann.“ Es sei offenbar, berichtete er in einem der folgenden Briefe, dass Frankreich die Erörterung seiner unberechtigten Ansprüche verhindern und eine Entscheidung vereiteln wolle, „zumalen weil nunmehro der Gewalt so gross, dass sich männiglich davor fürchtet“.

Zum Dank für ihre rastlose Tätigkeit mussten die vereinstädtischen Deputierten jetzt auch noch Vorwürfe über sich ergehen lassen. So schrieben ihnen der Bürgermeister und der Rat von Landau, es wäre unnötig gewesen, so langwierige und kostspielige Verhandlungen zu führen, wenn man sich am Ende mit dem Hagenauer Eide zufrieden gäbe, „nachdem das ganze römische Reich und sonderlich die *Arbitri* gefunden und erkannt, dass selbiger dem *Instrumento pacis* und denen an Frankreich erwachsenen *Juribus* ungemäss sei“. Nähme das Schiedsgericht bei jedem Widerspruche Frankreichs seine Beschlüsse zurück, so sei wenig Gutes mehr von ihm zu erwarten.

Die von den elsässischen Städten veranlasste Intervention des Kaisers bei Ludwig XIV hatte auch keinen Erfolg. Am Anfange des

Digitized by Google

Jahres 1671 erhielt der kaiserliche Gesandte am französischen Hof, Graf von Windischgrätz, den Befehl, dem Könige die Angelegenheit der elsässischen Reichsstädte zu empfehlen und ihn um Beförderung der Verhandlungen beim Schiedsgericht zu bitten. Er kam diesem Befehle nach, doch antwortete ihm der König, wie Windischgrätz selbst einige Monate später den Deputierten Schott und Heinrichs erzählte, „dass er in guter Zeit von diesem Geschäft, welches ja zu Regensburg solle ausgemacht werden, kein Nachricht gehabt; er, Herr Graf, sollte sich deswegen bei Mr. de Lionne anmelden". Als der Gesandte sich an Lionne wandte, wusste dieser auch nicht, was er sagen sollte, und entschuldigte sich, dass er wegen anderer Geschäfte die Akten noch nicht habe lesen können, versprach aber, sich zu informieren. Auf den erneuten Befehl des Kaisers, auf eine Resolution zu dringen, da man dies den Städten versprochen habe, brachte der Gesandte die Sache abermals beim Könige vor, wurde aber wieder an den Minister verwiesen. „So oft er nun Mr. de Lionne zu Paris deswegen angesprochen, habe er sich entschuldigt, dass die Acta zu Versailles liegen, wann er zu Versailles gewest, habe er vorgeben, die Acta seien zu St. Germain (allwo sie sich auch wirklich befinden sollen). Und also habe man's ein gute Zeit getrieben. Er, Herr Graf, aber habe nicht ausgesetzt, sondern bei dem König und Mr. de Lionne über 15 mal [sic!] und zwar mit solcher Ernsthaftigkeit wegen dieser Städte angetrieben, dass endlich Mr. de Lionne ihm ein schriftlich Bericht gegeben habe." Dieser Bericht war ganz allgemein gehalten und besagte, „dass die Städte an der Hinderung selbst schuldig seien, indem sie dem König das begehrte *Juramentum* disputiren und nicht leisten wollten. Gravel habe den *Arbitris* zu Regensburg solche *Rationes* vorgestellt, welche sie ihm nicht beantworten können, und hafte es also gar nicht an französischer Seiten, dass die Tractaten nicht fortgesetzt würden; darzu der König geneigt sei und deswegen das *Arbitrium* beliebt habe."

Bei seiner Zusammenkunft mit den elsässischen Deputierten, im Mai 1671, teilte ihnen Windischgrätz ferner mit, „als er einmal bei Mr. de Lionne gewest, habe er in seinem Zimmer auf einer Landcharten den Rheinstrom und das Elsass sambt dem Breisgau abgerissen an der Wand hangen [sehen], und als sie wegen des Elsass redeten, zeigte

Digitized by Google

Mr. de Lionne auf das Breisgau mit Vermelden, dass, was selbigerseits liegt, seie noch des Kaisers, was aber auf der elsassischen Seiten liege, gehöre meistens dem König, und zeigte unter Andrem auf Colmar und sagte dabei: *voici encore une bonne place*, worüber der Herr Graf geantwortet: *mais, Monsieur, cette place n'est pas à vous, elle est à l'Empereur et l'Empire.* Darauf Mr. de Lionne gesagt, er wüsste es zwar wohl, allein habe doch der König auch *Jura* dabei und seie er *Praefectus.*" Als Lionne einmal auf die grossen Streitkräfte des Königs in der Nähe des Elsass anspielte, äusserte Windischgrätz, „er wolle nicht hoffen, dass man auf diese Städte gedenke, denn, wann der König nur ein Dorf davon angreife, so seie die Larv abgezogen und der Frieden mit dem Kaiser und dem Reich gebrochen."

Durch seine gewöhnlichen Ausflüchte hielt Gravel die Schiedsrichter nach ihrer letzten Erklärung wiederum drei Monate hin; als sie aber immer nachdrücklicher eine Antwort begehrten, zeigte er ihnen am 1. März 1671 an, sein König könne keine der beiden vorgeschlagenen Eidformeln annehmen, sondern möchte zuvor die Gründe erfahren, warum sie die von Seiten Frankreichs aufgestellte Formel nicht gutheissen wollten. Der Kur-Mainzische Direktor entgegnete zunächst mündlich, dass sich das Schiedsgericht in keine Disputation hierüber einlassen könnte: die Gründe seien im Friedensvertrag und in den städtischen Schriften bereits genugsam enthalten. Am 14. März fassten dann die Schiedsrichter den Beschluss, Frankreich nochmals die Wahl zu lassen, sich entweder mit dem im Jahre 1662 empfangenen Eide zu begnügen oder die von ihnen vorgeschlagene neue Eidformel anzunehmen, da sie „ein Mehrers nicht zu thun vermöchten."

Als Gravel diesen Bescheid mitgeteilt bekam, beanstandete er nicht nur dessen Inhalt, sondern auch seine Bezeichnung als Konklusum. Er behauptete, beide Eide liefen wegen der ihnen beigefügten Erläuterung auf dasselbe hinaus, und es sei bedenklich, sie mit solchen Klauseln gelten zu lassen. Die von den Städten vorgebrachten Argumente halte er für unzureichend. Dem Könige gebühre ein Huldigungseid auf Grund der ihm über die Präfektur abgetretenen Souveränität; letztere werde ihm im § *Teneatur* keineswegs abgesprochen, sondern eben bloss auf die Landvogteirechte beschränkt. Eine schriftliche Antwort erteilte Gravel indessen erst am 25. Mai, und zwar

Digitized by Google

wiederholte er seine frühere Forderung, was als eine Verspottung des Schiedsgerichts empfunden wurde.

Als die vereinstädtischen Deputierten sahen, dass auf diese Weise nicht von der Stelle zu kommen sei, beschlossen sie, sich wiederum direkt an das Reich zu wenden. Sie verfassten ein Memorial, in welchem sie den Reichstag ersuchten, sich nachdrücklich zu interponieren, damit ein *Modus tractandi* vereinbart werde, der die rasche Erledigung der Angelegenheit ermögliche. Dies Memorial übergaben sie zwar am 14. Mai dem Kur-Mainzischen Direktorium, doch wurde es in der nächsten Zeit noch nicht diktiert, da man allerseits davon abriet.

Durch ein kaiserliches *Excitatorium* aufgefordert, machten sich die Schiedsrichter nach einer Pause von einigen Wochen wiederum an die undankbare Aufgabe, eine Entgegnung auf Gravels letzte Schrift aufzusetzen. Ihre Resolution wurde am 2. August 1671 dem französischen Gesandten eröffnet. Sie gibt einen Ueberblick über die bisherigen Verhandlungen und erinnert daran, dass das Schiedsgericht in seiner Deklaration vom 19. Februar 1668 dem ursprünglichen Begehren des Königs, der geleistete Eid solle nicht mehr in Frage gestellt werden, trotz anfänglicher Bedenken entsprach, und dass auch die Städte, deren Hauptbeschwerde gerade die Auferlegung dieses Eides gewesen war, es dabei bewenden lassen mussten. Nachträglich aber habe sich der königliche Plenipotentiar mit diesem Zugeständnis nicht mehr zufrieden gegeben und eine neue Eidformel vorgebracht, welche die Subjektion der Städte begründen und die ihnen im Friedensinstrument vorbehaltene Reichsunmittelbarkeit aufheben würde, während doch der Paragraph *Teneatur* bestimme, dass an Frankreich keine Superiorität über die Städte, sondern nur die vom Hause Oesterreich innegehabten Landvogteirechte übergehen sollten. An der Natur des Verhältnisses zwischen den Städten und dem Landvogt ändere der Umstand nichts, dass diese Rechte nunmehr einem souveränen Herrn als unabhängiges Eigentum gehörten, wie denn auch die Kaiser, wann sie die Präfektur für sich behielten, auf Grund derselben nie einen besonderen Eid gefordert hätten. Eine solche Forderung sei ja auch von Frankreich bis zum Jahre 1662 überhaupt nicht erhoben worden.

Da nun die Eidfrage „durch unterschiedliche Arbitral-Deklarationen dergestalten elucidirt und decidirt worden, wie man sie dem

Digitized by Google

Instrumento pacis, auch sonsten der Sachen Beschaffenheit gemäss befunden, von denen hohen Herren Principalen aber ihnen, den *Subdelegatis*, ein Mehrers nicht committirt ist: Als werden Ihre königliche Majestät verhoffentlich auch in Ungutem nicht vermerken, dass man *a parte arbitrii* obverstandenermassen es nochmals dabei bewenden lasse und sich darüber weiters mit Rationsvorstellung nicht einlassen könne, in mehrer Betrachtung, dass ohne dies solches in dergleichen arbitralischen Handlungen nicht gebräuchlich". Am Schlusse spricht das Schiedsgericht den Wunsch aus, der König möge zugeben, dass ein kürzeres Verfahren ergriffen und eine Frist von etwa zwei oder drei Monaten für die Erledigung sämtlicher Streitpunkte bestimmt werde.

Schon damals war allenthalben im Reich das Gerücht verbreitet, dass der König von Frankreich einen Ueberfall der elsässischen Städte plane. Der Brandenburg-Culmbachische Abgesandte Baron von Stein erzählte dem Deputierten Schott im Mai 1671, „dass, als er neulich zu Stuttgart gewest, habe er von einer gewissen vornehmen Person vernommen, dass H. Frischmann* ein Deduction oder Manifest verfertigt, welches bemelte Person gesehen habe, und gehe man damit um, wie man die Städte überrumpeln möchte". Am Wiener Hofe wollte man allerdings nicht an einen Gewaltstreich Ludwigs XIV. glauben, wie der in Geschäften seiner Stadt dort anwesende Schlettstadter Syndicus Knecht berichtete, doch teilte der Reichsvizekanzler Graf von Königsegg diesen Optimismus nicht, sondern riet Colmar und Schlettstadt, sich in den Stand zu setzen, eine Belagerung so lange auszuhalten, bis Hilfe herbeikäme. Der Kaiser würde eher hundert Kriege anfangen als die Städte aufgeben.

Die elsässischen Deputierten, welche kein grosses Vertrauen zu der Standhaftigkeit einiger Mitglieder des heimischen Städtebundes hatten, veranlassten den Kaiser, an die Gesamtheit der Vereinstädte ein *Rescriptum adhortatorium* zu richten, um dieselben aufzufordern, sich in keine besonderen Verhandlungen mit Frankreich einzulassen und alle Streitigkeiten an das Schiedsgericht zu verweisen.

---

* Der französische Resident zu Strassburg.

Digitized by Google

Unter den Angelegenheiten, welche die Gemüter im Elsass erregten, befand sich auch die Restitution der Evangelischen zu Hagenau. Diese Stadt weigerte sich nämlich, die Protestanten dem Westfälischen Frieden gemäss in ihre früheren Rechte wieder einzusetzen, obgleich sie von Strassburg und den vier evangelischen Vereinstädten dazu angehalten wurde. Der Hagenauische Gesandte zu Regensburg brachte sogar beim Kur-Mainzischen Reichsdirektorium das Gesuch vor, „weil zu Colmar so viel catholische Burger sich befinden, und gleichwohl diese Stadt *pro evangelica* gehalten, ... dass man die Stadt Hagenau, als die so viel evangelische Burger nicht habe, auch als *pure catholicam* consideriren sollte". Die Sache gelangte zur Entscheidung an den Städterat, und dieser wies in seiner Sitzung vom 17. Juli 1671 den Hagenauischen Gesandten mit seinem Ansinnen ab. „Die gesammten Herren Gesandten haben ihn dergestalten abgekapt, dass er gewiss sein Lebtag daran gedenken wird". Der Vertreter Colmars hatte in seinem Votum dargelegt, dass die grössere oder geringere Zahl der gemeinen Bürger für den konfessionellen Charakter eines Reichsstandes nicht massgebend sei. Die Stadt Colmar sei vor und nach dem Frieden stets ein *Status pure evangelicus* gewesen, wie denn ihr Magistrat aus lauter evangelischen Mitgliedern bestanden habe. Diese Eigenschaft sei ihr im Friedensvertrag bestätigt und auf allen Reichs- und Kreistagen stets anerkannt worden. „Und wäre an sich selbsten zu wünschen, dass die Evangelischen zu Hagenau gleichwie die Catholischen zu Colmar tractirt würden, da es dann gewisslich besser hergehen und die Evangelischen sich in solchem lamentablen Stand daselbst nicht befinden würden. Man kann aber nicht erachten, dass der Stadt Colmar zu einigem Praejudiz gereichen könne, dass sie den Catholischen Guts thut, sie zu Burgern annimmt und ihr *Exercitium religionis* halten lässet, dann da solches zu einigem Nachtheil ihres *Status* sich sollte anlassen wollen, würde man sich ins künftige besser vorzusehen haben". Für Hagenau aber werde die Restitution der Evangelischen durch den Friedensvertrag angeordnet, und es sei im Jahre 1650 zu Nürnberg bestimmt worden, dass ihnen freie Religionsübung gewährt, ihre Kirchen und Schulen zurückgegeben und die Magistratsstellen zugänglich gemacht werden sollten.

Diese Angelegenheit hatte auch einen neuen Konflikt zwischen der Stadt Colmar und dem Unterlandvogt Marquis de Ruzé hervor-

Digitized by Google

gerufen. Die Colmarer Stättmeister Heinrich Klein und Andreas Sandherr, welche in Hagenau erschienen, um sich beim Rate für die Evangelischen zu verwenden, wurden vom Unterlandvogt auf schimpfliche Weise behandelt und zur Stadt hinausgewiesen. Schott brachte diese unerhörte Verletzung des „Völkerrechts“ zur Kenntnis der Schiedsrichter, welche ihm rieten, darüber Klage zu erheben; Gravel aber bat ihn zu warten, bis der Marquis de Ruzé auf seine Aufforderung hin einen genauen Bericht eingeschickt habe.

Auch aus anderen Orten des Elsasses kamen öfters Nachrichten von Reibungen zwischen den städtischen Behörden und den französischen Beamten. So mischte sich der Herzog von Mazarin unbefugter Weise in den Streit der Stadt Münster mit ihrem früheren Stadtschreiber, wogegen die Münsterer eine in dieser Sache vom Herzog an sie gerichtete Schrift vor ihrem Tor im Kot liegen liessen.

Die Entgegnung Gravels auf den letzten Beschluss der Schiedsrichter wurde am 1. November 1671 bekanntgegeben. Der König bedauere, so lautet sie, dass die Schiedsrichter die von ihm für seine Ansprüche vorgebrachten Gründe nicht ebenso in ihre Erklärung aufgenommen hätten wie diejenigen der Städte, und dass sie nicht erörtert hätten, warum sie die von ihm vorgeschlagene Eidformel nicht annehmen wollten. Doch verzichte er jetzt auf alle ferneren Einwände und bitte die Schiedsrichter bloss um die Beantwortung der beiden folgenden Fragen: 1) Ob sie nicht darüber einig seien, dass ihm *omnimoda superioritas sive supremum dominii jus* über die Präfektur der zehn Städte des Elsasses abgetreten sei, und dass ihm dieselbe unbedingt *(pure et absolute)* zustehe? 2) Was denn eigentlich der wirkliche Gegenstand dieser souveränen Herrschaft sei?

In der nächsten Zeit berieten die Schiedsrichter wiederholt über dieses Ansuchen. Einige von ihnen waren der Ansicht, ein fernerer Schriftwechsel sei ihrer Autorität zuwider, und man solle Gravel einfach den Friedensvertrag vorlegen und ihm bedeuten, dass seine Fragen darin bereits zur Genüge beantwortet seien. Zuletzt aber entschloss man sich doch zu einer schriftlichen Antwort, und diese wurde am 24. Januar 1672 dem französischen Gesandten übergeben. Die erste Frage bejahte das Schiedsgericht, auf die zweite erklärte es,

Digitized by Google

dass der Gegenstand der souveränen Herrschaft des Königs eben die *Praefectura provincialis* sei, welche zum Teil aus den Landvogtei-Dorfschaften, zum Teil aber aus gewissen Rechten bei den Reichsstädten bestehe. Diese Rechte seien derartig, dass sie dem Könige keine der Reichsunmittelbarkeit und Freiheit der Städte widersprechende Superiorität geben könnten.

Hiermit war der Krone Frankreich deutlich die verlangte Oberhoheit über die elsässischen Städte abgesprochen. Die Entscheidung hatte aber jetzt nur noch theoretischen Wert, da die politischen Ereignisse zu einer Lösung der Landvogteifrage durch die Gewalt der Waffen drängten. Gravel liess sich trotz aller Aufforderungen zu keiner Entgegnung mehr herbei, und somit blieb dieser Spruch des Schiedsgerichts der letzte, den es überhaupt fällte. Anfangs hatte er zwar eine baldige Antwort seiner Regierung in Aussicht gestellt, später aber erklärte er, M. Pomponne habe ihm geschrieben, „dass wegen der jetzigen Kriegsexpedition und unzählig vieler anderer wichtiger Geschäfte er die Resolution nicht habe zu Stande bringen können.“ So waren die langwierigen Verhandlungen, wie schon längst vorauszusehen war, endlich im Sande verlaufen.

Digitized by Google

V.

Die elsässische Frage am Wiener Hofe. — Gerüchte von einem bevorstehenden Ueberfall der elsässischen Städte durch Ludwig XIV. — Versuche, das Schiedsgericht wieder in Tätigkeit zu bringen. — Fortgesetzte Klagen über die Schädigung der Städte durch Frankreich. (1672—1673).

Nachdem alle Versuche einer gütlichen Beilegung des Landvogteistreites gescheitert waren, blieb den elsässischen Städten jetzt nur noch die schwache Hoffnung, dass der Kaiser und das Reich sich dennoch aufraffen möchten, sie mit Nachdruck gegen Frankreich zu beschützen. Der Brandenburg-Bayreuth-Culmbachische Kanzler Baron von Stein teilte den vereinstädtischen Deputierten am 24. August 1672 mit, dass nunmehr, wie er selbst gesehen habe, die 17000 Mann starke kaiserliche Armee auf dem Marsche nach dem niedersächsischen Kreis begriffen sei, um sich mit den Truppen der Alliierten zu verbinden. Diese Rüstungen bezweckten die Erhaltung des Friedens im Reich und den Schutz der Reichsglieder vor fremder Gewalt. Hoffentlich werde dieser Zweck eher durch gütliche Traktate als mit den Waffen erreicht werden können. Er selbst reise deshalb in einigen Tagen im Auftrage Kur-Brandenburgs und des Markgrafen, seines Herren, nach Wien und wolle im Vertrauen eröffnen, „dass unter anderen *Causis componendis* bereits an hohen Orten auch die vereinstädtischen *Gravamina*, und wie denselben wirklich abzuhelfen und diese Städte bei dem Reich ungekränkt zu erhalten sein möchten, in Consideration kommen sei; allermassen er selbst bei einigen hohen fürstlichen Personen in Conferenz gewest, alwo der Sach nachdrücklich gedacht worden, und habe er darüber, weil ihm Alles bekannt ist, eine ausführliche Relation getan, so den Vereinstädten gewisslich zum Besten gereichen werde". Er rate den Städten, einen Gesandten nach Wien zu schicken und beim Kaiser dahin zu wirken, dass seine Bevollmächtigten, falls es zu Verhandlungen mit Frankreich käme, in der elsässischen Angelegenheit speziell instruiert würden.

Dieser Rat war der Stadt Colmar um so erwünschter, als sie ohnedies beabsichtigte, den Syndikus Schott in dem Schneiderschen

Digitized by Google

Prozess nach Wien zu senden, die anderen Städte aber bisher nicht zugeben wollten, dass der von ihnen gemeinsam besoldete Deputierte Regensburg verlasse. Nunmehr erhielt Schott die Erlaubnis zur geplanten Reise, die er auch im Anfang des Monats Oktober 1672 antrat. Zuvor hatte er noch den Schiedsrichtern ein vom 2. Oktober datiertes Memorial übergeben, in dem er die Klagen der Vereinstädte über die Übergriffe des Ensisheimer Rates, die Erpressungen der französischen Zollpächter und die Durchzüge königlicher Truppen durch reichsstädtisches Gebiet zusammengestellt hatte.

Zu Wien trat Schott in enge Beziehung zu dem obersten Hofkanzler Baron Hocher, einem besonderen Gönner der elsässischen Städte, mit dem er in letzter Zeit öfters korrespondiert hatte. Er erfuhr von ihm, dass der Kaiser und der Kurfürst von Brandenburg jetzt überein gekommen seien, sich der Städte ernstlich anzunehmen. Zu dieser Zeit traf auch die Kunde von der Zerstörung der Strassburger Rheinbrücke durch Condé am Wiener Hofe ein. Schott schreibt darüber am 28. November:

„Baron Hocher berichtet, dass der Kaiser des Königs in Frankreich Residenten Grémonville fragen lassen, warum der König die Brücke zu Strassburg verbrennen lassen? Darauf er geantwortet, dass der König vernommen, dass der Kurfürst von Brandenburg mit den zehn Städten und sonderlich mit Colmar und Schlettstadt colludirn und deswegen zu Strassburg über die Brücke gehen wollen, deswegen der König solches notwendig verhindern müssen. Es habe aber der Baron Hocher solches auf das Äusserste widersprochen, jedoch solches dem Kaiser alsobald referiert, worüber geschlossen, dass dem Graf Montecuculi in höchster Geheim-Ordre erteilt werden solle, mit Kur-Brandenburg zu conferiren und ihm des Kaisers Resolution zu eröffnen, und sobald die zehn Städte, absonderlich Colmar und Schlettstadt, an die Armee einen Courrier schicken werden, solle er, Montecuculi, die zehn Städte mit der ganzen Armee sekundieren und Alles, was zu ihrer Conservation tunlich und zu ihrer Rettung nötig ist, vornehmen. Wornach die zehn Städte sich zu richten haben; und sobald sie eine Gewalt merken, sollen sie bei dem Montecuculi um Assistenz ansuchen. Und mit dieser Versicherung soll ich nur abreisen: wann es zur Mediation zwischen den hohen Parteien kommt,

Digitized by Google

wolle der Kaiser dieser zehn Städte gewiss nicht vergessen. Indessen solle man fleissig wachen und Alles eilends berichten".

Schott wurde von Hocher und dem Fürsten Schwarzenberg aufgefordert, selbst noch bei Grémonville vorzusprechen, wie wir aus einem Briefe vom 5. Dezember erfahren. „Dem nun zufolge bin ich gestern Nachmittag dort gewesen, da ich dann sehr höflich empfangen worden, und habe ich mich zwar des Praetexts einer Visite bedient, gleichwohl aber dabei Gelegenheit genommen, in diese Materi zu kommen; da er dann berichtete, dass der König in Frankreich die Brücke zu Strassburg notwendig müssen ruiniren lassen, weil er vernommen, dass die zehn Städte mit Kur-Brandenburg colludirt haben, und Kur-Brandenburg zu Strassburg über die Brücke dahin gehen wollen. Ich, Schott, widersprach dieses aufs Beste. Er sagte aber, dass er dessen schon versichert sei, zumalen der Kaiser auf dieser der zehn Städte Sachen und Ausmachung derselben Differentien dermassen treibe, dass er auch dieses anjetzo für das meiste *Gravamen* anziehe; deswegen ja etwas daran sein müsse. Hingegen wurde von mir, Antonio Schott, dieser Vorwand dermassen refutirt, dass jener darmit zufrieden war". Über diese Unterredung wurde der Colmarer Syndikus vom Grafen von Fürstenberg, Vize-Präsidenten des Reichshofrates, im Auftrage des Kaisers ausführlich befragt.

Während seines Aufenthaltes zu Wien gelang es Schott einen Vergleich zwischen dem Colmarer Magistrat und Daniel Schneider zu Stande zu bringen, auf Grund dessen Schneider in seine frühere Stättmeisterwürde wieder eingesetzt wurde.

Der Colmarer Deputierte hatte sich auch diesmal wieder besonderer Ehrungen zu erfreuen. Er wurde vom Kaiser in Audienz empfangen,* von ihm abermals mit einer goldenen Kette beschenkt und zu seinem Rat ernannt. Das Diplom, welches hauptsächlich auf Schotts Verdienste und Gewandtheit bei den Verhandlungen am Reichstag und am Schiedsgericht Bezug nimmt, übertrug ihm die Vorrechte der wirklichen Räte, „welches sonsten, wann man nicht bei Hof bleibt und wirkliche Dienste leistet, nicht leicht zu geschehen pflegt". Am 13. Dezember brach der neue kaiserliche Rat von Wien auf und

*) Der Bericht darüber fehlt leider, wie denn die Korrespondenz aus Wien mehrere Lücken aufweist.

Digitized by Google

kam nach einer „wegen übel Wegs und angeloffenen Wassern“ beschwerlichen Reise in der Nacht vom 24. Dezember 1672 wieder in Regensburg an.

Aus dem Elsass waren wieder schlechte Nachrichten zu Regensburg eingetroffen: Der französische Zolldirektor Sequeville schädigte trotz aller Einwendungen die Colmarer Bürger durch neue Zölle in empfindlicher Weise; der Herzog von Mazarin hatte sich bei seiner letzten Anwesenheit zu Colmar und zu Schlettstadt nicht gescheut, die Forderung zu stellen, man solle das Schiedsgericht aufgeben und sich mit ihm besonders vergleichen; zu Breisach, so hiess es allgemein, rüsteten sich die Franzosen zu einem Überfall der Städte Colmar und Schlettstadt.

Die beiden vereinstädtischen Deputierten benützten den Neujahrsbesuch, den sie am 28. Dezember dem französischen Gesandten Gravel machten, um diese jüngsten Beschwerden vorzubringen und zugleich gegen die Behauptung Grémonvillè's zu protestieren, Colmar und Schlettstadt ständen in Verbindung mit Kur-Brandenburg zur Aufnahme einer Garnison, weshalb der König von Frankreich die Strassburger Rheinbrücke habe zerstören lassen.

Gravel erwiderte, sein König wisse nichts von all diesen Belästigungen der Städte, und sie geschähen gegen dessen Willen. Dagegen hielt er ihnen die neuesten Vergehen Hagenau's gegen den König vor. Die Obrigkeit daselbst habe, als die kaiserliche und die Kur-Brandenburgische Armee in der Nähe gewesen, zweimal die königlichen Siegel von gerichtlich versiegelten Sachen gerissen. Ferner sei vor einiger Zeit dem Herzog von Mazarin, der bei Nacht zu Hagenau angekommen, der Einlass in die Stadt verweigert worden, so dass er in einer Ziegelhütte habe übernachten müssen. Der König könne solche Beleidigungen nicht unbestraft lassen. „Es sei dem König um diese Städte gar nicht zu tun, und seien sie zu ringschätzig, dass der König seine *Gloire* dardurch sollte verringern oder ihm nachreden lassen, dass er sie ohne Ursach surpreniren wollte; und wolle er infam sein *(je vous dis que je veux être infâme)*, wann der König das Geringste an dergleichen gedenke; auch so gar, dass er gewiss versichern könne, wann die Städte auch von selbsten sich dem König übergeben und sich deswegen bei ihm anmelden wollten, dass er es nicht acceptiren würde.

Digitized by Google

Der König habe drei *Fines* seiner Regierung: *la gloire, la justice et l'interest de son royaume,* deren keines zulasse, dass der König dieser Zeit an diesen Städten einige Gewalttätigkeit vornehmen sollte.“ Das Ansuchen Mazarin's an die Städte sei ohne königlichen Befehl geschehen, und was Grémonville am kaiserlichen Hofe angegeben, sei eine blosse Vermutung gewesen. In Wirklichkeit habe man bei der Zerstörung der Rheinbrücke gar nicht an Colmar und an Schlettstadt gedacht, sondern diese Zerstörung habe auf die wiederholte Bitte des Bischofs von Strassburg an den Prinzen von Condé stattgefunden, um die Kur-Brandenburgische Armee zu verhindern, in das Bistum Strassburg einzufallen und dasselbe zu verwüsten. Dadurch sei auch das übrige Elsass von den Kriegsgräueln verschont geblieben, „gestalten (so er jedoch in Vertrauen sage) die mehr Verständig und Desinteressirte zu Strassburg solches gar wohl begreifen und über diese *Entreprise* eben nicht so gar malcontent seien.“

Im Anfang des Jahres 1673 wurden verschiedene Versuche gemacht, das Schiedsgericht wieder aufleben zu lassen. Der Kaiser forderte die vom Reiche zu Schiedsrichtern ernannten Stände in einem neuen *Excitatorium* auf, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und wegen der gefährlichen Konjunkturen bald zu einem Abschluss zu bringen. Vor allem aber trat jetzt Schweden, der neue Bundesgenosse Frankreichs, entschieden für die elsässische Sache ein.

Der Schweden-Bremische Gesandte Snoilsky war bereits im Januar 1672 gestorben und im September dieses Jahres durch Herrn von Blume, der bisher am Heidelberger Hofe geweilt hatte, ersetzt worden. In den ersten Wochen des Jahres 1673 hielt sich auch der Graf Gustav Adolf de la Gardie als ausserordentlicher Gesandter Schwedens zu Regensburg auf. Letzterer teilte dem Deputierten Schott die Instruktion mit, welche er und seine Kollegen in Betreff der elsässischen Angelegenheit von ihrer Regierung erhalten halten. Es heisst darin, der schwedische König fühle sich „als Garant des deutschen Friedens“ verpflichtet, sich der Vereinstädte und besonders seiner Glaubensgenossen mit Nachdruck anzunehmen. Deshalb habe er seinem Gesandten zu Paris, dem Grafen Tott, befohlen, Ludwig XIV. zu bitten, die Verhandlungen beim Schiedsgericht fortsetzen zu lassen

Digitized by Google

und sich dessen Spruch zu unterwerfen. Die schwedische Gesandtschaft zu Regensburg solle bei Gravel in demselben Sinne wirken.

Als Blume am 28. Januar das Ansuchen seiner Regierung dem französischen Plenipotentiar vortrug, entgegnete dieser, der König von Frankreich wünsche selbst die rasche Erledigung des Landvogteistreites, könne aber bei der jetzigen politischen Lage, „da die Gemüter ziemlich geändert und auch eines oder des anderen hohen Herrn *Arbitri* und dessen Subdelegirten Inclination nicht mehr wie vor diesem seie", die Entscheidung nicht mehr den bisherigen Schiedsrichtern überlassen. Seine Majestät schlage deshalb vor, dass vier neue Schiedsrichter ernannt würden, je zwei von beiden Teilen. Einige Tage darauf erfuhr Schott indessen vom Grafen de la Gardie, dass das Begehren eines neuen Schiedsgerichts eine blosse Finte Gravels sei, wie folgender Auszug aus einem Schreiben des Grafen Tott aus Paris beweise:

„Ingleichem hat er (rex Galliae) sich auch erklärt wegen der zehn Städte im Elsass, weilen ein Geschrei ausgesprengt worden, dass Ihro Majestät sollten um mehrerer Sicherheit willen auf der deutschen Seite gegen dieselbige einige Desseins fomentiren, bezeugend, dass solches Geschrei ungegründet wäre, und dass er im Geringsten nichts wider selbige noch andere vorzunehmen Willens wäre, so dem rechten Verstand des Westphälischen Friedensschlusses entgegen sein möchte; sondern wollte diese Sache derjenigen Schiedsleute, denen sie bereits übergeben wäre, rechtmässigem Aussprechen und Gutbefinden gänzlich anheimgestellt haben."

Die vereinstädtischen Deputierten verfehlten nicht, Gravel vorzuhalten, dass seine Behauptung im Widerspruche mit der Erklärung seines König stände. „Worüber er sich etwas alterirte und sagte, dass er nächstens Ordre erwarte, dann die Vereinstädte hätten es am rechten Ort angegriffen, dass sie Schweden zum Fürsprech genommen, weil der König demselben nicht werde aus Handen gehen."

Bei den Versuchen, den Frieden zwischen Frankreich, Holland und ihren Bundesgenossen zu vermitteln, welche im Anfang des Jahres 1673 von schwedischer und deutscher Seite gemacht wurden, war auch vielfach von der elsässischen Angelegenheit die Rede. Der kaiserliche Hofkanzler Hocher, der in regelmässigem Briefwechsel mit

Digitized by Google

den vereinstädtischen Deputierten stand, schrieb darüber am 2. Februar aus Wien an Schott: „Mit dem alhiesigen schwedischen Residenten Herrn von Puffendorf habe ich anheut wegen der zehn Vereinstädte ein langen Discurs geführt, welcher aber gezweifelt, ob die Krone Frankreich nachgeben werde, dass man diese Sache durch die vorhabende Mediation abhandeln solle, weilen solche mit der holländischen und letzten entstandenen Unruhe keine Connexität habe. Darauf ich ihm geantwortet, dass Ihre Kais. Majestät einen sicheren und beständigen Frieden verlangten und darum mit bestem Fug andringeten, dass alle mit der Krone Frankreich habende und das römische Reich betreffende Strittigkeiten beigelegt werden; oder es wäre wenigist das Werk dahin zu richten, damit man an Seiten der Krone Frankreich das *Arbitrium* weiters nicht hemme, sondern demselben seinen Lauf gestatte und den Ausspruch gelten lasse."

Die Bedenken des schwedischen Residenten erwiesen sich nur zu bald als begründet. Am 9. Februar erfuhr Schott vom Grafen de la Gardie, dass der König von Frankreich sich Kur-Mainz gegenüber geweigert habe, zuzulassen, dass die elsässische Frage bei den geplanten Friedensverhandlungen zur Sprache käme. Denselben Bescheid liess Ludwig XIV. einige Wochen später dem Wiener Hofe durch Grémonville erteilen.

In dieser trostlosen Lage versuchten es die Vereinstädte abermals, ihre Zuflucht zu den versammelten Reichsständen zu nehmen. Als Schott im Dezember 1672 sich zu Wien aufhielt, liess ihm der Kaiser den Rat geben, die Städte sollten auch noch das Reich selbst um seine Vermittelung bei Ludwig XIV. angehen. Der Colmarer Deputierte erwiderte, dass bereits vor zwei Jahren ein Memorial zu diesem Zwecke abgefasst, aber wegen allerlei Bedenken noch nicht diktiert worden sei. Daraufhin nahm Hocher die Schrift mit ihm durch und billigte sie.

Am 24. Februar 1673 überreichte Schott das den Zeitumständen entsprechend abgeänderte Memorial dem Kur-Mainzischen Direktor, und dieser versprach jetzt, die Erlaubnis zur Diktierung sofort beim Kurfürsten einzuholen. In ihrer Eingabe an das Reich schilderten die beiden Deputierten kurz den ganzen Verlauf der Verhandlungen beim Schiedsgericht mit Bezugnahme auf 23 beigefügte Aktenstücke, be-

Digitized by Google

schwerten sich nochmals über die unerträglichen Belästigungen der elsässischen Städte durch die französischen Beamten und baten die Stände, den König von Frankreich zu bewegen, dass er den nunmehr erfolgten Deklarationen des Schiedsgerichts beistimme und die übrigen Streitpunkte gleichfalls entscheiden lasse. Um dies Memorial, das wegen der zahlreichen Beilagen sehr umfangreich war, leichter verbreiten zu können, liessen es die Verfasser zu Regensburg drucken. Es wurde am 4. und 5. April durch die Reichsdiktatur veröffentlicht, worauf der kaiserliche Kommissar versprach, es bald „in Proposition zu bringen." Am 13. Mai schrieb indessen Schott nach Colmar, die Vornahme des vereinstädtischen Memorials beim Reichstag würde jetzt wenig nützen, „zumalen da es nunmehr, leider, dahin kommt, dass der französische König von gesammten Kurfürsten, Fürsten und Ständen eine cathegorische Resolution haben will, ob sie sich für den Kaiser erklären oder sich demselben opponiren wollen, dergleichen nicht erhört worden, weil das Römische Reich stehet . . . Man sieht, wie weit es kommen, und was das gesammte Teutschland zu erwarten habe, wofern der liebe Gott nicht andere *Consilia* eingebet und die Teutschen auf bessere Gedanken bringet."

Im Elsasse selbst nahmen die Reibungen zwischen den Städten und den französischen Behörden kein Ende. Neben den neuen Zöllen erbitterte Colmar namentlich die Störung in seinem Besitze der Herrschaft Heilig-Kreuz. Das *Dominium utile cum proprietate* dieser Herrschaft stand von alters her der Stadt zu, während die Oberhoheit vom Hause Oesterreich auf die Krone Frankreich übergegangen war. Der Vogt von Heilig-Kreuz war bisher von Colmar frei ernannt worden und gehörte stets dem städtischen Rate an. Nunmehr verlangte der Intendant, dass er dem König einen Eid leisten und der katholischen Religion zugetan sein müsse. Weder die Reklamationen der Stadt beim Intendanten zu Ensisheim noch die Vorstellungen Schotts bei Gravel zu Regensburg vermochten die Sache zum Ausgleiche zu bringen.

Einen andern Grund der Unzufriedenheit bildeten die seit dem Sommer 1672 sich wiederholenden Durchzüge französischer Truppen durch Oberehnheim und Rosheim. Im März 1673 überreichten die vereinstädtischen Deputierten Gravel ein Memorial wegen dieser

Digitized by Google

Durchzüge und wegen der Willkür der französischen Zollpächter und baten ihn, den König direkt zur Beseitigung dieser Mißstände zu veranlassen. Sie beklagten sich insbesondere in ihrer Schrift, dass die Pächter die Zölle eigenmächtig erhöhten, ohne sich an den vom König aufgestellten Tarif zu halten, und aus den geringfügigsten Ursachen Beschlag auf die Waren legten. Die Städte Oberehnheim und Rosheim würden nicht nur häufig durch die Einquartierung durchziehender Truppen belästigt, sondern sogar wie französische Orte im Routenverzeichnis genannt. Nach dem Westfälischen Friedensvertrag sei zwar den französischen Kriegsvölkern der Durchzug durch das Reichsgebiet nach den Rheinischen Festungen gestattet, nicht aber durch die Reichsstädte und noch weniger auf Kosten derselben. Dieses sowie ein wenige Wochen später in derselben Angelegenheit ihm eingehändigtes Memorial versprach Gravel dem Könige zu senden, doch hatten alle diese Eingaben natürlich nicht mehr die geringste Wirkung.

Vergeblich war auch der nochmalige Versuch der Elsässer, das Schiedsgericht wieder zur Tätigkeit anzuspornen. In einer Ende Juni den Schiedsrichtern zugestellten Bittschrift wiederholten sie die im letzten Oktober vorgebrachten Beschwerden und zeigten an, dass die Uebergriffe der französischen Beamten sich täglich mehrten: Obgleich Colmar gegen den bisherigen Gebrauch seinen neuen Vogt von Heilig-Kreuz dem königlichen Rat zu Ensisheim auf dessen Begehren zur Vereidigung vorgestellt habe, so sei er wegen seines Augsburgischen Glaubensbekenntnisses nicht angenommen worden. Dies sei aber eine Verletzung des Friedensvertrags, der in Religionssachen den Stand des Jahres 1624 fordere. Als ferner ein zu Colmar verurteilter Bürger Namens Joseph Hecker aus dem Gefängnis in das benachbarte französische Territorium entflohen und den Ensisheimer Provinzialrat um Schutz angegangen sei, habe dieser der Stadt verboten, die Person oder die Güter des Schuldigen anzugreifen, die Sache an das Landvogteigericht zu Hagenau verwiesen und sich selbst die Entscheidung in zweiter und letzter Instanz vorbehalten. Da nun diese Zumutungen nicht nur den Rechten der Städte, sondern auch denjenigen des Reiches zuwider seien, und der König selbst die Regelung des Jurisdiktionsstreits dem Schiedsgericht anvertraut habe, so möge dieses um Gottes willen die Verhandlungen wieder aufnehmen, Gravel um die seit mehr

Digitized by Google

als anderthalb Jahren zurückgehaltene Erklärung ersuchen und endlich einen definitiven Beschluss fassen.

Während Gravel zu Regensburg auf alle Reklamationen der Elsässer stets beschwichtigende Antworten gab und jede feindliche Absicht Frankreichs noch immer leugnete, war die Unterwerfung der zehn Städte bei Ludwig XIV. bereits beschlossene Sache. Schon am 13. Juli traf in Regensburg die Kunde ein von einem Vorspiel der Vergewaltigung, deren Opfer die elsässischen Städte bald darauf werden sollten. Die vereinstädtischen Deputierten richteten sofort eine Klageschrift über diese jüngsten Ereignisse an Gravel und baten ihn, bei dem Könige zu bewirken, dass der Colmar zugefügte Schaden ersetzt und ähnliche Vorgänge künftighin verhindert würden.

Am 25. Juni, so berichteten sie, war der Herzog von Noailles auf der Reise nach Breisach mit kleinem Gefolge an Colmar vorbeigezogen, ohne dass der Magistrat davon wusste. Als darauf Gesandte von Colmar den Herzog zu Breisach begrüssten, machte er der Stadt heftige Vorwürfe wegen des unterlassenen Empfangs. Am 28. Juni lagerten sich dann etwa 500 Reiter unter dem Befehl des Marquis von Coulanges auf den Wiesen und Aeckern vor Colmar, besetzten eine Mühle, plünderten und zerstörten die Weinbrennereien, nahmen mehrere Heuwagen sowie 30 Rinder und 200 Hämmel weg und raubten das Leinen von der Bleiche. Sie unterstanden sich sogar, einen vorbeireitenden Ratsherrn in ihr Lager abzuführen und einen anderen Bürger drei Tage lang gefangen zu halten, indem sie ihn fälschlicher Weise beschuldigten, auf einen Reiter geschossen zu haben. Diese Gewalttätigkeiten währten drei Tage, und zwar geschahen sie, wie man den Colmarern zu verstehen gab, auf den Befehl des über sie erbitterten Herzogs von Noailles.

Den unermüdlichen Bitten der Elsässer gelang es schliesslich doch, das Schiedsgericht nochmals zu einer schwachen Lebensäusserung zu veranlassen. Am 26. Juli beschloss es nämlich, dem französischen Plenipotentiar die vereinstädtischen Memorialien durch das Kur-Mainzische Direktorium und speziell die Klagen wegen der Vogtei Heilig-Kreuz im Namen der Evangelischen durch die Schweden-Bremische Gesandtschaft übergeben zu lassen und ihn mit Bezugnahme

Digitized by Google

auf die Deklaration Ludwigs XIV. an den Grafen Tott um Fortsetzung der Verhandlungen zu ersuchen.

Der dies berichtende Brief Schotts vom 29. Juli ist der letzte, der von ihm aus dem Sommer 1673 im Colmarer Stadtarchiv vorhanden ist. Vier Wochen später besetzten und entwaffneten die Franzosen die zehn elsässischen Reichsstädte und machten somit den langjährigen Streitigkeiten über die Landvogteirechte tatsächlich ein Ende.

Die beiden Gesandten Schott und Heinrichs blieben zunächst in Regensburg zurück und versuchten noch weiter, im Interesse ihrer Auftraggeber zu wirken, doch scheinen die durch Kriegssteuern erschöpften und nunmehr unter französischer Aufsicht verwalteten Städte nicht mehr in der Lage gewesen zu sein, sie regelmässig zu besolden. In einem Briefe vom 30. Dezember 1673 klagt Schott, dass er trotz allen guten Willens seine Unterhaltungskosten nicht aus eigenen Mitteln bestreiten könne und deshalb nicht wisse, was er tun soll: „indem ich das Vaterland wohl von Herzensgrund ungern verlasse und dasselbe in seiner Bedrängnis nicht wollte stecken lassen, allein wider Gewalt und Not ist kein Mittel noch Gesetz vorhanden."

Die definitive Behauptung des Elsasses durch die Franzosen in Folge des Sieges Turennes über den Grossen Kurfürsten bei Türkheim machte die Vertretung des elsässischen Städtebundes am Reichstage fernerhin zwecklos. Der Schlettstadter Bürgermeister Heinrichs war schon am 5. November 1674 gestorben, sein Kollege aber, der frühere Colmarer Syndikus Anton Schott, ging im Jahre 1675 in den Dienst des Kurfürsten von Sachsen über. Aus der für ihn gehaltenen und im Jahre 1685 zu Regensburg gedruckten Leichenrede erfahren wir, dass Schott bis zu seinem am 21. November 1684 eingetretenen Tode das Amt eines kursächsischen Gesandten am Reichstag versah und zugleich verschiedene diplomatische Aufträge mit grossem Geschicke verrichtete, und dass ihm unter anderen Ehren auch die Erhebung in den „edlen Herrenstand" durch den Kaiser zu Teil wurde.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Princeton University Library
32101 073453282

Digitized by Google